permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Nr. 33/34 / Februar/März 1980 / Preis: S 10,–

Afghanistan und die Folgen

Die Intervention der Roten Armee in Afghanistan hat – zumindest wollen die bürgerlichen Propagandisten, daß man es so sieht – den „Expansionismus" der Sowjetunion unter Beweis gestellt, die wie einst die russischen Zaren zum ‚warmen Meer' streben würde.

Die Reaktion vor allem des US-Imperialismus auf die massive militärische Intervention der UdSSR in Afghanistan war so geartet, daß alle Welt einen neuen ‚Kalten Krieg' und damit das Ende der 'Entspannung' sieht.

Die wirklichen Ursachen der Intervention bleiben in der reaktionären Propaganda allerdings im Nebel einer Ansammlung von Standardargumenten verborgen. Neben dem Lieblingsthema des Imperialismus und seiner maoistischen ‚nützlichen Idioten', nach dem die in der Sowjetunion herrschende Schichte in den ‚Spuren der russischen Zaren' wandelt, wird noch ein ‚Argument' angeboten, welches allerdings nur mehr als lächerlich zu bezeichnen ist. Demnach wäre Afghanistan vom militär-strategischen Standpunkt ungemein wichtig für die beiden ‚Supermächte', und die UdSSR hätte aus diesem Grund interveniert. In Wirklichkeit war diese militärische Intervention – wenn man dieser Propaganda glauben will – nur der erste Schritt zu den Öllándern des Nahen Ostens. Auch den etwas gebildeten Laien wird es allerdings unverständlich bleiben müssen, weshalb ein unwirtschaftliches, nicht industrialisiertes Land, in dem es keine Eisenbahnen, kein entwickeltes Straßennetz gibt, militär-strategisch wichtig sein soll...

Da Afghanistan darüberhinaus nach den bisherigen Forschungen auch über keine erwähnenswerten Rohstoffe verfügt, bleibt den bürgerlichen Propagandaapparaten nur mehr den „Griff nach dem Erdöl" als eine „Bedrohung von uns allen" dazustellen. Eine Propagandalinie, mit der es noch immer am besten gelingt, Kriegshysterie und -Angst anzuheizen!

Afghanistan – Eine Gründung des Imperialismus!

Um die jüngste Entwicklung wirklich begreifen zu können, müssen die Ereignisse im Zusammenhang mit der gesamten Region betrachtet werden. Denn so wie andere Staaten in dieser Region und in Afrika, ist Afghanistan ein Produkt des englischen Imperialismus.

1879 gegründet, war dieser Staat nicht Ausdruck einer wirtschaftlichen und kulturellen gemeinsamen Entwicklung einer Nationalität, sondern Ergebnis eines Kompromisses zwischen dem britischen und dem russischen Imperialismus. Ein ‚Puffer' zwischen dem nach dem Süden strebenden Zarismus und dem seine Positionen im indischen Raum verteidigenden britischen Imperialismus. Nach zwei erfolglosen Versuchen der Engländer, das Gebiet zu besetzen, blieb Afghanistan bis 1919 britisches Protektorat. Für die gesamte Region (einschließlich Indiens) ist die Tatsache kennzeichnend, daß die Staatsgrenzen willkürlich gezogen wurden (meist im wahrsten Sinne des Wortes) und dabei der Lebensraum der verschiedenen Nationalitäten keinerlei Berücksichtigung fand. Nicht zufällig konnte so der britische Imperialismus – wie auch in Afrika – nach seinem Prinzip ‚Teile und Herrsche', die Konflikte zwischen den einzelnen Nationalitäten und Staaten benutzen, um seine eigene Machtposition abzusichern.

Die Nationalitäten in dieser Region sind durch staatliche Grenzen getrennt, die sie niemals respektierten und anerkannten. Auf dem Gebiet des Staates Afghanistan etwa leben Paschtunen (sie stellen etwa 60% der Bevölkerung und leben auch in Pakistan), Belutschen (die auch im Iran und in Pakistan leben) Turkmenen, Kirgisen, Tadschiken und Hasara im Norden des Landes. Alle diese Nationalitäten sind durch eine feste innere Struktur gekennzeichnet und ihre gesellschaftliche Grundlage ist die Stammes- und dörfliche Einheit. Ökonomische Grundlage dieses Systems ist neben der Viehzucht die Landwirtschaft und darüberhinaus spielt bei den gegebenen Grundlagen sicherlich auch der Schmuggel und die Kleinproduktion von Waffen eine volkswirtschaftliche Rolle.

Diese von den Nationalitäten zu keinem Zeitpunkt anerkannten Staaten, sind eigentlich kaum als solche zu verstehen. Vor allem Pakistan und Afghanistan sind nicht im geringsten mit Kriterien zu messen, die an die Bewertung eines staatlichen Gefüges angelegt werden können. „Staat" bedeutet in Afghanistan die Zentralregierung zu stellen, die Städte und die wenigen Straßen zu beherrschen. Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Volkszählung (die Bevölkerung wird auf 15–20 Millionen geschätzt) und es gibt kein einheitliches Steuersystem. Die Staatsmacht kam im Grunde genommen allein durch die Armee und durch eine kleine Bürokratie um die Zentralregierung zum Ausdruck.

Der Widerstand der Nationalitäten gegen die Zentralregierung – bewaffnete Organisationen gab es schon lange vor der sowjetischen Intervention – die immer als ‚fremde Macht' begriffen wurde, verfestigte die gesellschaftlichen Strukturen innerhalb dieser Nationalitäten und ermöglichte es reaktionären ‚feudalen' Herrschaftsverhältnissen zu überleben. Zu keinem

Fortsetzung auf Seite 21

Mit Beilage: Bundestagswahlen in der BRD

Schauprozeß gegen die Linke in Managua

Iran: 1 Jahr islamische Republik

permanente revolution
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Zentralorgan der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Einzelpreis: S 7.
Doppelnummer: S 10.

ABONNEMENT
10 Ausgaben S 100,–
(inklusive Porto und Versandspesen)
Auslandsabos: S 130,–

ergebnisse u. perspektiven

THEORETISCHES ORGAN
herausgegeben vom
SPARTACUSBUND und der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Abonnement
4 Ausgaben S 15o,–
(inklusive Porto und Versandspesen)

Redaktionsanschrift und
Kontaktadresse:
IKL, Postfach 1454, 1010 Wien

Alle Zahlungen:

Konto der Österreichischen
Postsparkasse Nr. 7106.024
(Karl Reitter)

Impressum: Eigentumer, Herausgeber, Verleger, Druck und fur den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stoger, Pazmanitengasse 14, 1020 Wien

KURZ KOMMENTIERT

„Italien ist nicht Chile“ (Berlinguer) Aber die KPI gibt sich alle Mühe...



Ein Bild, wie es in Italien leider häufig zu sehen ist: Eine riesige Menschenmenge folgt den Särgen von Terroristenopfern oder von Opfern der Mafia, und keine bisherige italienische Regierung war imstande, Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Mafia zu erzielen. Die Aufnahme, die wir hier veröffentlichen, stammt aus Mailand während des Begräbnisses von drei Polizeibeamten, die von Terroristen der „Roten Brigaden“ erschossen wurden.

Dieses Bild und die dazugehörende Bildunterschrift konnte man vor einigen Wochen der ‚Volksstimme‘ entnehmen. Es gehört schon eine ordentliche Portion Schwachsinn dazu, der Partei der italienischen Bourgeoisie vorzuwerfen, nicht mit der Mafia fertigzuwerden, ist es doch gerade kein Geheimnis, daß die „ehrenwerte Gesellschaft“ einen direkten Einfluß in dieser Partei hat. Daß die Mafia an der Aufrechterhaltung des italienischen Kapitalismus interessiert ist, der „Terror“, der von KPI und KPÖ verurteilt wird, sich gegen diese Gesellschaftsordnung richtet (wenngleich mit falschen Methoden), ist natürlich für einen ‚Volksstimme‘-Redakteur nicht zu begreifen.

So müssen diese „Kommunisten“ die vor kurzem erfolgte Verabschiedung von Gesetzen, die in Richtung Polizei-Staat gehen, ja direkt begrüßen, denn diese richten sich gegen den „Terrorismus“. Solche „Terroristen“ können nun ohne ein Urteil der ersten Instanz fünf Jahre inhaftiert werden und 10 Jahre ohne ein Urteil der letzten Instanz. „Verdächtige“ können nun ohne richterlichen Befehl und ohne Verteidigerbeistand 48 Stunden festgehalten werden usw. usw.

Mit den Stimmen der KPI wurden diese Gesetze verabschiedet (dagegen stimmten die Abgeordneten der ‚Radikalen Partei‘, die der extremen Linken und einige Abgeordnete der Sozialistischen Partei).

Aber das richtet sich doch gegen die „Terroristen“ und kann auch famos gegen die Mafia angewendet werden, wird unser kleiner KPÖ-Redakteur sagen. Daß diese Gesetze gegen die Arbeiterbewegung gerichtet sind, daß morgen eine rechte Regierung Berlinguer und die Gewerkschaftsführer des „Terrorismus“ anklagen könnte (von solchen Anklagen gegen die Partei- und Gewerkschaftsbasis ganz zu schweigen), kann er nicht verstehen, unser kleiner KPÖ-Redakteur... Hat doch sein Genosse Berlinguer vor einigen Jahren festgestellt, daß „Italien nicht Chile“ sei. Ein Blick auf die Weltkugel untermauert diese scharfe, analytische Feststellung: Eine gewaltige Menge Wasser trennt diese beiden Länder ... Einiges davon dürfte sich aber in den Köpfen von sogenannten „Kommunisten“ befinden...

KOMMENTAR

Rechte Offensive gegen die Fristenlösung!

Das religiöse Gewissen der „praktizierenden Katholiken" in der SPÖ kommt nicht zur Ruhe. Es beruhigt sich auch nicht dadurch, daß die jetzige Fristenlösung ohnehin nur eine halbe Angelegenheit ist. In den öffentlichen Kliniken der meisten Bundesländer weigern sich die Primarien, sich zu ‚versündigen'. Dort gibt es keine Abtreibungen. In Wien jedoch blühe das ‚Mordgeschäft'. Sogar die Vorstände von 5 Krankenhäusern geben sich dazu her. Und schon das Wort „Fleischmarkt" jagt dem aufrechten Christen einen Schauer über den Rücken. „Mord am Fließband". Zuerst müßten diese ‚Auswüchse' bekämpft und beseitigt werden. Und überhaupt: Weg mit der Fristenlösung – für die Indikationslösung! Und als Ziel schließlich die Wiedereinführung des Elendparagraphen 144! Der Ärzte- und ‚Fachleute'-Klüngel soll wieder über den Körper der Frau befinden, und jene Frauen, die sich nicht fügen, stehen wieder vor Gericht. „Du sollst nicht töten!" ... Amen.

Den ersten Schritt mit diesen ‚Katholiken' hat nun auch der neue SP-Gesundheitsminister Salcher getan. „Dazu bin ich ja Minister geworden". Doch Salcher ist nicht nur ein praktizierender , sondern auch ein sozialdemokratischer Katholik. „Erstens, kein Sozialist befürwortet die Abtreibung(!), zweitens, ebensowenig will jemand in unseren Reihen die Fristenlösung, also die Straffreiheit beseitigen." (Salcher im ‚Kurier' vom 27.1.1980) Er weiß, wie sensibel die SP-Basis und die Arbeiterschaft in dieser Frage ist. Diese sind zwar sehr genügsam geworden – denn es sei eine „sozialistische Regierung", der man, zwar unzufrieden, aber dennoch Vieles nachsehen müsse. In der Frage der Abtreibung gibt es allerdings keinen Pardon. SP-Jugend- und Frauenorganisationen haben auch umgehend reagiert – sind zu Salcher gegangen, um „beruhigt" wieder wegzugehen: Salcher wolle an der Fristenlösung nicht rütteln.

Wie gesagt, sie sind sehr genügsam. Denn die Zeichen rund um Salchers angebliche „Konfrontation" mit der eigenen Partei sind eindeutig gewesen. 1979 verstärkten die konservativen Kräfte ihre Kampagnen gegen die Fristenlösung, die Kolumnisten der bürgerlichen Blätter ließen drucken, ÖVP- und FPÖ-Politiker empörten sich in Bild, Ton und Schrift. Die reaktionäre „Aktion Leben" unternahm Flugzettel- und Aussendungsfeldzüge en gros.

Im Gesundheitsministerium saß zu dieser Zeit noch Frau Leodolter, die inzwischen mit Broda zu einer Hauptzielscheibe reaktionärer Attacken geworden war. Leodolter ist nach eigener Einschätzung Sozialdemokratin, die sich mit den Frauen, und hier selbstverständlich vor allem mit den SP-Frauen, sehr eng verbunden fühlt. Sie war es, die im ersten Parteistreit um die Fristenlösung die wahren Gründe der ärztlichen ‚Gewissensbisse' der Primarien, die gegen die Abtreibung waren, angedeutet hat. Sie, Leodolter, könne sich schon vorstellen, warum viele Vorstände dagegen seien. Ihnen entgingen jene Sondereinkünfte, die sie unter der Zeit des Paragraphen 144 durch illegale Abtreibungen verdienten. Leodolter mußte dies aufgrund des Betreibens der Ärztekammer zurücknehmen. Am Wahrheitsgehalt ihrer Aussage gibt es jedoch trotzdem keine Zweifel. „Für die jungen Mütter war es manchmal bitter, kamen hinter Gitter, trieben sie was ab. Bei den noblen Damen gab es keine Dramen, wenn sie leise kamen, machten wir schab-schab."

Im Herbst demonstrieren die Ärzte – und mit ihnen die Rechtsextremen. Auf der Ringstraße in Wien kommt es zu Schlägereien mit Befürworter(inn)en der Fristenlösung. Die Rechte zürnt den Abtreibungskliniken. Doch zu dieser Zeit ist schon Salcher da. Leodolter hatte am 3.Oktober ihren Rücktritt eingereicht. Am Rande des Ministerwechsels waren Vorwürfe gegen sie hochgekommen, daß das Gesundheitsministerium bei der Vergabe von Aufträgen für das Wiener Allgemeine Krankenhaus keine öffentlichen Ausschreibungen vorgenommen und bestimmte Firmen bevorzugt hätte. Daß es in Wirklichkeit jedoch politische Differenzen waren, wird schon am Hin und Her zwischen Kreisky und Leodolter klar, das im September/Oktober vor sich gegangen war. Kreisky hielt angeblich schon Anfang September Leodolter nicht mehr für geeignet genug, den künftigen Schwerpunkt im Gesundheitsministerium – den Umweltschutz – zu bewältigen. Dazu brauche er „eine Persönlichkeit mit besonderer politischer Durchschlagskraft und rascher Entscheidungsfähigkeit." (Kreisky am 25. September 1979) Nur: Leodolter glaubte damals noch, daß sie es weiterhin sei, die das Gesundheitsministerium anleiten sollte. Erst später, Ende September, ‚erinnert' sie sich plötzlich an Kreiskys wirkliche Absichten und geht. Durchschlagend und entscheidungsfähig müsse der neue Gesundheitsminister sein – und auch katholisch. Das Ergebnis dieser Mischkulanz hieß Salcher. Salcher, schon immer als katholischer ‚Sozialist' bekannt, ist der geeignetste Kompromißkandidat für die bürgerliche Opposition gewesen. Was jetzt passiert, ist bekannt.

Salcher bekam ‚termingerecht' Gewissenskummer, er sagt in einem ‚Presse'-Interview, daß die Abtreibung „gesellschaftlich nicht anstrebenswert" sei, daß flankierende Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Abtreibungsziffern zu senken und meint dies alles im unmittelbaren Zusammenhang mit der erzreaktionären „Aktion Leben", deren „Gutes" er verwerten wolle. Während der SPÖ-Stadtrat Stacher noch am bisherigen Anspruch festhalten will, die obligate Beratung für abtreibungswillige Frauen „wertfrei" durchzuführen, widerspricht Salcher ganz im Sinne der ÖVP: „Das ist doch gar nicht möglich. Kann es auch nicht sein, weil das Interesse der Frau ja der Beratungswert an sich sein muß. Ich bin sogar sehr damit einverstanden, wenn die Beratung religiöse(!) Werte miteinbezieht." (Salcher in der ‚Presse') Von da zur VP-Indikationslösung ist es wirklich nicht mehr weit!

Die Bürgerlichen jubeln ihm zu, und nur in diesem Zusammenhang, in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der wir keiner einzigen bürgerlichen Institution das Recht einräumen, über den Körper der Arbeiterinnen, Frauen zu bestimmen, muß der Sachverhalt gesehen werden. Salchers Auftritte, so sehr sie später auch von Androsch, Blecha und von Salcher selber ‚zurechtgerückt' wurden, sind ein deutliches Entgegenkommen der SPÖ gegenüber dem reaktionären Lager. Seht, so lautet ihr Motto, wir sind sogar in dieser Frage verhandlungsbereit! An fünf Fingern kann man sich da abzählen, was diese SPÖ wert sein wird, wenn es gegen stärkere bürgerliche Parteien, als sie es heute sind, gilt, selbst diese Halbreform, wie es die jetzige Fristenlösung ist, zu verteidigen.

Salcher gaben angeblich die Geschäftemachereien mit Abtreibungen den Anstoß für seine ‚neuen' Gedanken. Wie fadenscheinig das ist, wird an der aktuellen Situation und seinen eigenen Vorschlägen ersichtlich. Das geringe ‚Angebot' von Bundesländerärzten, die in öffentlichen Kliniken Abtreibungen durchführen wollen, bzw. dürfen, führt erst recht wieder zu „horrenden Honoraren", die ja auch jene Ärzte einstreifen, die ‚öffentlich' moralische Skrupel bekommen. Salchers Absichten würden wiederum die öffentliche Abtreibung weiter erschweren. Der Jubel vieler ‚katholischer' Ärzte dürfte ihm also nicht bloß wegen derer moralischer Bedenken sicher gewesen sein.

Marxismus-Schulung der IKL

Für die nächsten Termine wurden folgende Themen festgesetzt:

Dienstag, 11. März – Die Theorie der Permanenten Revolution. Grundlage: Leo Trotzki „Die Permanente Revolution"

Dienstag, 18. März – Die Revolution in Nicaragua. Grundlage: Die entsprechenden Artikel in unserem Zentralorgan „permanente revolution"

Dienstag, 25. März – Die Standpunkte der KPÖ und des „Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale" zu Nicaragua

Die Schulung findet im Gewerkschaftshaus statt. 1040 Wien, Treitlstr. 4, 4. Stock, Zimmer 65a (oder 69). Beginn: 19 Uhr

Kreisky unterwegs: Come and kiss me in Manila...

„Letztlich tanzten noch die schönsten Modelle in mondänen gold- und silberglitzernden Tüchern eine Modeschau zum Song ‚Come and kiss me in Manila'. Die Österreicher waren ergriffen, und als auch noch die First Lady Imelda Marcos selbst den Gästen vorsang, hatte philippinischer Charme und Schmäh den österreichischen übertroffen." (‚Kurier', 29.1.980)

Auf einer vom KBÖ initiierten Podiumsveranstaltung zu Afghanistan ätzte ein ‚links' sozialdemokratischer Vertreter wohl schon zum hundertsten Male gegen seine „ rechten" Führer, die jetzt unter den Druck des Imperialismus kämen, wogegen die ‚ Linke' in der SPÖ weiter ankämpfen würde. Im Wiener Albert-Schweitzer-Haus redet es sich leicht und gegenüber Maoisten ist es in den letzten Jahren immer leichter geworden, ‚links' zu sein. Aber welcher ungeheure Zynismus in den Worten dieser ‚Tribüne'-Leute – oder wie sie sich sonst noch nennen – steckt, für welche verrottete Bande von Politikern sie trotz aller Phrasen die Verantwortung übernehmen, zeigte sich zuletzt besonders einprägsam an der Asienreise des Bundeskanzlers Kreisky.

Kreisky – der „größte historische Materialist"

Weltreisender Bruno Kreisky war Anfang des neuen Jahres in Sachen österreichischer Imperialismus unterwegs. Genau das ist eine Hauptfunktion der Sozialdemokratie. Der Bourgeoisie international ein gewandter Vermittler für ihre Profitinteressen zu sein. Und Kreisky hat brillant verhandelt, als ginge es um seine eigenen Geschäfte – um seine eigenen Panzer, Industrieanlagen, um sein Erdöl. Letztenendes ist es ja auch so, denn die Sache der Kapitalisten ist die seine und die der Sozialdemokratie. Einem konservativen Bürgerlichen ist Kreisky sogar an persönlicher Gewandtheit und Eleganz überlegen. Niemand hätte es treffender sagen können als Dr.Dr. Günter Nenning, der zu einem der schleimigsten Kreisky-Fans geworden ist. „Als Theoretiker hat er (Kreisky – p.r.) uns schon immer erklärt: Wer als materiellen Unterbau Öl braucht, wandelt sich wunderbarerweise im ideologischen Überbau vom Israel-Fan zum Araber-Fan... Jetzt bringt er uns (? ? ?) viel und billiges Öl direkt von den saudischen Märchenprinzen (!)."
Man meint Sarkasmus in diesen Zeilen zu spüren, und wenn dem auch so wäre, bliebe von Nenning nichts anderers übrig, als ein kleiner mieser gekaufter Schreiberling. Nicht laut hinauszuschreien, was in den von Kreisky besuchten Ländern wirklich ist. wer die Kreaturen, die Nenning „Märchenprinzen" nennt, wirklich sind, der ist letztlich nichts anders als Kreisky: ein Sozialimperialist!

Auf den Philippinen

Kreisky über die Philippinen: „...ein Hort des Friedens". Und über Marcos: „Ein neuer Freund im Fernen Osten." Kreisky hat Verständnis für die Probleme, „er habe immer gesagt, daß die Entwicklung zur Demokratie in jedem Land anders verläuft daß das Demokratieverständnis hier ein ganz anderes ist und daß man eben nicht europäische Maßstäbe anlegen darf. Das schließe nicht aus, daß ein Mindestrespekt für die Menschenrechte vorhanden sein muß, und die führenden Politiker der Philippinen seien sich dessen auch offenbar bewußt."
Diese Überzeugung hat Kreisky vermutlich beim Besuch des luxuriösen Strandrestaurants Puerto Azul erlangt, als ihm „reizende philippinische Schönheiten" bei „Sah ein Knab ein Röslein stehn" rote Rosen an den Tisch brachten. Sogar der ‚Wiener Kurier', der noch vor ein paar Wochen alle Staudämme in Iran zerbombt sehen wollte, merkt an, daß es „wohl in der Natur solcher Staatsempfänge" liegen müsse, daß die österreichische Delegation „wenig Einblick in die wahre Realität einer Gesellschaft und eines Landes ermöglichen." (29.1.1980)

Kreisky als Gefangener der Zeremonien, weswegen er auch keine Kontakte zu Oppositionellen des Marco-Regimes aufnehmen konnte? Kaum. Es waren ohne Zweifel die ‚Großprojekte', die Kreisky für Österreichs Kapitalisten und die Verstaatlichte einheimsen konnte: für die VÖEST und andere Firmen Beteiligungen an der Errichtung der Ferrochromanlage Acoje und die Alcogasanlage Cagayan. Der Kohletagbau in Semirara soll für die VÖEST-Tochter Austromineral ebenfalls ein profitables Geschäft werden, u.a.m.

Österreichs „Wirtschaftshilfe"

Längst nicht so plump wäre da schon eine Argumentation, die das Engagement österreichischer Kapitalisten auf den Philippinen als „Wirtschaftshilfe" gegen die Unterentwickeltheit des Landes titulieren würde. Die Unterentwickeltheit der Philippinen ist indes gerade ein Produkt solcher „Wirtschaftshilfen" des Imperialismus – ab 1898 hauptsächlich jene der USA. Die jetzigen Aufträge für österreichische Firmen liegen auf der gleichen Linie, und Kreisky hätte es nicht klarer vorexerzieren können, um zu zeigen, wie sehr das österreichische Kapital am sozialen ‚Frieden', d.h. an der Stabilität des Marco-Regimes, niedrigen Löhnen, Arbeitslosigkeit, am Kriegsrecht, das auf den Philippinen herrscht, und eben an der Unterentwickeltheit interessiert ist.

Der ‚Entwicklungsplan' Marcos Mitte der 70er-Jahre – die ländlichen Gebiete und die Industrie zu fördern, ist im wesentlichen Regierungspropaganda geblieben. Die ‚Erfolge' waren Erfolge für die Mächtigen auf den Philippinen und das Auslandskapital. Die Günstlingswirtschaft und die Korruption blühen, was Ausdruck der imperialistischen Logik und der Raffgier der einheimischen Bourgeoisie ist, nur dort zu investieren, wo es entsprechend hohe Profite gibt. „Das zentrale Motiv ist das unbekümmerte Abrahmen eines raschen finanziellen Profits, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf den Betrieb, geschweige denn – in der kumulativen Wirkung – auf die volkswirt schaftlichen Konsequenzen eines derartigen ökonomischen Raubbaus." schreibt der keineswegs als links zu bezeichnende Korrespondent der ‚Neuen Zürcher' R. Lautenschütz. „Die schamlose Bereicherung weniger auf Kosten vieler untergräbt zudem die Glaubwürdigkeit der offiziellen Entwicklungsvision." (ebd.) Kreisky hat Marcos geholfen wieder glaubwürdiger zu werden, und der philippinische Verteidigungsminister Enrile sorgt inzwischen dafür, daß Kreiskys Worte über den „Hort des Friedens" weiterhin Realität bleiben. Enrile „rechtfertigt jedenfalls die Beibehaltung des Kriegsrechtes unter anderem mit der Bemerkung, daß die Bevölkerung wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse ‚einmal die Nerven verlieren könnte." (ebd.) Rund 25% der Erwerbsfähigen sind auf den Philippinen arbeitslos, die Mehrheit der Bevölkerung ist unterernährt!

„Er (Kreisky – p.r.) kann sich nicht darum scheren, daß Saudi-Arabien eine üble Diktatur ist." (Nenning im ‚profil' Nr. 7/1980)

Der Bundeskanzler kreuzte noch in Thailand, Indien und Saudi-Arabien auf. Bei seiner Zwischenlandung in Bangkok zeigte er sich ebenfalls erfreut, denn Thailand sei „ein äußerst wichtiger Faktor der Stabilität in Südostasien". Und um vertrauenserweckend zu sein, bot er dem thailändischen Ministerpräsidenten Kriangsak Xhoman ‚gute' österreichische Steyr-Panzer an.

In Indien konferierte er mit der erneut an die Macht gekommenen Indira Ghandi über Afghanistan und über ‚Weltpolitik', und so wie er noch vor seiner Reise für die verstärkte Aufrüstung des ‚Westens' gegen die Sowjetunion eingetreten war – um eine „bessere Verhandlungsbasis" zu haben, halfen ihm jetzt die Gespräche mit der indischen Diktatorin, „die indische Haltung zu Afhganistan besser zu verstehen."

Die letzte Station war Riad, wo er sich, wie schon zitiert, um die üble Diktatur der „Märchenprinzen" nichts scherte.
„Öl für Österreich"! nachdem die Rufe der Khaba-Besetzer gegen die Öllieferungen an die USA und den Imperialismus unter den Schüssen der ‚Befreier' noch nicht ganz verklungen waren. Der Thron der Saudis wackelt, die Armee verhaftet Anfang des Jahres 1.100 Personen, es gibt Massenhinrichtungen, im Osten Saudi-Arabiens sterben bei Auseinandersetzungen mit den Militärs 60 Menschen und über 300 werden verletzt. Und Kreisky? Er bietet auch Fahd österreichische Panzer an. Panzer für Öl.

Angesichts dieser Fakten müßte eigentlich jeder Sozialist und Kommunist empört sein. Moralische Entrüstung genügt jedoch nicht. Es gilt darüber hinaus den Zusammenhang zwischen dieser Skandalreise Kreiskys und der österreichischen Innenpolitik herzustellen.

In Thailand, Saudi-Arabien oder auf den Philippinen hat sich Kreisky keinen Deut um die sozialdemokratischen Feiertagsreden geschert, um die österreichische Kapitalistenklasse zufrieden zu stellen. Die Sozialdemokratie tut dies mit der Logik, damit die Bourgeoisie nicht zur Krisenpolitik und Arbeitslosigkeit ‚provoziert' werde. Der wahre Kern dabei ist, daß auch die österreichischen Arbeiter von der halbkolonialen Ausbeutung besser leben – manche mehr, manche weniger. „Was gut ist für Kreisky, ist gut für Österreich" lobhudelt Nenning in diesem Sinne, doch der Schluß, daß die österreichischen Arbeiter ebenfalls ein Interesse an den Geschäften Kreiskys und der Kapitalisten hätten, ist nicht nur mit dem Elend der Ausgebeuteten der ‚Dritten Welt' zu messen, sondern ist auch kurzsichtig. Denn was hier von der Sozialdemokratie gestärkt wird, ist die Macht der Bourgeoisie, die sich nur so lange ‚besänftigen' lassen wird, solange ihr die sozialdemokratischen ‚Geschenke' reichen. Nicht Kreiskys ‚guter' Wille sondern die Profitrate ist ihr Maß der Dinge, das auch dann für sie gültig ist, wenn sie in der internationalen Wirtschaftskrise den Lebenstandard des österreichischen Proletariats radikal zu beschneiden suchen wird.

Innen- und Außenpolitik sind eine Einheit, letztere ist die Fortsetzung der ersteren. Sowohl in Asien als auch in Österreich stand und steht die Sozialdemokratie auf der Seite der Herrschenden. Obwohl die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft Engels Worte heute nicht akzeptiert, gilt es doch gerade angesichts der Kreisky-Reise nach Asien sie zu betonen: „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren!"

Die Rechten werden frech!

„Wer sonst, wenn nicht der Innenminister einer demokratischen Republik hat sich darum zu sorgen, daß sich so etwas (gemeint ist der Faschismus – p.r.) nie wiederholen kann. Beste Faschismusbekämpfung ist es, Demokraten zu erziehen."
(E. Lanc, aus seinem Vorwort zu „Rechtsextremismus in Österreich")

Der offizielle Antifaschismus in Österreich ist in letzter Zeit bei seiner Erziehungsarbeit beträchtlich gestört worden. Diesmal schritten Gerichtsbarkeit und Polizei allerdings nicht nur nicht gegen die Rechte ein, sondern führten ihre Aktionen gleich gegen die Regierungspartei. Die Vorgeschichte war folgende: Am 16. Jänner durchsuchte die Exekutive das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes nach dem Buch „Rechtsradikalismus in Österreich", nachdem das Wiener Landesgericht dem Beschlagnahmeantrag des ÖVP-Rechten K. Steinhauser stattgegeben hatte. Eine zweite Durchsuchung folgte am 31.1. aufgrund der Anzeige des Herausgebers der rechtsstehenden „Politischen Briefe" H. Pretterebner. Dieser und Steinhauser stießen sich an der im Buch vorgenommenen Einschätzung, daß sie sich „in den letzten Jahren zum Rechtsextremismus hin entwickelt" hätten. Damit war dann auch die höhere Justizinstanz, die Ratskammer des Landesgerichts für Strafsachen Wien, nicht einverstanden und schloß sich der Beschlagnahmeverfügung der Richterin im Wiener Landesgericht D. Trieb an.

Im Februar überstürzten sich für österreichische Verhältnisse die Ereignisse. Wieder war es Pretterebner, der der Justiz am 8. Februar den offensichtlich willkommenen Anlaß gab, eine Hausdurchsuchung durchzuführen. Jetzt im SPÖ-Zentralsekretariat, im Dr.-Karl-Renner-Institut und im Vorwärts-Verlag. Und am 13. und 15. Februar schließlich der einstweilige Höhepunkt der ‚Affäre': die ‚AZ' wird beschlagnahmt. In ihr waren Artikel erschienen, in denen Pretterebner erneut als „Causa" genannt wurde, bei der es gelte, „möglichen neuen rechtsradikalen Anfängen rechtzeitig entgegenzutreten." (‚AZ', 15.1.) Der Sachverhalt ist in der Tat bemerkenswert. Eine kleine, insgesamt schwatzhafte, antifaschistische Broschüre des Renner-Institutes – „Gefahr von rechts" – führt zu polizeilichen Aktionen gegen die Regierungspartei, hinter der immerhin über 51% der österreichischen Bevölkerung stehen.

Doch ‚Demokratie' sei ‚Demokratie', die – so Kreisky höchstpersönlich – auch vor Parteien nicht haltmachen dürfe. Und als ‚Gesetzesmensch', der er nun einmal ist, störte ihn vordererst einmal bloß die Tatsache, daß sich die Polizisten auch anschickten, die Räumlichkeiten von SP-Abgeordneten zum Nationalrat zu durchsuchen, wovon sie angeblich nur mit den erbosten Hinweisen auf die parlamentarische Immunität abgehalten werden konnten.

‚Linkssozialdemokratie' und KPÖ: Weiterhin aufrechte Demokraten

Die ‚linke' Sozialdemokratie und die KPÖ reagierten da schon erregter. Ihre oberflächlichen Vergleiche mit 1934 hielten sie allerdings nicht davor zurück, wieder einmal ihr demokratisches ‚Schema F' für Erklärung und Lösung der gerichtlichen und polizeilichen Eskapaden anzuwenden. Die Rechten würden die Demokratie bedrohen und die rechten Führer der SPÖ wichen zurück. Der Innenminister „fiel" ja schon vor einiger Zeit „um", als er sich von seinem Vorwort im „Rechtsradikalismus"-Buch distanzierte. Das alles ließe „einen bitteren Geschmack" zurück. (‚Volksstimme', 18.1.) Doch – ‚Demokratie sei Dank' – konnte im Jänner noch Hoffnung geschöpft werden. Man dürfe nämlich „von der Entscheidung einer Richterin am Wiener Landesgericht nicht auf die österreichische Rechtssprechung schließen. Hoffentlich (!). Die Ratskammer des Landesgerichtes kann den Beschluß jederzeit aufheben." (ebd.) Noch waren die Tage nicht vergessen, an denen die Polizei Telefonhütten auf Flugblätter der „NSDAP-AO" untersucht hatte und die vorgefundenen entfernte. Da war auf die Exekutive noch Verlaß, der Staatsvertrag wurde eingehalten und in der ‚Volksstimme" konnte man es auf großen Bildern selber sehen.

Doch der Februar lehrte ihnen das „Gruseln". Lutz Holzinger tat daraufhin am 12.Februar 1980 ganz auf ‚marxistisch' und deckte bislang von der KPÖ nur sehr selten Ausgesprochenes auf. Die Ereignisse würden „ein bezeichnendes Licht auf die wahren Machtverhältnisse und Machtstrukturen unseres bürgerlichen Staates" werfen: „Eine noch so gut abgesicherte parlamentarische Mehrheit gibt noch lange nicht Auskunft darüber, wer die wirkliche Herrschaft im Staate hat. Solange die Besitzverhältnisse unangetastet bleiben, kann sich das Kapital ziemlich nach Belieben aussuchen wen es seine politischen Geschäfte bestellen läßt", wird er abschließend noch ganz ‚ultralinks'.

Der eine Punkt den er anschneidet, trifft sicherlich auch auf die aktuelle Situation zu. Die Februarereignisse zeugen davon, wie wenig nach einem Jahrzehnt SP-Parlamentsmehrheit der Staatsapparat ‚sozialdemokratisiert' worden ist. Ihre beamteten Bürokraten haben nicht einmal die ‚antisozialdemokratischen', geschweige die reaktionären Tendenzen im kapitalistischen Staatsapparat beseitigen können. Die Regierungen kommen und gehen, so das Bewußtsein des kleinbürgerlichen Beamten, der Staat bleibt. Oft genug steht er in rechter Opposition zu seinem ‚roten' Minister, dessen ‚Reformen' er ablehnt und zu boykottieren sucht. Gerade im Justizwesen sind diese Widersprüche deutlich geworden. Eine solche politische Atmosphäre ist in der Hauptsache im ÖVP- und FPÖ-nahen Milieu vorzufinden, wenngleich sich führende ÖVP-Politiker auch von den AZ-Beschlagnahmungen distanziert haben. Solche Divergenzen im konservativen Lager sind nichts Neues. Seine ‚Basis' ist oft mit dem Demokratismus von ÖVP und des ‚liberalen' Flügels der FPÖ nicht einverstanden. Am deutlichsten kamen diese Gegensätze seinerzeit bei der LKW-Blockade hervor, als sich VP-Sallinger längst mit der Regierung geeinigt hatte, während ein Steinhauser von der Verbitterung der Frächter ob der Ergebnisse profitierte. Am rechten Rand des österreichischen Konservatismus verwischen sich die Grenzen zum Rechtsextremismus. Dworczak hat in „Rechtsextremismus in Österreich" sicherlich recht, wenn er Steinhauser und Pretterebner in diesem politischen Bereich ansiedelt. Die Dokumentation beweist ebenso die ‚hochoffiziellen' Verbindungen zwischen den Großparteien und dem rechten Lager in Österreich, von dem es wiederum nicht weit ist zu den rechtsextremen ‚Kader'organisationen.

Doch Dworczak wäre nicht Dworczak, Holzinger nicht Holzinger und die KPÖ wäre nicht die KPÖ, würden sie nicht trotz ihrer feiertäglichen Wortradikalitäten wieder auf ihr altes politisches Konzept zurückkommen, in dem die SP-Führer die „historischen Erfahrungen" mit dem Faschismus bloß „vergessen" haben (Holzinger) und ebenso der Staat nur an seine eigenen Gesetze – den Staatsvertrag und das Verbotsgesetz – ‚erinnert' werden müßten. Wie? Durch den vereinten Druck aller Demokraten! „Wehret den Anfängen" auf ganz ‚impotente' Art.

Dieses Konzept ‚lebt' von der Einbildung, daß SPÖ und Staat Apparate sind, die für die demokratische Sache, wenn nicht sogar für den Sozialismus, umfunktioniert werden können. Dr. Hermann Dworczak, ‚linker' Vertreter des Dokumentationsarchives, drückt dies in „Rechtsradikalismus in Österreich" folgendermaßen aus: „Die Behörden der Republik Österreich sind verpflichtet (!), diese eindeutigen (?) gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden. Wenn dies nicht geschieht, haben die demokratischen Kräfte (?) die Aufgabe, die staatlichen Organe durch öffentliche Einflußnahme (?) dazu zu veranlassen." Die „öffentliche Einflußnahme" – Dworczak sagt leider nicht dazu, was er konkret darunter versteht, außer daß Antifaschisten „engagiert" sein sollten – müßte schon ein gewaltiges Ausmaß annehmen, denn nach Holzinger sollte sie nichts geringeres leisten, als die „wirkliche Herrschaft im Staate", also die kapitalistische und die kapitalistischen „Besitzverhältnisse", d.h. den Kapitalismus überhaupt, zu überwinden. Er und Dworczak bleiben indes die Antwort auf dieses Problem schuldig, wie und mit welchen Methoden solch Epochales geschehen soll. Schon der erste ernsthafte Schritt in diese Richtung würde die Substanz des bürgerlichen Staates ganz schön angreifen, bedeutete er doch, daß er seine rechte ‚Krücke', d.h. die rechten Massenorganisationen, wie den Österreichischen Kameradschaftsbund oder den Kärntner Heimatdienst, wegwirft.

SPÖ stärkt die Reaktion

Die letzten Begebenheiten sind ein Schlag gegen das demokratische Geseire der „demokratischen Antifaschisten" von ‚links' bis zu den Stalinisten und ‚Linkssozialisten'. Reaktionäre Teile der Klassenjustiz haben im Februar ein ziemlich deutliches Symptom dafür geliefert, wie der Staat wirklich funktioniert, indem er nicht am Papier ‚klebt', Staatsvertrag Staatsvertrag sein läßt und dafür andere Paragraphen des Strafgesetzbuches zur Anwendung bringen. Nicht der Buchstabe sondern der Geist des Apparates entscheidet, wer im ‚Recht' ist. Es war kein Ausrutscher der Richterin D. Trieb, der wir jedoch damit keineswegs ihre reaktionäre Gesinnung absprechen wollen. Ihr Urteil wurde von der Ratskammer bestätigt und schließlich war die ‚AZ' zweimal beschlagnahmt. Ein beachtlicher Verlauf, der die ‚Selbständigkeit' der Klassenjustiz beweist, die schon mit den jetzigen ‚demokratischen' Gesetzen, etwa mit dem Paragraphen 282, imstande ist, jedes fortschrittliche Wort, selbst wenn es in der 'AZ' geäußert wird, wie gezeigt wurde, zu unterdrücken.

Die SPÖ trägt die Hauptverantwortung für diese Situation. Ihre Mehrheitsregierung hat seit einem Jahrzehnt nicht geheißen (und konnte gar nicht heißen): Konfrontationspolitik gegen den Repressionsstaat und die Rechte. Im Gegenteil. In allen wesentlichen politischen Fragen ist sie, ausgehend von ihrer Achse des Arrangements mit dem Kapitalismus, mit ÖVP und FPÖ gegangen und ist ihnen ungemein entgegengekommen. Die unmittelbar letzten Stationen dieser Koalitionspolitik war ihre ‚Knieweichheit' in der Schul-, Medien- und Gesundheitspolitik. Schon die schlappen Initiativen der zur Zeit noch in sich zerstrittenen rechten Oppositionsparteien haben ausgereicht, daß die Sozialdemokratie einen Rückzug nach dem anderen angetreten hat. Hier passt der Vergleich mit 1934. Damals ging ihr das Bündnis mit der Bourgeoisie letztlich sogar über ihre eigene Existenz. Dabei ‚opferte' sie das österreichische Proletariat. Das steht heute nicht auf dem Spiel, doch wie 1934 geht es ihr um den innenpolitischen ‚Frieden' – ein ‚Frieden', der in den 70er-Jahren die SS-Peters, die ‚deutttschen' Götz', die CSU-Bachers und rechtsextremen Steinhausers, Pretterebners groß und selbstbewußt werden ließ. Das alles schlug jetzt auch auf die SPÖ zurück. Freilich, das reaktionäre Tun ist heute in Österreich noch ‚Affäre' und wird vom ‚Glanz' der personifizierten kapitalistischen Stabilität – Kreisky – überlagert. Spielend werden es Blecha und Marsch schaffen, mit parlamentarischer Raffinesse, indem sie die inkriminierten Texte im ‚hohen Haus' vortragen und damit ‚immunisieren', dem Pretterebner zumindest einstweilen einmal das Maul zu stopfen. Das kann aber nicht über die Symptomatik des Geschehenen hinwegtäuschen, daß es gerade die SPÖ ist, die den Sieg der Reaktion vorbereitet, wobei schließlich auch sie in Gefahr gerät.

Wer vom Kapitalismus schweigt...

Am Konzept des offiziellen demokratischen Antifaschismus festzuhalten, verlangt selbstverständ-

lich nach einer speziellen Auffassung der österreichischen Geschichte nach 1945. Fast makaber ist es, wenn sie gerade im verbotenen Buch des Dokumentationsarchives ‚demokratisch' umgefälscht wird. „Am Beginn der demokratischen Entwicklung 1945 stand ...die Entschlossenheit der neugebildeten demokratischen Parteien, niemals wieder faschistische Kräfte in unserem Land zu dulden und allen Anfängen zu wehren. Trotzdem war es im Zuge des Kalten Krieges und aufgrund der sich wandelnden innenpolitischen Verhältnisse möglich, daß sich ab 1949 allmählich, aber zunehmend offen deutschnationale und rechtsextreme Gruppen formierten und in ihren Organisationen einen schon totgeglaubten Geist verbreiten konnten. Vor unser aller Augen hat sich diese Entwicklung vollzogen, und die verantwortlichen politischen Kräfte haben sich – aus falsch verstandener demokratischer Toleranz oder kurzsichtigen tagespolitischen Rücksichten – mit der Existenz eines politischen Lagers ‚rechts von der Demokratie' abgefunden." (Vorwort der Herausgeber, S.8) Daß der damalige sozialdemokratische Innenminister Hellmer zum Zustandekommen der Vorläufer organisationen der FPÖ nicht unwesentlich beigetragen hat, muß bei diesem ‚demokratischen Triumph' verschwiegen werden...

Im hinteren Teil des Buches räsoniert zwar Willibald I.Holzer mit präpotenten Schachtelsätzen seitenlang darüber, ob Faschismus etwas mit Kapitalismus zu tun habe, das ist aber schon das einzige Mal, daß solche Gedanken überhaupt in die Überlegungen einfließen. Produkt dieser Methode von Geschichtsschreibung ist dann das Vorwort der Herausgeber. Darin wird eine „demokratische Entwicklung" geschildert, deren politische Träger – die „demokratischen" Parteien – lediglich dem Kalten Krieg und mystisch bleibenden innenpolitischen Veränderungen nachgegeben hätten. Alle (selbstverständlich bis auf die ‚unverbesserlichen' Rechten) seien also sozusagen guten Willens. Und wie eine Überschwemmung vollzog sich das alles „vor unser aller Augen". Wir sind wieder am Ausgangspunkt angelangt, was zu beweisen war wurde bewiesen: demokratischer Druck fehlte und fehlt, den dieses Mal auch Frau Minister Firnberg, Innenminister E.Lanc, Beamte aus dem Innenministerium und der Vereinsbehörden erzeugten und denen für ihre Mitarbeit am Buch gedankt wird.

Firnberg und Lanc hätten sicherlich nicht ‚mitgearbeitet', wenn die Herausgeber die „demokratische Entwicklung" nach 1945 als das bezeichnet hätten, was sie war: die Restauration des österreichischen Kapitalismus, mit allen sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen. Diese Konsequenzen haben sich durchgesetzt, obwohl damals der antifaschistische Druck in breiten Bevölkerungsteilen gewaltig war. gewesen ist.

Dieser Druck hat zwar zu papierenen Ergebnissen – etwa den entsprechenden Artikeln im Staatsvertrag (ohne hier die Bedeutung der Bedürfnisse der sowjetischen Bürokratie zu nennen) – und zu einer Entnazifizierungskampagne geführt, die kaum begonnen, jedoch schon wieder abgeschlossen worden war, und zwar nicht gegen den Willen der SPÖ. ‚Reales' wurde indessen von den „neugebildeten demokratischen Parteien" gefördert bzw. geschaffen: eine kapitalistische Wirtschaft und ein kapitalistischer Verwaltungs- und Repressionsapparat. Auf dieser Grundlage kam es auch zu keinem qualitativen Bruch mit der faschistischen Ära, die Klassenbeziehungen ‚normalisierten' sich und mit ihnen das kleinbürgerliche Milieu, das auch nach 1945 wieder Hauptrekrutierungsfeld der rechten Organisationen war. Der bürgerliche Staat sog im und nach dem Kalten Krieg Tausende von ‚Ehemaligen' und rechten ‚Nachwuchs' auf. Der „totgeglaubte Geist" hat seine Wurzel 1945, in dem auch die potentielle Basis gelegt wurde, daß der Rechtsradikalismus in Österreich erneut zu Kräften kommen kann.

Wir wollen Horkheimers Wort, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, auch vom Faschismus schweigen möge, dahingehend modifizieren, daß Reden alleine, noch dazu, wenn sie nur an ‚Feiertagen' gehalten werden, nicht ausreichen. Der Faschismus darf nicht nur als „legitimes Kind" des Kapitalismus verstanden werden, sondern daraus müssen die Antifaschisten auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen: eben keine Illusionen in den bürgerlichen Staat zu haben und den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse anzustreben. Zu dieser Erkenntnis konnte sich die KPÖ durch den „Paukenschlag" im Februar 1980 nicht durchringen.

Drohender Militärputsch in der Türkei: Die NATO stabilisiert ihre ‚weiche Flanke'!

Die Szenen erinnern an Chile 1973: Nach regelrechten Straßenschlachten zwischen streikenden Arbeitern und den ‚Sicherheitskräften' in Izmir stürmte die Armee die Textilfabrik Tarsis, räumte sie und nahm die Arbeiter fest. Die Arbeiterviertel wurden durchkämmt, Waffen beschlagnahmt und hunderte weitere Arbeiter und Linke festgenommen. Der Ort der Haft war das Fußballstadion...

Über Izmir, die bisher als einzige größere Stadt davon noch nicht betroffen war, ist das Kriegsrecht, das bisher in 19 Provinzen galt, verhängt worden – ebenso wie über die an Syrien grenzende Provinz Hatay: Ausdruck des verschäften Kurses der neuen türkischen Regierung. Denn die seit dem Regierungswechsel im November 1979 erneut sprudelnden Geldquellen der Militär- und Wirtschaftshilfe der USA und der BRD sind an zwei Bedingungen gebunden: Die „Sanierung" der türkischen Wirtschaft und eine innenpolitische „Stabilisierung". Und zu Jahresanfang richtete das Militär ein „ernstes Wort" an die bürgerlichen Parteien.

DROHENDER MILITÄRPUTSCH

„*Die Nation habe keine Geduld mehr mit denjenigen, die die verfassungsmäßige Freiheit mißbrauchten, die Internationale anstatt der Nationalhymne sängen, eine Rückkehr zu islamischer Rechtsordnung wünschten oder die Demokratie durch Faschismus, Anarchie und Zerstörung ersetzen wollten.*" Die Parteien wurden zur Einheit gegen den Terrorismus aufgerufen, anstatt sich mit „sterilen politischen Disputen" zu beschäftigen. Ein „heißer Krieg" wurde vorhergesagt, wenn die „Geplänkel" der Parteien nicht aufgegeben würden. (‚Süddeutsche Zeitung', 3.1.1980) Schon zweimal hat das Militär die Regierungsmacht übernommen – 1960 und 1971. Beim letzten Mal mußte der damalige (und heutige) Ministerpräsident den Hut nehmen Die Warnung verfehlte ihre Wirkung nicht.

NOCH SCHÄRFERE REPRESSION GEGEN DIE LINKE UND DIE ARBEITER

Nach dem Regierungswechsel wurden zahlreiche Beamte im Staatsapparat ausgewechselt (so alle 67 Provinzgouverneure und die Polizeichefs von 44 Großstädten). Ein Teil der Posten fiel an Anhänger der Faschisten, um deren Unterstützung für Demirel zu sichern. Staatssicherheitsgerichte sollen eingerichtet werden, die die Arbeit von Linken und nationalen Minderheiten mit Gefängnis bis zu 15 Jahren bestrafen können.

Schon kurz nach der ‚Warnung' der Militärs legte Demirel ein „Anti-Terror-Maßnahmenpaket" vor:

– Die Polizei wird ermächtigt, jedes Haus und jede Person auch ohne gerichtlichen Befehl durchsuchen zu können.

– Die Provinz- und Distriktgouverneure werden ermächtigt, zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" die Armee zu Hilfe zu rufen.

– Die Verwaltungen werden ermächtigt, jeden Demonstrationszug vorläufig untersagen zu können.

– Die Organisierung in gewerkschaftlichen Organisationen soll für die Angestellten im öffentlichen Dienst verboten, die bereits bestehenden Organisationen aufgelöst werden. Die Aktivitäten von Studentenorganisationen sollen auf die Bereiche Sport und Kultur beschränkt werden.

– Das Strafausmaß bei „Vergehen gegen den Staat und individuelle Freiheiten" soll verschärft werden. (‚Arbeiterkampf' 169, 14.1. 1980)

Der erste und dritte Punkt des ‚Pakets' wurden im Parlament durch die sozialdemokratische Republikanische Volkspartei (CHP) und die Islamische Nationale Heilspartei (MSP) zu Fall gebracht. Bei der CHP dürfte der Grund für diese Ablehnung in ihrem linken Flügel zu suchen sein.

Dafür wurden dann noch Polizei-, Lehrer- und Studentenvereinigungen eine politische Betätigung verboten. (‚Süddeutsche Zeitung', 24.1.)

Trotz ihrer teilweisen Ablehnung von Demirels Maßnahmen unterstützt die CHP die Regierung. Ecevit erklärte sogar seine Koalitionsbereitschaft, was aber von Demirel abgelehnt wurde.

Zum Jahrestag des Massakers in Kahramanmaras kam es in Istanbul und Ankara trotz Kriegsrecht zu Demonstrationen gegen Faschismus und Anti-Terror-Gesetze. Es gab 12 Tote, ca. 5 000 Festnahmen und die Suspendierung von 1 700 Lehrern, nachdem der linke Lehrerverband TOB-DER zu einem eintägigen Streik aufgerufen hatte.

Der ehemalige Präsident des Gewerkschaftsverbandes DISK, der Vorsitzende und mehrere Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft wurden festgenommen: Sie hatten auf einem Kongreß ihrer Gewerkschaft die Internationale und nicht die türkische Nationalhymne gesungen. (‚Die Tageszeitung', 3.1.1980) In Izmir kommt es seit Mitte Jänner zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Arbeitern und Studenten. An jeweils einem Tag wurden 270 Studenten bzw. 525 Arbeiter verhaftet. Izmir gehörte bisher nicht zu den unter Kriegsrecht stehenden 19 Provinzen, doch wird erwogen,auch hier den Ausnahmezustand zu verhängen.

M. Coppik (SPD) berichtete, daß die kurdische Minderheit in der Wahrnehmung ihrer kulturellen Rechte brutal unterdrückt wird. Durch das Kriegsrecht können Menschen bis zu 14 Tagen inhaftiert werden, ohne Kontakte zu einem Rechtsanwalt oder Richter. Die Gefangenen werden in der Regel nach 10 bis 12 Tagen freigelassen, ohne auch nur den geringsten Grund für ihre Verhaftung zu erfahren.

Der Terror der Faschisten geht unterdessen ungehindert weiter.

Ecevits Erklärung angesichts der Erstürmung einer von Arbeitern in Izmir besetzen Fabrik durch Soldaten (mit Panzern und Flugzeugen!), die Sicherheitsbehörden würden mit Gestapo-Methoden gegen die Bürger des Landes vorgehen, ist nichts anderes als Heuchelei. Die CHP hat die neuen Gesetze unter ihrer Regierung vorbereitet, das Kriegsrecht wurde von Ecevits Regierung erstmals verhängt.

„MILITÄRHILFE" FÜR DIE TÜRKEI

Nach der türkischen Invasion auf Zypern war es zu einem Einfrieren der Beziehungen zwischen der Türkei und den USA gekommen. Die USA verhängten ein Waffenembargo, worauf die Türkei ihr Militärabkommen mit den USA kündigte und bis auf eine NATO-Basis alle amerikanischen Stützpunkte schloß. Nachdem das Embargó aufgehoben worden war, wurden im Oktober 1978 vier Militärbasen wieder geöffnet. Seitdem arbeiten die Stützpunkte mit einem provisorischen Status.

Die neue Regierung betonte ihre Treue zur NATO und befürwortete die atomare „Nachrüstung" der NATO, will aber selber keine Atomwaffen stationieren.

Mitte Jänner kam es dann zu einem neuen Militärabkommen:

– Die USA und die Türkei betreiben gemeinsam 5 Stützpunkte und 7 Fernmeldezentren (vor 1974 waren es insgesamt 26 Stützpunkte gewesen).

– Zusatzabkommen behandeln die Modernisierung der türkischen Streitkräfte und den Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie mit amerikanischer Hilfe.

– Die Stützpunkte stehen unter dem Kommandc türkischer Offiziere. Das Hauptabkommen hat eine Laufzeit von 5 Jahren, die Vereinbarung über die militärische Unterstützung soll jährlich verlängert werden. In 5 Jahren soll die Türkei 5 Milliarden US-Dollar erhalten.

Schon im Dezember kam es zu Abkommen der BRD mit Griechenland, Portugal und der Türkei, mit denen die BRD ihre seit 1964 geleistete ‚Militärhilfe' fortsetzte. Von den seither bezahlten 1,35 Milliarden DM gingen 800 Millionen an die Türkei (unter anderem für Mittel zum Aufbau von Fabriken für Handfeuerwaffen, wie dem Standardgewehr G-3 und die kostenlose Lieferung von Material, wie Schiffen, Fahrzeugen, Munition, Fernmeldegeräten u.a.).

Nachdem die USA erklärten, daß ihre „Nachrüstung" beschleunigt werden soll, stellte die Bundesregierung erste Überlegungen für künftige ‚Militärhilfe' an: Schwerpunkt soll die Panzerabwehr durch die Lieferung modernster Panzerabwehrraketen wie ‚Milan' und die Modernisierung veralteter Panzer amerikanischer Bauart (M47, M48) sein. Das Bundes-Verteidigungsministerium erklärte seine Bereitschaft, zur Ausbildung deutsche Fachleute in die Türkei zu senden bzw.„„in genügender Zahl vorhandene deutschsprechende Türken" in der BRD zu schulen. Erwogen wird außerdem ein Kredit zur Finanzierung von 70 ‚Leopard 1'-Panzern.

Die Geschäftigkeit der westlichen Militaristen ist u.a. auf die geografische Lage der Türkei zurückzuführen. Die NATO - ‚Südflanke' liegt südlich der Sowjet-Union und bietet dadurch die Möglichkeiten für etliche ‚Horchposten', die den USA im Iran in der letzten Zeit verlorengingen. Zum anderen liegt die Türkei nördlich der arabischen Ölländer und schiebt sich somit zwischen diese und die Sowjetunion. Die türkische Armee

ist die – zahlenmäßig – zweitgrößte Streitmacht der NATO, größer als die Bundeswehr. Durch das Waffenembargo ist sie technisch nicht auf dem Stand, auf dem sie imperialistische Kreise gerne hätten. Daß sie innenpolitisch ein „stabilisierender" Faktor ist,hat sie durch ihre „Warnung" unter Beweis gestellt.

Die BRD ist hier gewillt, im Rahmen der „atlantischen Arbeitsteilung" einen Großteil der „Hilfe"zu übernehmen. Woher das Geld kommen soll, ist noch nicht ganz geklärt: entweder durch weitere Verschuldung (SPD) oder durch Verzicht auf Steuersenkungen (CDU), die FDP hat sich noch nicht festgelegt. Einig sind sich aber alle drei, daß „Hilfe" sein muß. Die CDU erklärte ihre Unterstützung für Initiativen der Bundesregierung und schickte ihren Generalsekretär Geißler nach Ankara. Demirels ‚Gerechtigkeitspartei' will Mitglied der ‚Europäischen Demokratischen Union' werden und mit der CDU gemeinsam Kundgebungen für türkische Arbeitsemigranten abhalten.

Als logische Konsequenz einer militärischen Unterstützung wird eine wirtschaftliche propagiert. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation ist von einer „Dauer-Sanierung" der Türkei die Rede.

‚MARSHALLPLAN'

Die Türkei ist im Ausland mit 17 Milliarden US-Dollar verschuldet. Wegen fehlender Devisen können keine Rohstoffe eingeführt werden, mangelt es an Energie, Ersatzteilen, die Produktion ist dadurch nur zu etwa 40% ausgelastet. Die Inflationsrate für die letzten beiden Jahre liegt bei 187%, 2,5 Millionen Türken sind arbeitslos. Sogar das türkische „Nationalgetränk", der Kaffee, ist vom Markt verschwunden, Wohnungen, Hotels, Fabrikhallen bleiben kalt, weil das Land seine Ölrechnungen nicht mehr bezahlen kann.

Dem „Faß ohne Boden" soll jetzt ein solcher eingezogen werden, heißt es, Demirel verkündet sein „Sanierungsprogramm':

– Durch die Abwertung der türkischen Lira um 50% soll eine „realistische Parität" zu den anderen westlichen Währungen hergestellt werden, der Export angekurbelt und eine Zunahme der in letzter Zeit stagnierenden Devisenüberweisungen türkischer Arbeitsemigranten bewirkt werden. Während die Exporte verbilligt werden, gibt es bei den Importen eine Verteuerung um 100%, also auch bei den benötigten Rohstoffen und Ersatzteilen. Das Ziel ist eine Anhebung der Devisenreserven, in der ersten Februarwoche stiegen diese auf 800 Millionen US-Dollar.

– Teile des Staatssektors in der Wirtschaft sollen reprivatisiert werden (u.a. Bergwerke), 1979 wurde dieser Sektor mit 3,65 Milliarden DM subventioniert. Privatfirmen (auch ausländische) sollen Ölbohrrechte erhalten, für Rohstoffe und Maschinenausrüstung sollen Importerleichterungen geschaffen werden, um die seit Monaten reduzierte Produktion zu erhöhen. Um einen „Anreiz" für eine private Übernahme staatlicher Betriebe zu bieten, wurden die Preise für die Produkte dieser Betriebe um 120% erhöht, z.T. bis zu 200%! Die Staatsbetriebe haben bisher einen Anteil von 50% an der türkischen Wirtschaft.

– Ausländische Investoren erhalten beträchtliche Vorteile bei Kapitalanlagen „zur wirtschaftlichen Entwicklung" der Türkei.

– Zur Verwirklichung dieses Programms will Demirel 7 Milliarden Dollar, der Westen soll davon 1,5 Milliarden aufbringen.

– Die Türkei soll Vollmitglied der EWG werden.

Dieses „ehrgeizigste und umfassendste türkische Wirtschaftsprogramm seit Kriegsende" geht auf die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein, die dieser an die Türkei gestellt hatte, um deren „Kreditwürdigkeit" zu heben. Es ist nur durchführbar durch enorme Preissteigerungen, Rationalisierungen und Entlassungen. Den westlichen Kapitalisten wird das Land geöffnet. Die türkische Industrie ist – auf ihrem jetzigen Stand – mit ihrer westlichen Konkurrenz bis auf Jahre, sogar Jahrzehnte hinaus nicht konkurrenzfähig. Dies und die günstigeren Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten sind die Motive zumindest der BRD.

Ihre EG-‚Partner' Frankreich und Italien fürch-

Zerschlagt die Grauen Wölfe!

Die Ermordung Celalettim Kesimshat zweierlei bewirkt. Die ‚Öffentlichkeit' war „erschüttert" und behandelte in ihrer chauvinistischen Hetze die linken Türken und die Grauen Wölfe auf einer Ebene.

Ein Großteil der Linken sah sich erstmals genötigt, nach großer Anteilnahme an antifaschistischen Rock-Meetings auch auf die Straße zu gehen. Vorher mußte aber Blut fließen.

Weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat sich ein faschistischer Terror gegen demokratische und kommunistische türkische Arbeiter entwickelt, der in der bürgerlichen Presse als kriminelle Rivalitäten zwischen türkischen Gruppen dargestellt wird. Erst in der allerletzten Zeit werden die Gruppen beim Namen genannt.

Bei den Faschisten handelt es sich um die Grauen Wölfe, die Jugendorganisation der türkischen faschistischen Partei, MHP. Gemeinsame Sache machten sie mit den streng moslemischen religiösen Fanatikern der MSP. Die Angegriffenen sind die türkischen Arbeitervereine, wenn sie versuchen ihre Propaganda auf den Märkten zu machen. Aber nicht nur Flugblattverteiler werden angegriffen und krankenhausreif geschlagen, sondern auch den Faschisten bekannte Antifaschisten werden auf dem Heimweg von der Arbeit verfolgt und zusammengeschlagen. Eine Türkin erlitt durch die Mißhandlung von einem Faschisten eine Fehlgeburt. Ebenso wurde in einem Kreuzberger Jugendheim eine Veranstaltung im Rahmen der Antifaschistischen Woche gestört, als ein als ‚Grauer Wolf' bekannter Jugendlicher die Polizei alarmierte, weil die Jugendlichen ihn daran hindern wollten, sich Notizen über die Anwesenden zu machen. Er behauptete, von 20 Jugendlichen geschlagen worden zu sein, was er aber nicht beweisen konnte. Sein Ziel hatte er erreicht: er hatte zwei Jugendliche beschuldigt, die auch sofort festgenommen wurden, ohne daß sie sich mit einem Anwalt oder ihren Eltern in Verbindung setzen konnten. Ein türkischer Gymnasiast wurde von hinten in die Beine gestochen.

Besonderer Unmut hat sich unter den linken Türken darüber breitgemacht, daß die Polizei bei diesen Konflikten entweder gar nicht erscheint, oder, wenn sie kommt, grundsätzlich die Antifaschisten den Kürzeren ziehen, d.h. die Faschisten können weglaufen und bei den Antifaschisten werden die Personalien aufgenommen.

Der Mord an Celalettimwurde nicht als einzelne isolierte Tat begangen, sondern als Teil systematisch zielgerichteter Aktionen der Grauen Wölfe, die weder über Zulauf klagen müssen, noch sich schwach zu fühlen haben.

„*Wir haben Kreuzberg von den Kommunisten befreit, jetzt ist der Wedding dran*". Dieser Ausspruch eines Mitglieds der Grauen Wölfe ist nicht Ausdruck von Größenwahn, sondern bittere Realität. Scheint etlichen linken Türken diese Situation inzwischen bewußt geworden zu sein, so kann man dies von deutschen Genossen nicht gerade behaupten. Ihre Bereitschaft, aktiv gegen die Grauen Wölfe vorzugehen – mal abgesehen von der letzten Demonstration –, ist gering und beschränkt auf eine passive Aufforderung an den bürgerlichen Staat, endlich durch ein Verbot der Grauen Wölfe sich dieses Problems zu entledigen.

Tatsache ist, daß die Polizei mit den Grauen Wölfen zusammenarbeitet, daß der Faschismus auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie entsteht, und so ist es nur logisch, daß diese nicht der Garant ist, ihn zu verhindern. Ebenso wie die mehrmals geforderte einstweilige Verfügung gegen Faschisten-Demos würde eine Verbotsforderung den Aufbau und die Ausdehnung des Kampfes gegen die Grauen Wölfe lähmen.

Geradezu unfaßbar aber ist die Ignoranz der deutschen Linken. Viele linke Organisationen lassen sich bei Komitees oder Demonstrationen überhaupt nicht blicken (z.B. GIM, TLD, SB, KPD).
Abgesehen von inhaltlicher Kritik ist das Verhalten der Alternativen Liste (AL) besonders skandalös. Die AL hat z.B. in Kreuzberg bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung 7,6% (=4 980 Stimmen, in ganz Westberlin fast 48 000) erhalten, sie arbeitet auch im Komitee mit, aber sie ist ein parlamentarischer Wahlverein reinsten Wassers, ihre Mobilisierungskraft ist gleich Null! Beispiele: Als die türkischen Faschisten in der ‚Taverne' eine Veranstaltung mit 2 000 Teilnehmern machten, erschienen als Gegendemonstration sage und schreibe 200 Genossen, davon etwa die Hälfte türkische Genossen. Die AL hatte ebenfalls dazu aufgerufen. Am Abend vorher wurde auf einer Großveranstaltung „Rock gegen Rechts" (!!!) mit mehreren 1 000 Flugblättern mobilisiert. Aber wenn der Antifaschismus über Rockmusik hinausgeht, ist von den Linken (?) nichts zu sehen. Von der AL, bei parlamentarischen Anfragen und Pressekonferenzen ganz groß, waren außer einigen Individuen keine größeren Mengen vorhanden. Zur Demonstration gegen die Grauen Wölfe durch Kreuzberg kamen wieder nur 200 Genossen, davon sicherlich die Hälfte Türken, von der AL wieder nichts zu sehen. Vor einer Veranstaltung der Faschisten in der ‚Neuen Welt' (Fassungsvermögen über 2 000) wiederum nur rund 200 Gegendemonstranten, von der großkotzigen AL wieder nur ein paar Alibifiguren; Jusos und Falken riefen zwar auf, aber außer ihrer Unterschrift war nichts sonst vorhanden.

Fazit: Der antifaschistische Kampf gegen die Grauen Wölfe wird gegenwärtig nur von sehr wenigen organisierten türkischen und deutschen Genossen getragen. Die Alternative Liste hat offensichtlich hinter ihren parlamentarischen Kulissen kaum etwas zu stehen.
Spiegeln die politischen Verhältnisse unter den Türken in der BRD und Westberlin die politische Entwicklung in der Türkei wider, so sind sie doch nicht völlig identisch. Die Grauen Wölfe, bzw. die MHP in der Türkei sind politischer Ausdruck eines unter dem Druck eines immer stärker um sich greifenden wirtschaftlich Ruins stehenden, radikalisierten Kleinbürgertums, das in der faschistischen Orientierung die Lösung seiner Probleme erwartet. Diese gesellschaftliche Konstellation ist in der BRD und Westberlin nicht gegeben. Die Rekrutierungsbasis der Faschisten ist nicht das wirtschaftlich ruinierte Kleinbürgertum – es ist hier nur zu einem geringen Prozentsatz vertreten –,sondern gerade die von extremer Diskriminierung betroffenen türkischen Arbeiter und Arbeiterjugendlichen. Zu ihrer Diskriminierung als Ausländer kommt oft noch das Fehlen eines Ausbildungsplatzes, Schwierigkeiten mit den Eltern, die Konfrontation mit einem riesigen Konsumangebot, ohne ein eigenes Einkommen zu haben.
Nach ihrem Selbstwertgefühl sind sie weniger als Nichts. Hier setzen die Grauen Wölfe an. Soziale Hilfestellungen, Ausbildungsplatzbeschaffung durch ihre oft guten Beziehungen zu Kapitalisten, angereichert mit extrem gesteigerten Nationalismus, bzw. die Umkehrung der Diskriminierung zu einem heroischen Nationalstolz (Großtürkisches Reich),Kommunistenhetze – sie werden für die katastrophale Situation der Türken verantwortlich gemacht – , das alles vermittelt den türkischen Arbeitern und Arbeiterjugendlichen eine neue Identität, ein neues bisher noch nicht bekanntes Gefühl der Stärke. Der aufgestaute Haß auf eine ihnen fremde Gesellschaft, die für die Türken nichts übrig hat, wird systematisch auf die Linke gelenkt. Dies ist ungefähr der gesellschaftliche Nährboden, auf dem die Grauen Wölfe ihre Anhänger finden.

Unsere Kritik an der SPD wird nicht die Richtung einer Verbotsforderung einehmen, sondern die politische Verantwortlichkeit für die Existenz und zunehmende Stärke der türkischen Faschisten klar benennen. Zuzugssperren für Ausländer, schlechte Wohnsituation, Schulen und Kindergärten, rigide Methoden der Ausländerpolizei, für dies alles zeichnet die SPD verantwortlich. Ihre Politik ist von der Existenz der Grauen Wölfe nicht zu trennen.

Wenn heute SPD, Judos, Jusos u.a. Stützen dieser Gesellschaft ihre Empörung über die abscheuliche Tat kundtun, dann sollten wir sie erinnern, welche Rolle sie in diesem dreckigen Geschäft spielen. Es ist richtig und notwendig, mit ihnen gemeinsam in Taten und nicht Worten gegen die Faschisten zu kämpfen, von ihrer Verantwortung darf sie die Linke nicht entbinden.

SPARTACUSBUND/ Ortsgruppe Westberlin Berlin, 22.1.1980

ten' vor allem auf dem Agrarsektor eine mögliche Konkurrenz. Zugeständnis der Vollmitgliedschaft in der EG ist eher ein propagandistisches Lockmittel an die türkische Bourgeoisie, denn eine unmittelbar bevorstehende Handlung.

Demirel selber relativierte seine Forderung nach einem Beitritt mit einem Hinweis auf die einem formellen Antrag folgenden langwierigen Verhandlungen. Von westlicher Seite wird klargestellt: „Man müsse den Türken Mut machen, heißt es in Bonn, daß sie ein paar Jahre durchhalten."

Strebt die herrschende Klasse der Türkei nach langfristiger Sicherheit durch fortschreitende und intensivierte allseitige Verflechtung und Integration mit dem kapitalistischen Europa, so geht es diesem vor allem um Absatz-, Rohstoff- und Investitionsmärkte, nicht zu vergessen den militärischen Aspekt („Südflanke").

Es bleibt abzuwarten, welche Bedingungen Bundesfinanzminister Matthöfer bei seinem Türkei-Trip diktieren wird. Einen Vorgeschmack auf den langen „Anpassungsprozeß" haben IWF und EG mit ihren Krediten geliefert. Ecevit, der sich auf ihre Bedingungen eingelassen hatte, verlor das Vertrauen der Massen. Demirel wird es mit seinem ‚neuen' alten Kurs nicht gewinnen können. Schon meldet sich das Militär und fordert nach den jüngsten Kämpfen in Izmir zwischen Militär und Arbeitern und Studenten mehr Machtmittel für sich, um (bevor es sich seiner ‚eigentlichen Aufgabe', der nationalen Verteidigung, widmen kann) ‚reinen Tisch' machen zu können.

Das türkische Proletariat hat schon enorme Kampfkraft bewiesen, doch fehlt es noch an einer revolutionären Partei, einer Kraft, die seine Interessen zusammenfaßt und ein Programm artikuliert, dessen Verwirklichung nur möglich ist, in dem der Weg zur sozialistischen Revolution beschritten wird.

– Aufbau von bewaffneten Arbeitermilizen

– Einheitsfront gegen Faschismus, Polizei und Militär zur Verteidigung der Organisationen der Arbeiterklasse

– Aufbau von Betriebskomitees, die die Kontrolle der Arbeiter über die Wirtschaft einleiten

– Entschädigungslose Enteignung aller imperialistischen Konzerne und Banken, Enteignung der türkischen Bourgeoisie, die mit dem Imperialismus zusammenarbeitet, Enteignung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Landes unter die Bauern

– Selbstbestimmungsrecht für alle nationalen Minderheiten

– Bruch aller Verträge mit dem Imperialismus, die auf der Ausplünderung mit der Türkei beruhen

– Autritt aus der NATO

Ecevit und die CHP werden nichts von alledem anstreben, wie sie in der Vergangenheit gezeigt haben. Die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter auf der Grundlage eines revolutionären Programms und durch die Politik der Einheitsfront muß heute das Ziel der türkischen Linken sein.

15.2.1980

Türkische Faschisten in der BRD

In den letzten zwei Jahren kam es in der BRD und in Westberlin zu einer Serie von Zwischenfällen, in die Mitglieder der MHP (‚Nationale Heilspartei'), ihrer Terrororganisation, den ‚Grauen Wölfen', und ihrer in der BRD arbeitenden Tarnorganisationen verwickelt waren. Besonders seit einem Besuch des türkischen Faschistenführers A. Türkes im November 1978 stieg die Zahl ihrer Überfälle sprunghaft an. Schlägerein, Drohbriefe an türkische Arbeitervereine und Schüsse auf türkische Demonstranten gehören in der BRD bereits zum Alltag.

Ursache für den faschistischen Terror ist die sich ständig zuspitzende Situation in der Türkei. Die türkischen Faschisten versuchen ihre Auslandsstützpunkte zu stabilisieren, um bei einer verstärkten Verfolgung in der Türkei sichere Operationsfelder in Westeuropa zu haben. Mit Hilfe ihrer Auslandsstruktur können ihre in der Türkei steckbrieflich gesuchten Kader geschützt und neue Kräfte für den Einsatz in der Türkei organisiert und ausgebildet werden.

Wenn morgen die Situation für die „ausländischen Investoren", die an der Ausplünderung der Türkei beteiligt sind, brenzlig wird, steht die MHP bereit, um mit ‚bewährten' Methoden wieder „Ruhe und Ordnung" zu schaffen.

Ende letzten Jahres erschien in Westberlin eine Dokumentation des „Initiativkomitees gegen türkische Faschisten" über Geschichte, Struktur und Arbeitsweise dieser Organisationen, aus der die Zahlen und Zitate für den folgenden Artikel stammen.

Wichtigster Mann der türkischen faschistischen ‚Nationalistischen Bewegungspartei' oder ‚Heilspartei' und der ‚Grauen Wölfe'-Kommandos ist ihr ‚Führer' Alparslan Türkes, während des Krieges Verbindungsmann zur GeStaPo in der Türkei. „Nicht, was die Logik oder der freie Gedanke weist, ist das Richtige, sondern was der Führer befiehlt!" (Türkes)!

Die MHP entstand 1969 aus der ‚Partei der Republikanischen Bauernnation', mit dem Ziel, in der Türkei einen Umsturz herbeizuführen (Türkes war im Rahmen der ‚Nationalistischen Front' von 1975 bis Ende 1978 stellvertretender türkischer Ministerpräsident). Sie will ein „Großtürkisches Reich" errichten, das hierarchisch nach dem Führerprinzip aufgebaut ist und in dem alle Turkvölker vereinigt sind: „Wo auf der Welt ein Türke vorhanden ist, da fängt unsere Staatsgrenze an. Türke, du besitzt die Fähigkeit, von Mittelasien bis zum Balkan noch viel weitere Kaiserreiche zu gründen. Dies wird die Türken in der Türkei in Bewegung bringen." (A. Türkes: Notizen für Idealisten). Ihre Ziele versucht die MHP unter anderem mit Hilfe ihrer Terrororganisationen wie den ‚Grauen Wölfen' oder den ‚Blitzkommandos' zu erreichen – alleine 1978 gingen mindestens 800 politische Morde auf ihr Konto. Der nötige Nachschub an Kadern wird hauptsächlich über die Jugendorganisation ‚MHP Genclik Kollari' rekrutiert und im Rahmen einer paramilitärischen Ausbildung in mehr als 20 Lagern vorbereitet. Die Lehrerausbildung wurde zeitweise völlig von der MHP kontrolliert, Mitglieder der ‚Grauen Wölfe' arbeiten heute noch an leitender Stelle in der Abteilung für besondere Kriegsführung der Streitkräfte, die als „Konterguerilla" für den Einsatz gegen Linke vom CIA aufgebaut und ausgebildet wurde. Der Einfluß der MHP reicht auch weit in den übrigen Staatsapparat hinein.

Wenn ‚friedliche Mittel' nicht mehr ausreichen, ist Terror an der Tagesordnung. Bisheriger Höhepunkt in der Türkei war das Massaker von Kahramanmaras am 22.12.1978: Nachdem die aus allen Teilen des Landes zusammengeholten ‚Grauen Wölfe' einen Trauerzug für zwei ermordete fortschrittliche Lehrer mit Maschinengewehren zusammengeschossen hatten, veranstalteten sie wahre Treibjagden auf Linke in der ganzen Stadt. Hunderte Geschäfte wurden zerstört, Gewerkschaftsbüros und Zeitungen überfallen, es gab mehrere Tausend Verletzte und fünfhundert Tote.

Bereits Mitte der 60er-Jahre – noch vor der offiziellen Gründung der MHP in der Türkei – begannen die türkischen Faschisten, vor allem in der BRD, einen Teil ihrer Landsleute in sogenannten „Kulturvereinen" zu organisieren. Zu Hilfe kam ihnen dabei deren isolierte und sozial schlechte Situation. Später wurden offizielle MHP-Auslandsvertretungen gegründet, die auf Beschluß des türkischen Verfassungsgerichtes 1976 geschlossen wurden: Türkischen Parteien ist es nicht erlaubt ‚offiziell Auslandsvertretungen zu unterhalten. Wie immer bei derartigen Verboten änderte sich jedoch nichts, außer dem Namen, die Organisationsstrukturen blieben erhalten.

In der MHP-Parteizentrale in Ankara ist ein Generalinspekteur für die Organisationen in Europa zuständig. Er ist auch Vorsitzender des MHP-Europarates (‚Zentralkomitee') mit Sitz in Westdeutschland, dem Land mit der größten MHP-Auslandsvertretung. Außerdem existieren noch Vertretungen in den Niederlanden, Österreich, Frankreich und Belgien. Einen genauen Überblick über die Mitgliederstärken der MHP und ihrer Tarnorganisationen in Westeuropa gibt es nicht. In der BRD wurde ihre Zahl 1976 auf etwa 48.000 geschätzt, in einer Dokumentation des ‚Evangelischen Pressedienstes' (epd) wird die Zahl der Mitglieder mit 5.000, die der Sympathisanten mit 25.000 angegeben. Mit Sicherheit aber hat die MHP die stärkste Organisation aller ausländischen Bevölkerungsgruppen in Westdeutschland.

Türkische Faschisten in der BRD

Die Keimzelle für die Entwicklung türkischer faschistischer Gruppen in der BRD war Westberlin. Zwischen 1970 und 1976 wurden dann sechs autonome Sektionen in Hannover, Stuttgart, Köln, Mannheim, Westberlin und München gegründet, außerdem etwa 60 weitere Stützpunkte, verteilt in ganz Westdeutschland. 1975 konnte Führer Türkes beim 2.MHP-Generalkongreß bereits 2.000 Delegierte mit dem Hitlergruß willkommen heißen.

Nach dem Verbot der MHP-Auslandsorganisation 1976 wurden die offiziellen MHP-Büros geschlossen und als Tarnorganisationen weitergeführt. Necati Uygur, ein hoher MHP-Funktionär in Westdeutschland, erklärte auf eine diesbezügliche Frage des WDR: ‚Ja, gibt's schon. In Ulm, Stuttgart, Essen, Köln, Duisburg, Düsseldorf, Berlin, Aachen und überall. Ich bin der Koordinator von denen."

Die neuen Organisationsformen der türkischen Faschisten sind meist Vereine, in deren Namen oft die Schlüsselworte ‚Kultur' oder ‚Ideal' enthalten sind, etwa „Türk Genc" (Türkischer Jugendverband), „Türk Ocagi" mit dem extremsten Ableger „Büyük Ülkü Denergi" (Großer Ideal-Verein). Außerdem allein in Westberlin vierzehn Koranschulen und ca. 60 Korankurse. Die Sprache ist noch wie vor deutlich genug: „Die türkischen Kinder, die ohne eine nationale und religiöse Kultur aufwachsen, müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer und Priestererzieher gerettet werden. [illegible] der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung. Sobald du die freundliche Maske herunterreißt, taucht dahinter ein häßliches Kommunistengesicht, ein christlicher Missionar oder ein [illegible] Agent auf."

[illegible] muß man: „....mit allen Mitteln die Anders-

denkenden zum Schweigen bringen und ein nationales und faschistisches Bewußtsein unter den türkischen Arbeitern erreichen. Die Anhänger der MHP üben Gewalt dabei aus. ...Ihr Angriffsziel sind Gewerkschaften, Fernseh- und Rundfunkanstalten, demokratische Vereinigungen türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer."

Die Kämpfer des „Heiligen Krieges"

„Ach mein Sohn. Erwähne das Wort Fleisch nicht. Wenn ich es höre, wird mir ganz schlecht. Seit Monaten habe ich kein Fleisch mehr gegessen." Diese Klage einer alten Bäuerin gilt natürlich nicht für die tapferen Idealisten der MHP. Sie brauchen Kraft, nicht nur für den Terror in der Türkei selbst, sondern auch – sollte sie nötig werden – für die Flucht. Fluchtmöglichkeiten werden meist von der Anti-Guerilla-Abteilung gewährt, der weitere Weg führt nach Zypern oder in europäische Länder wie die BRD.

Jeder ‚Graue Wolf', dem die Flucht aus der Türkei gelingt, wird zunächst vom örtlichen Idealistenklub empfangen und an Rechtsanwälte weitergeleitet. Diese beantragen ein Asylverfahren (in Hannover allein, beispielsweise, beantragten 1978 innerhalb weniger Monate 150 Türken politisches Asyl), bei dem die Killer als Opfer politischer Verfolgung durch Linke und Kommunisten in ihrer Heimat dargestellt werden, weil sie mit ihrer „ ... politischen Auffassung in der Türkei nicht hinter den Berg halten".

Lange jedoch können sie sich auf ihren Lorbeeren nicht ausruhen. Den ‚Grauen Wölfen' ist die Rolle zugedacht, im Kampf um die Türkei die „Deutschlandfront" zu halten.

„...und ringsum Schweigen!"

Hier eine kleine Auswahl der in Westberlin bekanntgewordenen Faschistenüberfälle im letzten Jahr:
30.3. Vier Schüsse durch die Scheiben des Vereins der Arbeiter aus der Türkei.
3.4. Sieben Schüsse in die Räume des Kultur- und Solidaritätsvereins.
4.4. Die Fensterscheiben des türkischen Vereins Progressive Volksunion zertrümmert.
10.4. Brandanschlag auf einen Verein in der Naunystraße.
28.4. Angriff mit Messern, Schlagstöcken und Fahrradketten auf türkische Flugblattverteiler.
4.5. Überfall auf Flugblattverteiler am Kottbusser Damm, zehn Schwerverletzte im Krankenhaus.

Der Terror richtet sich nicht nur gegen Vereine und Flugblattverteiler. Kinobesucher, die sich weigerten, faschistische Flugblätter anzunehmen, wurden krankenhausreif geschlagen. Eines der bevorzugsten Angriffsziele sind auch Frauen, die nicht länger ihre traditionelle Rolle als Arbeitstier und Gebärmaschine spielen wollen: „Du stinkst wie eine deutsche Frau! Du schickst deine Kinder nicht in die Koranschule! Du trägst kein Kopftuch! Ich werde dich umbringen, wenn du dich weiter so anziehst und deine Kinder nicht in die Moschee schickst!"
„...und denjenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung." (Der Pressesprecher von F.J. Strauss). Alparslan Türkes darf nach einem Urteil des Landesgerichts Frankfurt öffentlich als Faschist bezeichnet werden. Am 1. Mai 1978 trafen Türkes und F. J. Strauss „herzlich" und im geheimen zusammen, um „ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik mit entsprechender Propaganda zu schaffen, ...damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine."

Dieses Klima dürfte bereits vorhanden sein. Wenn die Polizei Hetzveranstaltungen der Faschisten nicht gerade dadurch schützt, daß sich Polizisten in die Ordnerketten einreihen, wo diese nicht ausreichen, beantwortet sie Anzeigen nach der Beschiessung eines Arbeitervereines etwa so: „Der angezeigte Sachverhalt stellt sich als Privatklagedelikt dar, bei dem die Staatsanwaltschaft ...nur dann Klage erheben wird, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt."

Im ‚öffentlichen Interesse' liegt es offensichtlich nicht, weil sich schließlich „dem BA (Bezirksamt) gegenüber ...keine Türken zu faschistischen Ansichten bekannt" haben und außerdem sowieso „... Links- und Rechtsradikale sich zu gemeinsamer Wirkung gegen die Demokratie hochschaukeln" (Bürgermeister Pietschker, SPD). ●●●

Aktionseinheit gegen die ‚Grauen Wölfe' in Westberlin

Am 5. Jänner 1980 haben türkische Faschisten den Genossen Cellaletim Kesim in Kreuzberg auf offener Straße erstochen. Dieser Mord geschah unter den Augen der Polizei des SPD-Senats, in einem Bezirk, in dem die Linke gemeinhin als besonders stark gilt. Die Umtriebe der Faschisten nehmen schon seit längerem immer bedrohlichere Formen an. Vorerst sind es noch die türkischen Kollegen, die in erster Linie angegriffen werden. Die Zusammenarbeit zwischen den türkischen und den deutschen Faschisten klappt aber teilweise schon recht gut, sodaß jedem klar sein sollte, daß hier zuerst das schwächste und entrechtetste Glied innerhalb der Linken zerschlagen werden soll.

Zum Selbstschutz gegen diese Umtriebe hat sich im vorigen Jahr ein Initiativkomitee gegen die türkischen Faschisten gebildet. Dieses Komitee hat sich bislang um die programmatische Forderung nach einem Verbot der Grauen Wölfe gruppiert, praktisch hat es aber seit seinem Bestehen versucht, einen Selbstschutz der Linken zu organisieren. Dies ist auch für uns immer ein Grund gewesen, dort mitzuarbeiten, obwohl wir die Forderung nach einem Verbot von faschistischen Organisationen ablehnen.

Dieses Komitee wurde bis zum Mord an Kesim außer vom Spartacusbund vom türkischen Arbeiterjugendverein, dem KB (‚Zentrumsfraktion'), der Alternativen Liste, den Intellektuellen des KABD und einem Genossen der ehemaligen Antifaschistischen Front, sowie Einzelpersonen getragen. Seit dem Mordanschlag auf Kesim arbeitet auch die GIM aktiv mit. Dies ist angesichts der Tatsache, daß an der Trauerdemonstration nach dem Mord 15 000 Menschen in Kreuzberg teilnahmen, sehr wenig, politisch kann dies nur mit der Perspektivlosigkeit erklärt werden, die nicht weiß, wie sie den antifaschistischen Kampf führen soll. Daß hiezu die Aktionseinheit aller linken Organisationen notwendig ist, scheint für viele praktisch nicht einsichtig, sie bedauern nur, daß der Staat nichts unternimmt. Hier kommt die fatale Orientierung auf die Verbotslosung zum Ausdruck.

Gerade in Berlin hat sich aber wieder einmal gezeigt, was passiert, wenn der bürgerliche Staat **etwas** *unternimmt. Nach dem Mord haben die Senatsbehörden laut darüber nachgedacht, die Grauen Wölfe zu verbieten, dies aber gleich für unmöglich erklärt, da deren Strukturen nicht zu durchschauen seien. Zugleich aber kam man auf den Gedanken, daß dann auch alle linksextremen Organisationen zu verbieten seien, was durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Hier entlarvt sich dann auch die Hilflosigkeit einer Verbotsforderung, die nicht aus den vielfältigen geschichtlichen Erfahrungen lernen will.*

Diese Probleme sollten alle auf einem antifaschistischen Kongreß am 26./27.1. in Berlin diskutiert werden. Dieser Kongreß ist von den Spontis in der Alternativen Liste einberufen worden, und so verlief er dann auch. Obwohl der Ort und Termin schon vor Weihnachten feststand, wurde erst eine Woche vor Beginn angefangen zu mobilisieren, und so waren trotz der allgemeinen Interessiertheit nach dem Mord nur wieder bekannte Gesichter anwesend. Zu der abendlichen Podiumsdiskussion erschienen höchstens 100 Personen. Die Diskussion sollte um die Verbotsforderung kreisen. Da es aber abgelehnt wurde, einen erklärten Gegner dieser Forderung mit auf das Podium zu setzen, blieb man bei teilweise zwar sehr informativen Beiträgen von einem Vertreter von Amnesty und Jürgen Roth. Dirk Schneider von AL konnte aber seine Inkompetenz unter Beweis stellen, wenn er behauptete, seine erfolgreiche Intervention in der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzbergs zugunsten eines Verbotes sei nur dem Initiativkomitee zu verdanken, also gerade eine Forderung, die das Initiativkomitee seit Monaten nicht mehr in seiner Gesamtheit erhebt, sondern nur mehr der KB, der in diesem Falle auch Mitglied der AL ist, und ein Vertreter der AL selber. Auf dem Kongreß gab es Arbeitsgruppen zu einer bundesweiten antifaschistischen Zeitschrift, zu der Lage der türkischen Frauen, den sozialen Ursachen und der Verbotsforderung selbst. An den letzten beiden AGs hat auch der Spartacusbund teilgenommen. Die Tatsache, daß in Berlin die türkischen Faschisten so stark sind, ist nicht allein aus der Lage in der Türkei zu erklären; der Faschismus unter den Türken ist gewissermaßen die reaktionäre Antwort auf die völlige Diskriminierung der Türken, angefangen in der Schule, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche usw. Die politische Verantwortung hierfür trägt in erster Linie die seit 30 Jahren regierende Sozialdemokratie. In der anderen Arbeitsgruppe ging es uns darum zu zeigen, daß nicht jeder Kampf gegen den Faschismus in der Verbotsforderung gipfeln muß, eine konkrete Aktionseinheit aber dennoch möglich ist, auch wenn man in dieser Frage verschiedene Vorstellungen hat. Hier sollten gewissermaßen die politischen Differenzen des Initiativkomitees ausdiskutiert werden, um die Arbeit dort nicht zu lähmen. Obwohl dies ausdrücklich erklärt wurde, hat dies eine Redakteurin der ‚Tageszeitung', die an der Diskussion teilnahm, in recht ‚origineller' Weise journalistisch verbraten: In dem Bericht der ‚Tageszeitung' zu dem Kongreß stand hinterher nämlich, hier wäre es wohl nur um die Profilierung von linken Organisationen gegangen, gegen die man nunmal erklärtermaßen ist. Kontrovers zu diskutieren scheint einem Teil der Linken schon an sich negativ zu sein.

Inzwischen hat aber die Penetranz von uns und der GIM in der ‚Verbotsfrage' schon Erfolg gezeitigt. Das Initiativkomitee hat sich darauf geeinigt, gemeinsame Aktionen zu organisieren, nicht aber weiter zu versuchen, eine gemeinsame Politik zu formulieren. Wo bei diesen Aktivitäten die Alternative Liste bleiben wird, werden wir abwarten müssen, der Vertreter der AL meinte zumindest beiläufig, sie wären keine richtige Organisation (also ein Wahlverein?).

Hinderlich für die Arbeit ist vor allem, daß die linken türkischen Gruppen außerordentlich untereinander zerstritten sind. Der Spartacusbund hat zusammen mit dem KABD im Komitee einen Arbeitsvorschlag eingebracht, der darauf abzielt, ‚vor Ort' den Faschisten in Kreuzberg entgegenzutreten. Dazu gehört u.a.: Linke Veranstaltungen nach Kreuzberg zu verlegen, Bildung von Anwohnerkomitees in der Nähe faschistischer Läden zu organisieren oder zu unterstützen, Herantreten an Gewerkschaftsgruppen.

Ob dies gelingt, entscheidet nicht nur über die Daseinsberechtigung des Komitees, sondern auch über das politische Überleben der türkischen Genossen in Berlin.

Die Abstinenz weiter Teile der Linken in dieser Frage kann man fast nicht mehr mit Resignation entschuldigen, sie grenzt an offenen Zynismus.

Nicaragua: Die FSLN ebnet der bürgerlichen Konterrevolution den Weg!

Die Zuspitzung der Klassenkämpfe in El Salvador und Guatemala hat in den letzten Wochen die Entwicklung Nicaraguas etwas zurücktreten lassen. Aber das Schicksal der sozialistischen Revolution in Mittelamerika wird in einem nicht unbedeutenden Ausmaß von den nicaraguanischen Massen bestimmt werden, denn diese haben bereits das proimperialistische Lakaienregime beseitigt und können von einer relativ günstigen Position aus (im Vergleich etwa zu den Landarbeitern Guatemalas gesehen) in den mittelamerikanischen Bürgerkrieg eingreifen.

Doch das Schicksal der mittelamerikanischen Revolution wird auch von der Politik der Führungen entschieden. Die politische Linie der FSLN-Führung gewinnt gerade in der heutigen Situation, in der ganz Mittelamerika vor einer Entscheidung steht, entscheidende Bedeutung. Es erfüllt uns absolut nicht mit einem Gefühl des Triumphes, wenn wir feststellen müssen, daß das, was seit der Machtübernahme durch die FSLN deutlich wurde, sich in der jüngsten Zeit verstärkt hat: Die Führung der FSLN verstärkt ihre Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie, zentralisiert im Interesse einer „nationalen Einheit" weiter die Massenstrukturen und geht folgerichtig wieder verstärkt gegen die Linke vor, die sich dieser ‚Beruhigung' der Gesellschaft – die allein der vollständigen Wiedererrichtung der bürgerlichen Klassenherrschaft dienen kann – widersetzt.

Die wirtschaftlichen Probleme

Mit dem Beginn des Jahres 1980 kommen auf das Land Probleme zu, die die ohnehin desolate Situation der Wirtschaft noch beträchtlich verstärken werden. Die Anfang des Jahres einsetzende Dürreperiode und die durch die Kämpfe gegen das Somoza-Regime unterbrochene Baumwollproduktion werden nicht nur ein Ansteigen der hohen Arbeitslosigkeit, sondern auch eine Verschlechterung der Lebensmittelversorgung zur Folge haben. Gemäß ihrer politischen Linie des ‚ruhigen Wiederaufbaus' Nicaraguas unternimmt die FSLN-Führung nichts, was die nationale Bourgeoisie noch weiter gegen das politische Regime vorgehen lassen könnte. Vergeblich, wie sich in der jüngsten Vergangenheit bereits gezeigt hat. Und ebenso vergeblich erscheint das Bemühen der sandinistischen Führung, mit dem Wirtschaftsplan für 1980 diese nationale Bourgeoisie – die immerhin noch 60% der nationalen Produktion beherrscht – für eine verstärkte Investitionstätigkeit zu gewinnen. Obwohl der Außenhandel verstaatlicht ist und das Planungsministerium von der FSLN kontrolliert wird, bleibt das Faktum bestehen, daß der wirtschaftliche Machtbereich der Bourgeoisie natürlich einen entsprechenden politischen Ausdruck auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sucht. Und nicht zuletzt liegt die Stärke der „anti-somozistischen Bourgeoisie" in ihren Beziehungen zum Imperialismus, der jede finanzielle ‚Unterstützung' von der Garantierung und Unverletzbarkeit des Privateigentums abhängig macht.

„*Wir brauchen die Einheit, damit die kleinen Produzenten Zugang zu den Krediten erhalten, Einheit, um die Spekulation zu beenden, Einheit, damit die Unternehmer soviel Patriotismus entwikkeln, um zu begreifen, daß unsere Revolution nicht lügt, um zu begreifen, daß die Anstrengung aller nötig ist, um aus der Zurückgebliebenheit und der Armut herauszukommen, in der wir stecken.*" (‚Die Tageszeitung', 15.1.1980). So Innenminister Tomas Borge Anfang des Jahres auf einer Massenversammlung in Managua. Der Wirtschaftsplan des Jahres 1980 ist von der Investitionstätigkeit der Kapitalisten und von imperialistischen Krediten abhängig und allein damit wird deutlich, welche politischen Konsequenzen seine Durchführung haben wird. Natürlich wird kein Revolutionär gegen die von der FSLN momentan durchgeführte Alphabetisierungskampagne sein, ebenso wie der Ausbau der staatlichen Wohlfahrt und eine Verbesserung des Schulsystems – alles Maßnahmen, die im Wirtschaftsplan vorgesehen sind – natürlich positive Schritte sind. Aber all diese geplanten Maßnahmen können nur im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung beurteilt und gewertet werden. Vor dem Hintergrund der massiven Kampagne der FSLN für die „nationale Einheit", deren konkrete Auswirkungen in der Entwaffnung der Massenbewegung, in der Unterordnung der starken Ansätze von Rätestrukturen unter die FSLN-Politik lagen, hat eine gesellschaftliche Entwicklung begonnen, in der ‚Masseninitiativen' von oben geplant werden, also kaum mehr einer dynamischen Bewegung der Massen selbst entsprechen. Die FSLN-Führung, die jede kritische linke Stimme innerhalb und außerhalb ihrer Organisation ausgeschaltet hat, bzw. im Begriffe ist dies zu tun, tritt dabei folgerichtig immer mehr als ‚der Wille des Volkes' auf. Insgesamt also eine gesellschaftliche Entwicklung, in der die noch immer von den Massen anerkannte FSLN-Führung durch ihre Politik der „nationalen Einheit" die Eigeninitiative und die direkte Machtausübung der Massen behindert und so zu einer Ermüdung und Desillusionierung der Massenbewegung beiträgt. Die Massen werden von der FSLN-Führung gerufen, um gegen die „Konterrevolution" vorzugehen, aber die Mehrheit von ihnen, weiß nicht, daß es auch Revolutionäre sind, deren Tod sie auf Befehl von Borge, Ortega und Co wünschen... Abertausende ehemalige Kämpfer sind entwaffnet und begreifen nicht, warum man unerfahrenen Leuten den Vorzug beim Aufbau der neuen Armee gegeben hat, finden keine Arbeit und nicht zufällig kam es in den letzten Monaten des öfteren zu Rebellionen von bewaffneten Einheiten (deren Gründe uns nicht bekannt sind, da der offiziellen Darstellung – „konterrevolutionäre Aktivitäten" – mehr als Mißtrauen entgegenzubringen ist).

Die Probleme der nicaraguanischen Revolution können heute in Nicaragua selbst nicht offen und ohne einer Repression ausgesetzt zu sein diskutiert werden. Der „Kampf gegen die Konterrevolution" erstickt jede linke Stimme der Kritik und trägt damit insgesamt zu einer Schwächung der Arbeiter, Landarbeiter und armen Bauern bei.

Die Bourgeoisie wird offensiv

Alle Erfahrungen aus den Klassenkämpfen unseres Jahrhundertes beweisen, daß aus einer derartigen Entwicklung nur die bürgerlichen Klassen gewinnen und neue Kräfte schöpfen können. Es ist absurd und eine Haltung, die alle Erfahrungen der Klassenkämpfe ignoriert, zu glauben, daß eine Politik der wirtschaftlichen Zugeständnisse an die nationale Bourgeoisie ohne Folgen auf das gesellschaftliche Kräfteverhältnis bleiben kann. Eine Gesellschaftsordnung, in der die Bourgeoisie wesentliche Sektoren der Ökonomie beherrscht und kontrolliert, der politische Überbau aber vom Proletariat dominiert wird, ist eine idealistische Utopie, die die Gesetze der Klassengesellschaft nicht zur Kenntnis nehmen will.

Die nationale Bourgeoisie Nicaraguas konnte lange Zeit nach dem Sturz Somozas ihren politischen Willen nicht offen durchsetzen. Ihr blieb als einzige Waffe gegen die Aktivitäten und gegen den Herrschaftsanspruch der Massen die Verweigerung von Investitionen, die Kapitalflucht usw. Ihre Perspektive als Klasse konnte nur in einer Verschärfung der wirtschaftlichen Situation bestehen, deren Folgen ihr eine stärkere politische Aktivität erlauben sollten. Die Unzufriedenheit des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums mit den vom neuen Regime nicht gelösten Problemen gibt den Träger dieser politischen Offensive der nationalen Bourgeoisie ab. Abgesehen davon, daß die Kapitalisten eine langfristige Garantierung der Profite und des Privateigentums verlangen, beginnt ihre politische Vertretung immer mehr die bestehenden Machtverhältnisse anzugreifen (die ja nicht durch Wahlen abgesichert wurden) und eine Kampagne für die „Demokratie" durchzuführen. Sie kann sich dabei auf das Regierungsprogramm vom 9. Juli 1979 berufen, in dem die FSLN (nichts beweist deutlicher die politische Ausrichtung dieser „Revolutionäre") der nationalen Bourgeoisie die politische Macht nach dem Sturz Somozas zugesichert hatte. Daß die nationale Bourgeoisie nicht in den ‚Genuß' dieses Regierungsprogrammes kam – es sah unter anderem einen Staatsrat vor, bestehend mehrheitlich aus Vertretern der Bourgeoisie, der alle Gesetze der Regierungsjunta mit Zweidrittelmehrheit wieder hätte aufheben können und selbst Gesetze unabhängig von der Junta hätte beschliessen können – war nicht der Politik der FSLN-Führung geschuldet, sondern Ausdruck der weitgehenden Aktivitäten der unterdrückten Massen. Die Kapitalistenvereinigung des Landes (COSEP) hatte schon im November des vergangenen Jahres in einem zentralen Dokument die bestehenden Machtverhältnisse angegriffen und es als falsch bezeichnet, die „Macht in exzessiver Weise an eine politische Gruppe oder Partei zu geben." Das Dokument tritt für eine Trennung von Partei und Staat ein und verwahrt sich dagegen, Armee und Polizei „sandinistisch" zu nennen. Bezeichnenderweise schlägt es stattdessen die Verwendung des Begriffes „revolutionär" vor und – welche Ironie – die Kapitalisten Nicaraguas treten in diesem Dokument für die Pressefreiheit und gegen die Einheitsgewerkschaft ein.

Nun ist diese Kampagne für die „Demokratie", die von den Kapitalisten vorgetragen wird, natürlich eine Kampagne fürdie bürgerliche Demokratie, für die völlige Wiederherstellung der bürgerlichen Klassenherrschaft und selbstredend können Revolutionäre keine Einheit mit diesen gesellschaftlichen Kräften eingehen.

Nichtsdestoweniger sind demokratische Forderungen (Pressefreiheit, Freiheit der Tendenzbildung in den Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen, das Recht auf Bildung von Parteien usw.) heute eine zentrale Achse der revolutionären Politik in Nicaracua. Aber wenn sich Revolutionäre dagegen aussprechen, daß die FSLN-Führung sich als einzige Vertretung der unterdrückten Klas-

sen versteht und alle anderen Kräfte mit diesem Anspruch unterdrückt, dann erfolgt dies unter Berufung auf die proletarische Demokratie und hat die Zerschlagung der bürgerlichen Klasse zum Ziele!

Schauprozeß gegen die Linke

Hatte die Führung der FSLN im Herbst des vergangenen Jahres – offensichtlich unter dem Druck von Teilen der Massen – ‚versöhnlichere' Töne gegen die „Sektierer" (so werden jene genannt, die für die völlige Entmachtung der Bourgeoisie und für die Arbeiter- und Bauernmacht eintreten...) vorgebracht, so änderte sich dies Anfang des Jahres grundlegend.

Vor dem Hintergrund von Streiks in Managua (in einer Zuckerfabrik und bei den Bauarbeitern), die für Lohnerhöhungen geführt wurden und in denen Mitglieder der „Frente Obrero" (einer Gewerkschaftsorganisation der MAP) führend beteiligt waren, ging die FSLN-Führung wieder zu einer reaktionären Offensive gegen die Linke über. Das Ziel dieser Offensive ist die Zerschlagung der extremen Linken, deren Einfluß in Teilen des Proletariats eine Gefahr für das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie darstellt.

Die Arbeiter der Zuckerfabrik ‚San Antonio' hatten den FSLN-Führer Henry Ruiz bei einer Versammlung am Reden gehindert. Daniel Ortega beschimpfte die Mitglieder der „Frente Obrero" auf einer Massenversammlung am 27. Jänner als „konterrevolutionäre Elemente" und sagte unter anderem: „*Wir werden nicht erlauben, daß die Revolution angegriffen wird. Denn das hier war kein Angriff auf Henry Ruiz, sondern auf die Anstrengungen, auf die Zähigkeit, auf das Opfer, auf die Entscheidung, 20 Jahre in der FSLN zu kämpfen und das ist ein Angriff auf die Revolution. Deswegen sind die Elemente der Frente Obrero verhaftet worden. Sie sind Feinde der Einheit, sie haben sich über uns lustig gemacht.*" (‚Die Tageszeitung', 7.2. 1980)

Ein weiterer Schlag wurde gegen die der MAP nahestehende Tageszeitung ‚El Pueblo' geführt. Die Zeitung war schon im letzten Jahr einmal beschlagnahmt worden und konnte nur unter großen Schwierigkeiten wieder erscheinen. Ende Jänner beruft die FSLN-Führung eine Massenversammlung ein und hetzt die zumeist uninformierten Anwesenden gegen die Linke auf. Die Angehörigen der MAP, von ‚Frente Obrero' und den anderen Organisationen der Linken haben kein Recht, offen vor den Arbeitern ihren Standpunkt zu verteidigen. „Tod der Konterrevolution" und „zerschlagen wir El Pueblo" ruft die verhetzte Versammlung, denn ‚selbstredend' haben Ruiz, Ortega und Konsorten die extreme Linke und die ehemaligen Somozisten als eine „Einheit" gegen die „sandinistische Revolution" dargestellt... Ein Schauprozeß gegen den Herausgeber von ‚El Pueblo' und gegen Mitglieder von ‚Frente Obrero' wurde Anfang Februar durchgeführt (das Urteil ist uns noch nicht bekannt, doch kann an der Verurteilung der Genossen leider kein Zweifel bestehen). Melvin Wallace, der Herausgeber von ‚El Pueblo', tauchte einige Zeit unter, stellte sich dann aber doch dem Gericht, obwohl ihm zwei Jahre Zwangsarbeit

Brief von Carlos Petroni

Nach 33 Tagen im Gefängnis in Nicaragua ließen mich die Sandinistischen Behörden am 9.11. 1979 plötzlich frei. Meine Freilassung war keineswegs das Ergebnis der Großzügigkeit Tomas Borges oder der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus. Es war die internationale Kampagne für meine ‚Freilassung, angeführt von der ‚Bolschewistischen Fraktion', der LMR von Nicaragua, der OST von Costa Rica, der ‚Leninistisch-Trotzkistischen Tendenz' und der OCRFI, die das bewirkte.

Ich wurde am 8.10 1979 durch eine Patrouille der Sandinistischen Volksarmee, angeführt von Nestor Moncada, verhaftet. Die Verhaftung erfolgte gewaltsam und bezweckte offensichtlich, mich physisch zu eliminieren. Dies ist Teil der Kampagne, die die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus gegen die revolutionäre und Arbeiterlinke führt.

Zuerst wurde mein Leben durch die Uneinigkeit und Verwirrung der FSLN-Offiziere gerettet, aber der Hauptgrund dafür war die intensive Kampagne, die für mich geführt wurde.

Neun Tage lang wurde ich mißhandelt, meine Augen waren verbunden und meine Hände gefesselt. Ich wurde während der Verhöre ständig mit dem Tod bedroht. All das geschah in Lima de Mistampa, dem ehemaligen Somozistischen Sicherheits-Hauptquartier. Jetzt benützt es die Sandinistische G2 – es ist das Chipote-Gefängnis.

12 Tage lang war ich in einer 3 mal 2 Meter großen Zelle – gemeinsam mit 10 anderen Gefangenen. Wir litten unter Hunger, Foltern und Demütigungen, die nicht zu akzeptieren sind unter einem Regime, das sich revolutionär nennt. In dieser ganzen Zeit, speziell bei Nacht, wurde ich über meine Aktivitäten in Nicaragua und die meiner Freunde und Bekannten verhört. Da ich mich weigerte, wurde ich noch mehr als bisher mißhandelt.

Ich bezeichnete mich selbst als ein trotzkistischer Militanter der 4. Internationale, wofür ich beleidigt und bedroht wurde. Sie gingen sogar so weit, während eines Verhörs meine Hinrichtung vorzutäuschen. Es ist wichtig zu betonen, daß unter den Verhörenden Mitglieder des chilenischen MIR und der argentinischen ERP waren.

Da sie nicht zu ihrem Ziel kamen, wollten sie mich dazu bringen, mich selbst als CIA-Agent zu bezeichnen und verlangten sogar eine öffentliche Stellungnahme, die prominente Mitglieder der 4. Internationale wie N. Moreno und nicaraguanische Genossen der LMR als CIA-Agenten beschuldigen würde. Im Austausch dafür versprachen sie mir sofortige Freiheit.

Ich verweigerte das und erklärte in zwei schriftlichen Stellungnahmen, die die Sandinistischen Sicherheitskräfte haben, daß ich den Trotzkismus und die erwähnten Führer verteidige und mich weigere, zu einem Werkzeug zum Angriff auf den revolutionären Marxismus umgedreht zu werden. So verurteilten sie mich zu 20 Jahren Gefängnis.

Am 23. 10. wurde ich plötzlich in eine größere Zelle gebracht. Essen und Zigaretten, die nicaraguanische Freunde mir geschickt hatten, wurden mir gegeben. Ich erhielt auch medizinische Behandlung für die Wunden, die ich während der Folterungen erlitten hatte. All das war Erfolg der breiten Solidaritätskampagne.

Am 8. November wurde ich unter militärischer Bewachung zum Augusto-Cesar - Sandino - Flughafen gebracht und ohne Dokumente nach Guatemala ausgewiesen – in der festen Annahme, daß ich in Guatemala sofort verhaftet würde.

In den Sandinistischen Gefängnissen sind nicht nur Somoza-Anhänger. Da sind genauso Gewerkschaftsführer, Sandinistische Kämpfer, die kritisch zur Regierung stehen, militante Linke usw. Von ihnen muß ich folgende erwähnen:

Carlos Rico und Pablo Herrera – Gewerkschaftsführer von Jingotega, unter Somoza verhaftet und gefoltert. Sie sind heute im Gefängnis, weil sie nicht völlig mit der Junta und der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus übereinstimmen.

Carlos Median – Sandinistischer Kämpfer an der Südfront. Er ist sehr krank. Verhaftet wegen eines geringen Vergehens. Er ist seit 45 Tagen im Gefängnis, ohne medizinische Behandlung. Er hat 20 Kilogramm verloren. Er schläft wie alle Insassen von Chipote auf dem Boden und wird unter unhygienischen Bedingungen ernährt.

Cerda – Kämpfer gegen Somoza in Molimbo. Er wurde vor 40 Tagen verhaftet, weil er die Regierung kritisierte.

Luis Mariano Montalban – Ein Rechtsanwalt, verhaftet am 4.10. und sieben Tage lang gefoltert (mit ‚Picana Electrica'), bevor er nach Chipote kam.

Ein venezolanischer Militanter, der zu einer sozialistischen Gruppe gehört – Pietro –, im Gefängnis wegen einer politischen Diskussion mit einer Gruppe von Argentiniern von der ERP.

Ca. 50 Militante der Frente Obrero und der MAP sind aus dem einzigen Grund im Gefängnis, weil sie die Vereinbarungen der FSLN mit der Bourgeoisie ablehnen.

Ein Mitglied des Internationalen Roten Kreuzes, genannt ATA, Präsident der Junta des Wiederaufbaus von Managua, der sich während des Aufstandes dadurch auszeichnete, daß er eine Sandinistische Batterie über einen geheimen Radiosender leitete, ist im Gefängnis einfach aufgrund von Intrigen zwischen den Sandinistas. Bis vor kurzem war er noch der Verantwortliche des INRA für den Reisanbau in ganz Nicaragua.

Ein Kommandeur der Nordfront mit dem Kriegsnamen Macondo ist des Verrats angeklagt, weil er die Mobilisierung von Bauern in Jingotega organisierte. Er ist im Gefängnis seit den ersten Oktobertagen.

Ein anderer Mann, der die Zelle mit mir teilte, ist ein Kämpfer namens Ibarra. Sein Pseudonym ist Palomo. Ibarra wurde oftmals gefoltert, von seinen eigenen Genossen verstoßen und ausgeraubt. All das wurde verschlimmert durch den Umstand, daß seine Schulter bei Kampfhandlungen in den letzten Tagen des Somozismus gebrochen wurde.

Im Gefängnis sind ebenfalls Trotzkisten von der LMR, die aktiv am Kampf gegen Somoza teilgenommen haben.

Gewerkschaftsführer der Coordinadora Intersindical von Granada, die Einfluß auf ca. 5 000 Arbeiter haben, die zu 11 industriellen und 23 bäuerlichen Gewerkschaften gehören. Unter ihnen sind Fernando Lopez, Rodrigo Ibarra, Luis E. Quintero Mario Miranoi, Humberto Gomez. Gomez war der Herausgeber des ‚Red and Black' - Magazins in Los Angeles. Dieses Magazin verteidigte die nicaraguanische Revolution und war sandinistisch orientiert.

Während meiner Verhöre wurde mir auch gesagt, daß das Leben von Fernando Barcena, Generalsekretär der LMR, und das von Binifacio Miranda, Mitglied des Politischen Komitees der LMR, bedroht sei.

Einige Tage nach meiner Freilassung wurde ein Mitglied der Ständigen Kommission für Menschenrechte in Nicaragua, Jose Esteban, ins Gefängnis gebracht. Estebans Anwesenheit im Gefängnis diente der Untersuchung der Lage der Häftlinge. Eine große Anzahl von verhafteten linken Politikern, die nicht nur Somoza bekämpften, sind im Sandinistischen Gefängnis von Chipote. In anderen Zellen, weiter weg von dort, wo ich war, waren ca. 80 Sandinistische Genossen, Kämpfer an der inneren Front und an der Südfront. Sie waren da, weil sie die Regierung kritisiert hatten.

(Aus ‚socialist press', Nr. 178)

als Urteil drohten. Die Anklagepunkte erinnern frappant an die bekannte Praxis der stalinistischen Schauprozesse, indem sie davon ausgehen, daß jede Kritik an der FSLN-Führung gegen die Interessen des gesamten Volkes gerichtet ist. Die völlig absurden Anklagepunkte („Sie hatten die klare Absicht, eine Wirtschaftskrise herbeizuführen, die den revolutionären Prozeß lähmt") beweisen eindeutig, welches Ziel hinter diesem Prozeß steht. Den Massen wird erklärt, daß die „Sektierer" gegen die Alphabetisierungskampagne, gegen den Aufbau der Wirtschaft, gegen soziale Einrichtungen seien, ja daß sie mit den Somozisten zusammenarbeiten und gegen die Revolution sind. Wenn die Linke genügend isoliert ist, kann sie leicht geknebelt und ausgeschaltet werden. In unverschämter demagogischer Manier wird die Forderung nach demokratischen Rechten gegen die Selbstherrlichkeit der FSLN-Führung mit der Kampagne der Bourgeoisie auf eine Stufe gestellt.

„Die Reaktion und der Linksradikalismus: die konservative demokratische Partei, die sozialchristliche Partei, die ständige Kommission für Menschenrechte, die ‚Bewegung der Volksaktion', zusammen mit der ‚Marxistisch-Leninistischen Liga' (beide in der ‚Frente Obrero' organisiert), haben sich die Hände zur Destabilisierung der revolutionären Regierung gereicht und zur Schaffung geeigneter Bedingungen, uns in der Zukunft schwere Schläge zu versetzen. Sie reichen sich zur Durchführung der Konterrevolution die Hand. Deswegen müssen wir heute mehr denn je wachsam und ständig politisch und organisatorisch vorbereitet sein, um die sandinistische Volksrevolution bis zu den letzten Konsequenzen zu verteidigen." (aus der FSLN-Tageszeitung ‚Barricada', zitiert nach ‚Die Tageszeitung', 4.2.1980)

Diese Methode ist uns bekannt: Weil die reaktionäre bürgerliche Presse gegen den Einmarsch in die CSSR wettert, sind die Revolutionäre – die auch gegen diesen Einmarsch auftreten – „Agenten der Reaktion". Die völlig unterschiedlichen Klasseninteressen, die Unterschiede in der Argumentation sind dabei für Stalinisten und FSLN-Führung völlig uninteressant, verstehen sich doch beide als die Inkarnation des proletarischen Klasseninteresses...

So können nur Menschen, die entweder käuflich oder mit völliger politischer Blindheit geschlagen sind, der Entwicklung der nicaraguanischen Revolution uneingeschränkt optimistisch entgegensehen, wenn der Artikel 4 des neuen Strafgesetzes – der gegen Melvin Wallace zur Anwendung kommt – folgendermaßen lautet: „Mit Zwangsarbeit zwischen 3 Monaten bis zu 2 Jahren wird bestraft, wer mündlich oder schriftlich Äußerungen verbreitet, die darauf abzielen, die Interessen des Volkes zu schädigen und die vom Volk erreichten Errungenschaften abzuschaffen."

Bevor sich Wallace dem Gericht stellte, sprach er kurz mit einem Journalisten. Das Gespräch erschien am 7. Februar in ‚Die Tageszeitung'. Zum Charakter des Prozesses sagte der Verantwortliche von ‚El Pueblo': *„Es geht in diesem Prozeß nicht um Melvin Wallace, es geht auch nicht um ‚El Pueblo', sondern um die demokratischen Freiheiten der Massen. Für uns gibt es keine abstrakte Freiheit der Meinungsäußerung, sondern nur für das Volk... Die Freiheit der Meinungsäußerung ist immer die der Bourgeoisie oder die der ausgebeuteten Klassen. Die Mächtigen in diesem Land verbieten eine Zeitung, die für die Meinungsfreiheit dieser Klassen eingetreten ist. Sie verbieten ‚El Pueblo' und nicht etwa das Organ der ausbeutenden Klassen ‚La Prensa' mit einer Auflage von über 60.000. Wir haben 1.500... Dieser Prozeß ist nicht nur deswegen politisch, weil es um die Meinungsfreiheit des Proletariats geht. Er ist auch deswegen politisch, weil wir eigentlich schon verurteilt sind. Jeder Revolutionsführer hat sich öffentlich gegen uns ausgesprochen. Tomas Borge sagte gestern im Fernsehen: ‚Wir stecken sie für einige Jahre ins Gefängnis'".*

Entgegen aller Verleumdungen und Lügen der FSLN-Führung steht fest: Die extreme Linke wird verfolgt und unterdrückt, weil sie die völlige Enteignung und Zerschlagung der bürgerlichen Klasse fordert, weil sie für die proletarische Demokratie und für eine Arbeiter- und Bauernmacht eintritt. Diese Genossen – wir können nicht beurteilen ob wir mit allen Aspekten ihrer Politik übereinstimmen – vertreten damit die proletarischen Klasseninteressen, im Gegensatz zu den kleinbürgerlichen Nationalisten Ortega, Borge und Co.

ZUM WIRTSCHAFTSPLAN der FSNL 1980

1. Die Regierung hat beschlossen, das 13. Monatsgehalt für alle Gehälter, die über 1 500 Cordobas pro Monat hinausgehen, aufzuheben. Alle diejenigen, die unter der Grenze von 1 500 Cordobas liegen, werden aufgerufen, auf ihr 13. Monatsgehalt freiwillig zu verzichten.
Damit soll ein Fond, mit dem Ziel 20 000 zusätzlicher Arbeitsplätze zu schaffen, gegründet werden. Der Wirtschaftsplan sieht für 1980 die Schaffung von 90 000 Arbeitsplätzen vor.
2. Das Dekret Nr.3, das u.a. auch die Enteignung der Somoza-Güter rechtlich deckte, wird auf unbestimmte Zeit aufgehoben werden. Eine Maßnahme, um die über dieses Dekret beunruhigte Bourgeoisie zu verstärkter Aktivität und Investitionen im Rahmen des nationalen Wiederaufbaus zu bewegen. „Die Revolution befindet sich in einer demokratischen Etappe" – so rechtfertigen die Sandinistas diese Entwicklung (‚Poder Sandinistas' Nr.6).

3. Die Kredite von ausländischen Institutionen und Regierungen nehmen 1980 einen zentralen Platz ein. Die ‚Internationale Weltwährungsbank' hat mit der nicaraguanischen Regierung ein Abkommen über einen Kredit in der Höhe von 405 Mio. Cordobas geschlossen. Ein weiterer Kredit von 520 Mio. Cordobas ist vorgesehen. Die USA stellen 75 Mio. Dollar als Leihe unter der Bedingung bereit, daß sie nur dem privaten Sektor der Wirtschaft zugute kommt. Mexiko hat für den Ankauf von 150 Autobussen Kredite von insgesamt 6 Mio. Dollar zugesichert. Ebenso hat Venezuela der nicaraguanischen Regierung ein für 5 Jahre gültiges Abkommen über Erdöllieferungen zu einem sehr günstigen Preis (20 Dollar pro Barrel) zugestanden. Kuba selbst konzentriert seine Hilfe auf das Erziehungswesen und auf den gesundheitlichen Bereich. Ebenso hat es Nicaragua Fischerboote zur Verfügung gestellt.

4. Das so eifrige Engagement der USA und ihrer Verbündeten im Rahmen des Aufbaus der nicaraguanischen Wirtschaft wird durch die Äußerung des Vize-Präsidenten einer mit ‚Standard-Fruit' verbundenen Gesellschaft deutlicher, der anläßlich seines Besuches in Nicaragua als Chef einer Industrie-Delegation erklärte: „Wir haben gegenüber Kuba einen Fehler gemacht, den wir dieses Mal versuchen werden, zu vermeiden." (‚Barricada', 17. 12.1979)

Das Schandurteil von Managua!

„In der Zeitung ‚El Pueblo' finden sich ständig Nachrichten und Erklärungen der ‚Bewegung der Volksaktion' (MAP) und der ‚Arbeiterfront' (‚Frente Obrero'), in denen mittels geschickter Beherrschung der Dialektik die Interessen des Volkes verletzt werden und ständig unser revolutionärer Prozeß angegriffen wird."

So lautet ein Teil der Urteilsbegründung im Prozeß gegen die Verantwortlichen der linken Zeitung ‚El Pueblo' und gegen Mitglieder von ‚Frente Obrero'. Die drei juristisch für die Zeitung verantwortlichen Genossen und der Zentralsekretär von ‚Frente Obrero' wurden zu je zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt, vier andere Angeklagte mußten freigesprochen werden, da ihnen keine Verbindung zu ‚El Pueblo' nachgewiesen werden konnte!

Auf den Hauptvorwurf der FSLN-Führung, „die Interessen der Revolution und des Volkes zu schädigen", antwortete Melvin Wallace unter anderem wie folgt: „...die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse ist die Übernahme der politischen Macht... ich will klarstellen, daß unsere Zeitung den Kampf der Arbeiter gegen die Versuche der Kapitalisten offen unterstützt hat, sich unter dem Deckmantel des ‚nationalen Wiederaufbaus' daranzumachen, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu steigern."

Die Antwort des Gerichts auf diese Feststellung ist bezeichnend für den politischen Geist, der heute von der FSLN-Führung in Nicaragua repräsentiert wird: „Der Richter sieht diese Feststellung als Schädigung der allgemeinen Interessen unseres Volkes an, weil man die Bezeichnung unserer Regierung als neuer Patron ebensowenig wie die Behauptung, die Interessen der Junta seien denen des Volkes entgegengesetzt, dulden kann, wo es gerade unsere Regierungsjunta ist, die die Errungenschaften des Volkes verwirklicht."

Der reaktionäre Charakter dieses Prozesses wird bewiesen durch die Gleichsetzung jeder linken Kritik an der Regierung und an der FSLN-Führung mit einer „Schädigung der Volksinteressen".

Daß die Genossen von ‚El Pueblo' vor der Schließung ihres Betriebes völlig richtig feststellten, daß sie „auch bei Angriffen der internationalen Reaktion auf die Regierung diese nicht verteidigen", sondern „ihre Ersetzung durch eine andere Regierung" fordern werden, „die wirklich unsere Selbstbestimmung gegen derartige Angriffe verteidigen kann", wurde vom Gericht zum „Bündnis mit reaktionären Mächten" umgedeutet. Die Genossen wurden verurteilt, weil sie für die Machtübernahme der Arbeiterklasse und der armen Bauern und gegen die Klassenkollaborationspolitik der FSLN-Führung eingetreten sind. Das Schandurteil von Managua ist ein weiterer Schritt zur Erwürgung der Linken in Nicaragua, und die FSLN-Führung hat damit der nationalen Bourgeoisie und dem Imperialismus einen großen Dienst erwiesen!

FREIHEIT FÜR MELVIN WALLACE, CARLOS CUADRA, ALBERTO ENRIQUEZ, ISIDORO TELLEZ UND ALLE ANDEREN LINKEN GEFANGENEN IN NICARAGUA!

El Salvador: Vor einer Entscheidung!

Die politische Situation in El Salvador spitzt sich dramatisch zu. Die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer setzen ohne Ausnahme auf einen Militärputsch. Der Anfang des Jahres erfolgte Austritt sämtlicher Zivilpersonen aus der Junta und dem Ministerialkabinett zeigte deutlich, daß sich seit dem Sturz Romeros nicht das geringste für die Massen geändert hat.
Die Aufnahme ziviler Minister in die Militärregierung diente lediglich als demokratisches Täuschungsmanöver. Die Alibi-Funktion dieser bürgerlichen Minister sollte die Massen beschwichtigen und in Illusionen wiegen. Währenddessen regierten Panzer, Kanonen und Maschinengewehre der Sicherheitstruppen und Polizeieinheiten in einträchtiger Kooperation mit den faschistischen, paramilitärischen Verbänden.
Doch die Massen und ihre Organisationen haben die Herausforderung seitens der Oligarchie und ihrer Büttel angenommen. Die proletarische und bäuerliche Opposition wächst ständig und die linken Organisationen erhalten ununterbrochen Zustrom.
Während auf der einen Seite die Oligarchie darauf drängt, den Massen ein ähnliches Blutbad wie 1932 zu bereiten (damals wurden 30.000 Proletarier und Bauern, 3% der Bevölkerung abgeschlachtet), bereiten sich die linken Organisationen auf die entscheidende Schlacht vor, welche es noch zu schlagen gilt!

Der Ausbruch des Bürgerkrieges ist unvermeidlich!

Die letzte Entwicklung

Ganze 7 Wochen konnten die sich an der Macht befindlichen, von der internationalen bürgerlichen Presse gar zur „linksdemokratischen" Fraktion innerhalb der Militärs hochstilisierten, Putschisten ihre pseudo-fortschrittlichen Phrasen von sich geben.

Angesichts der, seit dem Sturz Romeros, ungehinderten Terror- und Repressionsmaßnahmen, welche ständig zunahmen, konnten die bürgerlichen Minister ihr, bei den Massen ohnehin angekratztes Image, nicht mehr länger aufs Spiel setzen. Sie traten alle zurück und klagten die Militärs an, keine einzige ihrer Versprechungen in die Tat umgesetzt zu haben.

Kein Wort kam natürlich von diesen Vertuschungshelfern, daß sie selbst einige Zeit mitgeholfen hatten, ein konterrevolutionäres Regime nach links abzudecken. Wie auch immer. Mit ihren Rücktritten zerfloß der letzte Rest der demokratischen Schaumschlägerei.

Die freigewordenen Regierungssessel wurden von Mitgliedern der Christdemokraten aufgefüllt. Sie scheuen sich nicht, das blutige Schauspiel mitzuinitiieren und den Mördermilitärs bei ihren Vorbereitungen zum Putsch an die Hand zu gehen.
Trotz dieses neuerlichen Anlaufs der Militärclique, sich mit einer (christ)demokratischen Maske zu versehen, zeigt sich, daß die Regierungsjunta immer mehr in die politische Isolation gerät und von einer Sackgasse in die andere taumelt.

Diese neuerliche Regierungskrise hat mehrere Ursachen:

– Die Oligarchie des Landes wehrt sich seit dem Putsch vehement gegen jedes Reformversprechen seitens der Junta. Niemals fanden die allergeringsten Reformversprechungen seitens der Regierung ihre Zustimmung. Sie sorgte und sorgt dafür, daß selbst die mehr als dürftige „Plattform der Streitkräfte" lediglich ein Fetzen Papier blieb.

Die Weigerung der Oligarchie und der Militärs Reformen durchzuführen, führte auch zu dem Austritt der zivilen Minister aus der ersten Regierung, welche ihren Rücktritt mit der „Nichterfüllung, auch nur der geringsten Reform" begründeten. Versprechungen wie Agrarreform, Regierungskontrolle über die Armee und Lohnerhöhungen, sowie Reformen auf Betriebsebene wurden niemals auch nur ansatzweise in Angriff genommen.

Besonders spektakulär trat der Erziehungsminister Samayo zurück. Er erklärte auf einer Pressekonferenz, daß die Oligarchie die Volksbewegungen auslöschen wolle. Weiters erklärte er seinen Beitritt zur FPL und ging in den Untergrund.

Die Oligarchie, die das demokratische Spielchen schon längst satt hat, setzt mittlerweile fast total auf die Rechtskräfte des Landes. Die Unternehmerverbände haben sich von der Regierung abgewendet.

Die Christdemokraten (deren rechter Flügel die zivilen Minister der „zweiten Regierung" stellt) haben ausschließlich eine Basis in der Armee, und sind ansonsten total isoliert. Sie können daher auf kein langes Überleben als Regierungspartei hoffen.

– Die konterrevolutionären/paramilitärischen Organisationen, welche seit der Machtübernahme durch die Putschisten ständig stärker geworden sind und von den Enttäuschungen von Teilen des Kleinbürgertums profitieren, arbeiten in einträchtiger Kooperation mit den Sicherheitstruppen zusammen.

Noch im Dezember wurden zwei große Demonstrationen der Rechten organisiert. Unter der Parole „Friede und Arbeit" hatten diese beiden reaktionären Aufmärsche die Aufgabe, die Rechte des Landes neu zu formieren und zu vereinen. Diese extreme Rechte ist es auch, die der Regierung Laxheit gegenüber den aufbegehrenden Massen und ihren Organisationen vorwirft.

Aufs Engste mit der Militär- und Staatsbürokratie verfilzt, versuchen die rechten Gruppierungen permanent ihre Vorstellungen von „Recht und Ordnung" durchzusetzen:

Demonstrationen der Linken werden mit unvorstellbarer Brutalität überfallen, Oppositionelle ermordet, verschleppt und gefoltert.

Zusammen mit den Sicherheitstruppen und der Nationalgarde versuchen sie, ein Klima der Einschüchterung und der Angst zu erzeugen und die nächstbeste Gelegenheit für einen neuerlichen Militärputsch zu benützen.

Das Bündnis der Linken

Die Linke hat sich im Jänner in der „Revolutionären Allianz" zusammengeschlossen. Diese besteht aus dem BPR (Bloque Popular Revolutionario), der FAPU (Frente de Acion Popular Unificada), sowie auch der moskaustalinistischen KP. Darüberhinaus wird die „Allianz" von den anderen linken Gruppierungen unterstützt.

Diese „Allianz" stellt eine Antwort auf die wiedererstarkte Rechte dar. Ihre bewaffneten Abteilungen haben die Aufgabe, den ständigen terroristischen Aktionen der Rechten zu begegnen.

Man kann ohne weiteres davon ausgehen, daß die sich ständig stärkende Linke einen gewichtigen politischen Faktor darstellt, der die ‚Schattenregierung' auch von links isoliert.

Zusätzlich haben die antioligarchischen bürgerlichen Gruppierungen, gemeinsam mit der sozialdemokratischen MNR (Movimiento Nacional Revolutionario) und inclusive der UDN (Union Democratica Nacionalista – in ihr sind linke Sozialdemokraten, Moskaustalinisten und ‚linke' Bürgerliche), ein breites Bündnis, den „Foro Popular" gebildet. Dieser Block steht der Junta neutral bis ablehnend gegenüber.

Darüberhinaus soll auch in der CD (Christdemokraten) eine Opposition existieren, welche mit dem Engagement der CD als Regierungspartei und faktischen Deckung einer Militärdiktatur nicht einverstanden ist.

Und als letzter Faktor, der auch nicht gerade regierungsstabilisierend wirkt, gelten die Uneinigkeiten im Armeekörper. Die Differenzen dürften allerdings nur auf der Ebene liegen, mit welchen Mitteln man die „aufrührerischen" Massen am besten „besänftigt": Mit dem demokratischen Zuckerbrot oder einem Blutbad unvorstellbaren Ausmaßes. (So sprechen rechtsradikale Militärs offen davon, daß „die Liquidierung von 500.000 (!) Menschen erforderlich ist, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.")

Obwohl kurz nach dem Putsch 50 hohe Militärs entlassen wurden, befindet sich die Führung der Armee fest in Händen des absolut reaktionären Generalstabes mit seinen Verbindungen zum Finanzkapital und Großgrundbesitz.



Dieser harten ‚Fraktion' innerhalb der Armee gehören zumindest die Luftwaffe und die Panzereinheiten an. Den Artillerie- und Infanterieeinheiten wird nachgesagt, daß sie stärker in Richtung „Foro Popular" tendieren.

Die Spannungen innerhalb der vielbeschworenen Einheit der Armee könnten ebenfalls dazu beitragen, den Zerfallsprozeß der bürgerlichen Herrschaft zu beschleunigen.

Die Kämpfe der Linken seit dem Putsch

Obwohl es eine breite, antioligarchische Opposition bürgerlichen Charakters gibt, zeigt sich, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen, (wie könnte es auch anders sein) ausschließlich von der Linken getragen werden.

Die bürgerlich/sozialdemokratische Opposition zieht es vor, feige im Abseits zu hocken, hin und wieder pazifistische Appelle von sich zu geben und Protestnoten an das Militär zu verabschieden, in denen das brutale Vorgehen gegen die Massen angeprangert wird.

So ruht die Last, dem rechten Terror zu begegnen, ausschließlich auf den Schultern der linken Organisationen und ihrer bewaffneten Abteilungen.

Noch unter dem Romero-Regime wurden ganze Ländereien, Betriebe und Provinzstädte von den Arbeitern und Bauern spontan besetzt. Um diese Errungenschaften der Massen wurde und wird erbittert gekämpft. Phasen reiner Defensivkampfe seitens der Linken wechseln mit offensiven Anstürmen gegen die verhaßten Bollwerke der Reaktion.

Der Kampf wogt gegenwärtig hin und her. Auf der einen Seite werden besetzte Betriebe und Latifundien von den Sicherheitstruppen geräumt – wobei in der Regel sämtliche Besetzer (egal ob Mann oder Frau, Kind oder Greis) niedergemet-







Gegen die Bourgeoisie und die rechte Militärführung des Landes und gegen die paramilitärischen und faschistischen Banden der herrschenden Klasse, führen die Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten El Salvadors seit Monaten und Wochen Demonstrationen durch, die immer wieder unter das Feuer der Konterrevolutionäre genommen werden. Es wäre für den Imperialismus und seine nationalen Kreaturen ein schwerer Schlag, wenn es der starken Linken des Landes gelingen würde, die politische Macht zu erobern. Dies würde nicht nur der nicaraguanischen Revolution einen neuerlichen und dringend notwendigen Auftrieb geben, sondern darüberhinaus der revolutionären Bewegung der unterdrückten Massen in ganz Mittelamerika

zelt werden – auf der anderen Seite besetzen die Arbeiter und Bauern immer wieder die Güter der Bourgeoisie. Genau hier zeigt sich auch, daß die Arbeiter und Bauern bereit sind, weit über die demokratischen Formeln hinauszugehen.

Im übrigen werden Massaker der Regierungstruppen und faschistischen/paramilitärischen Banden oft mit spektakulären Aktionen seitens der Linken beantwortet.

So wurden am 5. 1. als Protestaktion gegen die Militärs 3 Radiosender besetzt, über welche die Bevölkerung aufgerufen wurde, sich gegen die Militärdiktatur zu erheben.

Am 23. 1. wurden von der ERP (bewaffneter Arm der LP-28) 21 Radiostationen im ganzen Land eingenommen, einen Tag später kam es zur Besetzung von 300 Kirchen inklusive der Kathedrale von San Salvador, durch Abteilungen der „Coordinadora" (Revolutionäre Allianz).

Am 23. 1. fand dann die erste Demonstration der zusammengeschlossenen Linken in San Salvador statt. Die „Allianz" hatte dazu aufgerufen. 100.000 bis 150.000 Personen folgten dem Aufruf. Diese Demonstration war die größte, die jemals in der Geschichte El Salvadors stattgefunden hatte.

Doch zu groß war die allgemeine Euphorie. Obwohl mit einem Angriff von Heckenschützen zu rechnen war, verzichteten die Demonstranten leichtsinnigerweise auf ausreichende Bewaffnung, um sich wirksam verteidigen zu können. Lediglich einige Pistolen, Knüppel und Macheten wurden mitgeführt. Reichlich wenig gegen Maschinengewehre.

Sobald die Demonstranten auf dem Hauptplatz und bei der, von dem BPR besetzten Kathedrale eintrafen, eröffneten die auf den Dächern und in den Seitenstraßen postierten Scharfschützen der Polizei und Nationalgarde das Feuer auf die vorbeiziehenden Massen. Nach wenigen Minuten lagen 15 Personen tot am Boden (darunter auch ein 12jähriges Mädchen), mehr als 150 Personen wurden schwer verletzt, ca. die Hälfte davon lebensgefährlich (mindestens 40 Personen starben in den nächsten beiden Tagen, womit die Zahl der Todesopfer auf rund 60 anstieg.).

An der Demonstration hatten viele Bauern teilgenommen, welche am gleichen Tag nicht mehr in ihre Dörfer zurückkehren konnten. Sie verbrachten die Nacht dichtestgedrängt in den Hörsälen der Universität. Am darauffolgenden Tag wurde die Universität von starken Armeeinheiten umstellt und die Bauern wie Vieh aus der Stadt getrieben. Dieser Heimweg wurde ein regelrechtes Spießrutenlaufen. Ununterbrochen wurden Perlustrierungen vorgenommen, Spitzel suchten ihnen bekannte Oppositionelle aus der Menge, viele wurden durchsucht und zusammengeknüppelt. Andere wiederum wurden verhaftet. Bei einigen derartigen Aktionen wurden neuerlich von der Polizei mehrere Personen ermordet.

4 Tage später besetzten Milizen der FLP (Farabundo Marti) den Ort Coatepeque (55 km westlich von San Salvador). Auch hier richteten die Sicherheitstruppen ein Blutbad an. 21 Kämpfer der FLP wurden ermordet.

Der Putsch droht

Die Machtdemonstration der Linken gilt nicht nur für die unterjochten Massen als Meilenstein einer sich anbahnenden revolutionären Erhebung.

Bereits 1972 und 1977 hatte die vereinigte Opposition bei den Präsidentschaftswahlen triumphiert, beide Male unterbrachen die Militärs durch einen Putsch eine mögliche demokratische Entwicklung in El Salvador. Diese Erfahrungen haben den Massen die Sinnlosigkeit des parlamentarischen Weges gezeigt.

Das weiß auch die Bourgeoisie. Sie kann sich – im Gegensatz zu Nicaragua, wo sich Teile der Industrie- und Agrarbourgeoisie, gedrückt durch die Machtkonzentration des Somoza-Clans, gegen den Diktator stellten – auf eine geeinte Rechte stützen. Verstärkung für die Rechte könnte auch aus Honduras kommen: an der Grenze zu El Salvador warten rund 3.000 ehemalige Nationalgardisten Somozas auf einen bezahlten Auftrag.

Zudem dürften – aufgrund der Tatsache, daß auch in Guatemala die Klassenkämpfe an Intensität und Umfang zunehmen und selbst in Honduras ein Aufschwung der Unruhen zu bemerken ist – die USA gezwungen sein, in verstärktem Ausmaß in die politische Entwicklung im karibischen Raum zu intervenieren. Der amerikanische Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, William Bowdler, befand sich ab 24. 1. für einige Tage in Guatemala-City. Dort traf er auf führende Militärs aus El Salvador und Guatemala.

Sollten die Klassenkämpfe in Guatemala und Honduras weiter zunehmen, kämen die Truppen aus diesen Ländern für einen Einmarsch in El Salvador nicht mehr in Frage; sie wären im eigenen Land gebunden. Somit wäre keines der Länder im mittelamerikanischen Raum mehr in der Lage, in einem Nachbarstaat die Revolution niederzuschlagen.

Die USA könnten unter Umständen gezwungen sein, direkt militärisch in Mittelamerika zu intervenieren. Mit dem Hinweis auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan könnten die diplomatischen Vorbereitungen für eine Militäraktion beginnen.

Das Elend der Massen in Guatemala

In Guatemala-City haben am 31. Jänner 33 unbewaffnete Bauern die spanische Botschaft besetzt und sind einem bestialischen Anschlag der Polizei zum Opfer gefallen. Dieses Ereignis unterscheidet sich in seiner Brutalität durch nichts von den Massakern, unter denen vor allem die Indio-Bauern in diesem Land tagtäglich zu leiden haben. Aber es bedarf erst einer Botschaftsbesetzung – eines der derzeitigen Lieblingsthemen der bürgerlichen Medien – um die Militärdiktatur Guatemalas, die seit Monaten im Schatten der Ereignisse von Nicaragua und El Salvador stand, in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu setzen.

33 unbewafffnete Bauern waren am 31.Jänner in die spanische Botschaft eingedrungen, um mit dem Botschafter über die unerträgliche Situation in ihrer Heimatprovinz Quiche, die seit Monaten von Armeeeinheiten besetzt ist, zu sprechen und Untersuchungen über die Unterdrückungsmaßnahmen zu fordern. Währenddessen wurde die im 2.Stockwerk gelegene Botschaft von Polizeitrupps, die vom Dach und dem 1.Stock aus eingedrungen waren, unter Beschuß genommen. Durch eine Bombe, die durch ein Fenster geworfen wurde, geriet das Gebäude in Flammen. Man fand nur mehr die verkohlten Leichen der Bauern. Auch der ehemalige Vizepräsident Caceres und der ehemalige Außenminister Molina kamen bei dem Anschlag um.

Die Version der Behörden: Es habe sich um eine von langer Hand vorbereitete Aktion der Stadtguerilla unter der Leitung einer 25jährigen Frau gehandelt. Instruktionen zu Geiselnahmen seien in einer in der Botschaft v e r g e s s e n e n Tasche gefunden worden. Somit war der Mordüberfall der Polizei offiziell eine Schutzmaßnahme gegen ‚kommunistische Terroristen'. Der Brand sei infolge eines durch einen Schuß entzündeten Molotow-Coctails entfacht worden.

Daß dies nur eine infame Lüge sein konnte, wurde kurz darauf klar. Der einzige wirkliche Augenzeuge des Massakers, der Kleinbauer Gregorio Juya, den man noch lebend unter den Leichen gefunden hatte, war, nachdem er aus einer ‚unter Polizeischutz' stehenden Klinik aus dem Krankenbett entführt worden war, erschossen aufgefunden worden. – Damit aber war die Blutgier dieser Mörderbande noch nicht gestillt: Während des friedlichen Trauermarsches für die 33 Todesopfer starben 3 Teilnehmer unter den Kugeln der Polizei.

Rechter Terror an der Tagesordnung

Die jüngsten Ereignisse in Guatemala sind nur ein weiteres Glied in der Kette der Repressionen, unter denen die Indio-Bauern ebenso wie Oppositionelle zu leiden haben.

Noch sind die Massaker der letzten Jahre nicht vergessen!

- Anfang 1978 entdeckte man auf dem Friedhof von Guatemala-City ein Massengrab von 770 Leichen, die nicht mehr identifiziert werden konnten.
- Am 29. Mai 1978 ereignete sich ein Blutbad unvorstellbaren Ausmaßes. Eine friedliche Demonstration von Indios, die man von ihren kleinen Ländereien vertrieben hatte, wollte sich an den Bürgermeister der Stadt Panzos um Hilfe wenden. Die Polizei schoß wahllos in die Menge. Für die mehr als 100 Toten war bereits am Vortag (!) ein Massengrab ausgehoben worden. Unzählige Demonstranten flüchteten vor den MGs der Polizei in den nahen Fluß und ertranken.
- Als am 5. August 1978 von den Gewerkschaftsverbänden CNT und CNUS (der Dachverband) zu einer Demonstration zur Beendigung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Organisationen des Volkes aufgerufen wurde, antwortete die Polizei mit Tränengaseinsatz, wobei wiederum an die 100 Demonstranten schwer verletzt wurden.
- Vor kurzem wurden 9 Bauern verschleppt. Sie hatten sich für Arbeitsboykott in Landgütern eingesetzt, in denen die Tageslöhne 0,9 bis 1,3 DM (!) betrugen. Drei von ihnen fand man mit Spuren furchtbarer Folter erschossen in den Bergen. Sie trugen Uniformen. Dies sollte vortäuschen, die Guerilla habe wieder einmal die Militärs angegriffen.

Der Terror der Polizei geschieht mit Billigung des Regimes und hat sich seit der Regierung Garcia (Mitte 1978) nur verschärft. Lucas Garcia kam, wie es in vielen Ländern Lateinamerikas üblich ist, durch Wahlbetrug an die Macht. Die Beteiligung bei Wahlen in Guatemala ist auffallend gering (50% der Stimmberechtigten) ; einerseits sind nur rechtskonservative und keine oppositionellen Parteien zugelassen, andererseits ist die Angst vor Repressalien bei der Abgabe eines blanken Stimmzettels sehr groß. Lucas Garcia kam mit nur 9% der Stimmen (= 4% der Gesamt bevölkerung) an die Macht und hat als Vertreter jener Mittelbauern, die den sozialen Sprung zum Großgrundbesitzer geschafft haben, so gut wie keine Unterstützung unter der breiten armen Bevölkerung.

Neben Militär und Polizei sind die paramilitärischen Todesschwadronen, auf die der Präsident jedoch nur wenig Einfluß hat, ein gewichtiger Faktor bei der Unterdrückung des Volkes. Diese rasch und präzise arbeitenden Trupps ‚säubern' das Land von Oppositionellen, die der herrschenden Klasse, bzw. dem Regime, unbequem geworden sind. So weiß sich die Privatindustrie vor führenden Gewerkschaftern (die offiziell legal arbeiten dürfen) und politisch aktiven Arbeitern zu schützen, indem sie Todeslisten an die bis zu den Zähnen bewaffneten Mörderbanden (ESA, ‚Oja por Oja' = Aug um Aug, ‚Mano Blanca' = Weiße Hand, ...) weitergibt. Zu den besonders makabren Methoden gehört es, daß eben jene Todeslisten in den großen Tageszeitungen veröffentlicht werden. So erschien am 18. Oktober der Name des Studentenführers Oliviero Castaneda auf der Todesliste. Zwei Tage darauf wurde er auf offener Straße massakriert.

Im Parlament sind nur Rechtsparteien zugelassen. Als man von offizieller Seite auch die Sozialdemokratie in den Parteiregister zuließ, wurde deren Führer Alberto Fuentes Mohr noch am Vortag der Zulassung ermordet. Anfang März fiel der Vorsitzende der kleinen Zentrumspartei FUR, Arguenta, einem Anschlag zum Opfer.

Verbindungsleute der Todesschwadronen (wie Innenminister Alvarez Ruiz oder Polizeichef Oberst Barahona) lassen sich oftmals selbst auf die Todeslisten setzen, um ihr wahres Gesicht zu maskieren. Einige dieser Organisationen arbeiten mit der MLN (‚Movimiento de Liberacion Nacional') zusammen. Die MLN wurde 1954 zum Sturz des liberalen Präsidenten Arbenz Guzman ins Leben gerufen.
Der Terror richtet sich jedoch nicht nur gegen Linke, Gewerkschafter und oppositionelle Einzelpersonen, sondern in gewaltigem Ausmaß gegen die Bevölkerung ganzer Landstriche, gegen die Indios des Hochlandes. Von den rund 6,4 Mio. Einwohnern Guatemalas sind 54% Indianer. Während in den Städten der Mindestlohn ein Drittel des Existenzminimums beträgt,so liegt der Lebensstandard bei den Indio-Bauern noch weit darunter. Ein Großteil der lebenswichtigen Grundnahrungsmittel muß wegen der Monokulturen (Kaffee, Zucker, Baumwolle) importiert werden. So sind die Lebenshaltungskosten im vergangenen Jahr um 100% gestiegen. Ein Überleben in den ländlichen Gebieten Guatemalas, die zu den geburtenreichsten der ganzen Welt zählen, ist kaum möglich. Im Vergleich zu dem Minensektor, wo ein Arbeiter pro Tag durchschnittlich 5,5 DM verdient, muß ein Indio-Bauer mit 2 bis 2.5 DM auskommen. Diese Menschen leiden unter permanentem Eiweißmangel, wodurch sie ihrer schweren Arbeit kaum gewachsen sind. So liegt die Lebens erwartung auf dem Land bei 41 Jahren (bei der urbanen Bevölkerung bei 56 Jahren). 80% der Kinder sind unterernährt, nur 76% werden 14 Jahre alt! Verschärft hat sich diese Situation noch durch das große Erdbeben 1976, bei dem 800.000 Wohnungen zerstört wurden.
In Guatemala spricht nur etwa die Hälfte der Bevölkerung die offizielle Landessprache Spanisch. Unter den Indianern werden 18 verschiedene Maya-Dialekte verwendet. Dieser Umstand, wie der Analphabetismus bei 90% der Indianer, gehört zu den Ursachen für das geringe Ausmaß an gewerkschaftlicher Organisierung (Landesdurchschnitt 2% gegenüber beispielweise 94% gewerkschaftlich organisierter Arbeiter bei Coca-Cola, Anfang 1978).
Als man vor einigen Jahren in den nördlichen Provinzen an der Grenze zu Mexiko und Belize Erdöl und Nickelvorkommen fand, stieg mit einem Mal das Interesse der herrschenden Klasse an diesen Regionen. Dies verstärkte sich noch durch den Bau einer Überlandstraße und einer Pipeline. Die hier ansäßigen Kleinbauern, die ohnedies kaum mehr als 1ha Land besaßen, wurden plötzlich vor die vollendete Tatsache gestellt, ihr Grund und Boden gehöre laut ‚legalen' selbstgemachten Besitzurkunden den Großgrundbesitzern bzw. Militärs. Man verfrachtete die Indios kurzerhand in Lastwagen und transportierte sie in jene Gebiete, in denen man gerade für die Kaffee- und Baumwollernte billige Arbeitskräfte brauchte
Aufgrund solcher Erfahrungen und nun schon Monate dauernder militärischer Besetzung, sind die Indios in den Provinzen Alta Verapaz, Quiché und El Petén in ihrem Klassenbewußtsein den Kleinbauern anderer Regionen weit voraus. Es ist kein Zufall, daß die Guerillaeinheiten („Armee der Armen') gerade hier großen Zulauf haben.
Die Guerillabewegung existiert in Guatemala seit Beginn der 60er-Jahre (‚Fuerzas Armadas Reveldes' = FAR, ‚Movimiento revolucionario 13 de Noviembre' = MR-13). Immer wieder wurden unter dem Vorwand, der Guerilla die soziale Basis entziehen zu wollen, weite Landstriche entvölkert. Unter dem Oberbefehl des damaligen Innenministers Arana Osorio („Schakal von Zapaka') wurden in den Jahren 1968-70 8.000 Campesinos in den Provinzen Izabal und Zacapa (an der Grenze Honduras) umgebracht. Dieses von der USA initiierte Blutbad hat den bewaffneten Widerstand in einem Ausmaß geschwächt, daß er sich viele Jahre nicht erholen konnte.
Am 1. Mai kam es zu einem gemeinsamen Treffen der ‚Guatemaltekischen Arbeiterpartei' mit Guerilla-Streikräften. Ergebnis der Verhandlungen war die Losung: „Erziehung einer revolutionären patriotischen Volksmacht, geführt von der Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den Bauern!"
Zu den wichtigsten Schritten der nächsten Zukunft wird es gehören, die Arbeiter in den Industriegebieten wie die Indianer des Hochlandes zu bewaffnen. Sollte die Revolution von El Salvador auf Guatemala übergreifen, wird sie nicht erfolgreich sein, solange die Gewerkschaften auf Plattformen sitzen bleiben, die über Forderungen zur „Abschaffung von Gesetzen, die die für die Repression Verantwortlichen begünstigen" nicht hinausgehen. Solange der bewaffnete Kampf auf die Guerilla in den Bergen beschränkt bleibt, und Arbeiter wie Bauern den Waffen der herrschenden Klasse nicht eigene bewaffnete Milizen entgegensetzen, wird das Massaker vom Beginn des Jahres noch lange nicht das letzte gewesen sein.

China: Eine neue Opposition formiert sich!

Jugendarbeitslosigkeit und steigende Kriminalität, Bauern,die um mehr Nahrung und Kleidung demonstrieren... Das Leben ist in China seit dem Machtantritt der Deng Hsiao-ping/Hua Guofeng-Führung um nichts besser als zu den Zeiten der „Viererbande".

Die Forderungen,die heute von den Massen aufgestellt werden,sind einfach und simpel: „Wir wollen arbeiten, wir wollen essen, wir wollen weiterleben!" Das waren die Losungen der gewaltigen Demonstrationen,die Jugendliche im Frühjahr 1979 in Shanghai durchführten. Die neuen Herren in Peking sind jedoch nicht nur mit steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert; zunehmend entwickelt sich heute in China eine Opposition außerhalb der Bürokratie. Klein, schwach, politisch diffus und oftmals auf Carters Menschenrechtsideologie aufbauend, der die Bürokratie nur mit massiver politischer Unterdrückung und Einschränkung der demokratischen Freiheiten begegnen kann.

Illusionen der Massen

Die Entmachtung der „Viererbande", d.h. der maoistischen Fraktion in der chinesischen Bürokratie durch die Strömung um Deng Hsiao-ping, erfolgte mit der passiven Unterstützung und der Sympathie großer Teile der Massen. Schon 1975 war es auf dem Tiananmen-Platz in Peking zu einer gewaltigen Massendemonstration für den damals noch entmachteten Deng gekommen. Diese Kundgebung, durch Militär blutig auseinandergetrieben, ist in der Zwischenzeit schon längst von der siegreichen Fraktion zur „höchst revolutionären Tat" erklärt worden. Als das endgültige „Aus" für den Flügel um Maos Witwe gekommen war, feierten die Arbeiter in Shanghai tagelang. Ein Blick auf das politische Programm der Deng-Hua-Führung erklärt, warum die Arbeiter und Bauern Chinas ihre Illusionen gerade in diese Politik setzten. Anders als die„Viererbande", die die materiellen Forderungen als dem Kapitalismus den Weg bereitend verteufelte, erklärte Deng den Wunsch nach Erhöhung des Lebensstandards als legitim und anstrebenswert. Wohlstand und Reichtum – jahrelang als „kapitalistisches Gift" gebrandmarkt – sollten nun das Ziel aller aufrechten Chinesen sein. So konnte man im letzten Herbst in einer Provinzzeitung, in Übereinstimmung mit der allgemeinen Linie der Partei, lesen: „Unter dem sozialistischen System wird jeder geehrt, der reicher wird. Wer als erster reich wird, wird als erster geehrt. Je reicher jemand ist, umso mehr wird er geehrt". (Nach ‚Arbeiterkampf', Nr. 166) Um die Begeisterung der Massen für diese Linie zu verstehen, ist es notwendig, sich vor Augen zu halten, daß die Werktätigen ohne Urlaub und Altersversorgung täglich weit mehr als 8 Stunden arbeiten, und oft gerade nur das Nötigste zum Leben haben.

Neben der materiellen Besserstellung gab sich die neue Führung liberaler und versprach mehr demokratische Freiheiten. Noch im Dezember 1978 erklärte Deng: „Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen zu schreiben ist in unserer Verfassung erlaubt. Wir haben kein Recht, dies zu untersagen oder die Massen zu kritisieren, weil sie von der Demokratie Gebrauch machen und Wandzeitungen aufhängen. Wenn die Massen in irgendeiner Hinsicht unzufrieden sind, müssen wir ihnen erlauben, dies zu äußern." (‚Peking-Rundschau', Nr. 48, 1978)

...und die Wirklichkeit

Über zwei Jahre hatte die Deng-Hua-Führung Zeit, ihre Politik in die Praxis umzusetzen. Das Ergebnis ist katastrophal, und sie wird in Zukunft ohne Zweifel Schwierigkeiten haben, einen Schuldigen dafür zu finden, denn mit der dämonischen „Sabotage der Viererbande" erklären die Herren in Peking nun schon ein wenig zu lange alle Übel dieser Welt. Man kann heute sagen, daß das Programm der „Vier Modernisierungen" vor dem Scheitern steht. Mit Hilfe westlichen Technologieimports und weitreichender Handelsverträge, sollte China in allen gesellschaftlichen Bereichen grundlegend modernisiert, und das Land bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einer führenden Industrienation gemacht werden. Die große Öffnung Chinas gegenüber den imperialistischen Ländern gehört nun schon der Geschichte an, dutzende Wirtschaftsverträge wurden unterzeichnet, doch der Aufschwung für Chinas Industrie blieb aus. Vom Investitionsboom der imperialistischen Konzerne in China ist bis heute auch nicht viel zu merken, die gemischt chinesisch-ausländischen Betriebe, nach den Vorstellungen der Pekinger Führung ein wesentlicher Motor für die Modernisierung der Industrie, wurden bisher nur in geringer Zahl eingerichtet. Lakonisch mußte die Bürokratie in den letzten Monaten immer wieder feststellen, daß „derzeit" an eine Erhöhung des Lebensstandards und eine Ausweitung der Konsumgüterindustrie nicht zu denken sei. Dafür wurden von der Parteiführung in letzter Zeit die Erfolge und die Wichtigkeit der Landwirtschaft betont. Deng Hsiao-ping, direkt wie immer, spricht dies auch klar aus: „Deshalb haben wir immer der Entwicklung der Landwirtschaft Vorrang gegeben. Vor kurzem haben wir zwei Dokumente über die Entwicklung der Landwirtschaft erlassen. (...) Unsere Politik ist: sowohl die Industrie als auch der Staat müssen die Landwirtschaft unterstützen." (‚Beijing-Rundschau' Nr.2, 1980) Kennt man die Rituale der Bürokratie, ihre eigene, verschleierte Sprache, so wird klar, daß die Worte Dengs nur das Eingeständnis tiefer Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Industrie bedeuten. Die Landwirtschaft war nämlich – abgesehen von einigen Perioden während des „Großen Sprung nach Vorne" in den 60er Jahren – nie das große Problem Chinas. Mit großer Mühe und praktisch ohne Maschinen betrieben, sicherte sie doch stets die Ernährung der Millionenbevölkerung. Die Rückständigkeit Chinas und die Armut der Gesellschaft steht und fällt mit der Entwicklung der Produktivkräfte, das heißt der Industrie. Das Gerede vom „Vorrang der Landwirtschaft" muß als schleichende Revision der Politik der „Vier Modernisierungen" gewertet werden, denn darin wurde sehr wohl das Ziel einer beschleunigten Entwicklung der Industrie und ihrer durchgehenden Modernisierung formuliert.

Die Wirtschaftspolitik der neuen Führung tritt jedoch nicht bloß auf der Stelle. Das erste Mal seit Jahren, ja Jahrzehnten, wurden die bisher überaus stabilen Lebensmittelpreise um rund 30% (!) erhöht. Gleichzeitig wurden die Löhne um rund 10% hinaufgesetzt, doch geht die Bürokratie immer mehr zum Prämiensystem über. Nach diversen Plänen soll in Zukunft ein Drittel des Lohnes aus Prämien bestehen, die nur bei einer entsprechenden Arbeitsleistung ausbezahlt werden sollen. Die volle Wucht der Preissteigerungen und ihre Auswirkungen auf die chinesische Gesellschaft wird nur voll verständlich, wenn man die Millionen jugendlicher Arbeitsloser in Betracht zieht. Jugendarbeitslosigkeit ist kein neues Phänomen in China. Schon in den 60er Jahren wurden viele Jugendliche aufs Land geschickt. Viele von ihnen sind in der Zwischenzeit illegal in die Städte zurückgekehrt, neue Jahrgänge von Schulabgängern drängen nach. Allein in Peking leben über 400.000 Jugendliche ohne festen Wohnsitz, ohne Arbeit und regelmäßiges Einkommen. Die Bürokratie, die das Problem bereits zugeben mußte, reagiert kopflos. Hua Guofeng, der „weise Führer" und politische Erbe Maosweiß nur einen Rat: „Für die Schulabgänger ist es richtig, aufs Land zu gehen und sich dort niederzulassen" (Aus einer Rede, gehalten am 26. August 1979 in Peking, nach ‚Beijing-Rundschau' Nr. 37, 1979). Nichts verdeutlicht die tiefe Krise der chinesischen Wirtschaft besser, als ihre Unfähigkeit, junge Menschen in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Massenarbeitslosigkeit bei Jugendlichen

Die Jugendarbeitslosigkeit führte in China zu denselben Erscheinungen wie in den kapitalistischen Ländern. Die frustrierten, entmutigten Jugendlichen stellen einen permanenten Unsicherheitsfaktor für die Bürokratie dar. Sie ist nicht nur mit den wachsenden politischen Protesten, sondern auch mit einer gewaltig steigenden Kriminalität konfrontiert. Jugendliche, einzeln oder in Banden, verüben Raubüberfälle und Diebstähle. Die Zahl der Vergewaltigungen steigt sprunghaft. Die Medien geifern seit Monaten vom verderblichen, „anarchistischen" Einfluß der „Viererbande", und rufen zur Denunziation „übler Elemente" auf. Einige Berichte deuten darauf hin, daß der Staatsapparat in manchen Vorortevierteln der großen Städte kaum mehr in der Lage ist, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Plan, „überflüssige" Jugendliche aufs Land oder in die entferntesten Provinzen Chinas zu schicken, hat nicht nur rein wirtschaftliche Gründe (Abbau der Jugendarbeitslosigkeit), sondern muß auch als Versuch der Bürokratie gewertet werden, durch massive Aussiedelung junger Menschen die Städte als Zentren des Widerstandes zu entschärfen.

Eine neue Opposition formiert sich

Vor dem Hintergrund drückend schlechter materieller Bedingungen, der Unfähigkeit der Bürokratie, der Jugend eine Perspektive zu weisen, ist das Entstehen einer neuen Opposition keine Überraschung. Das Bemerkenswerte an den allen Berichten zufolge recht schwachen und politisch diffusen oppositionellen Gruppen ist ihre von der Bürokratie völlig unabhängige Existenz. Sie stehen keinesfalls etwa in der Tradition der entmachteten „Viererbande" oder repräsentieren einen anderen Flügel der Bürokratie – im Gegenteil. Deng Hsiao-ping scheint es gelungen zu sein, den historischen Fraktionskampf in der Bürokratie, der schon wenige Jahre nach der Gründung der VR China 1949 einsetzte, zu beenden. Seine Politik, unter keinen Umständen Differenzen offen vor den Massen auszutragen oder gar einen Repräsentanten der unterlegenen Clique dem Zorn und dem Gespött der Werktätigen auszuliefern, sicherte ihm letztlich den Sieg im Fraktionskampf. Die Kritik der neuen Führung an der Kulturrevolution kleidet dieses Prinzip in eine offizielle Parteiposition. In dieselbe Kerbe schlug der Beschluß der Parteiführung, den „Kampf zweier Linien" für heute nicht mehr gelten zu lassen, und nicht mehr von der „Möglichkeit der Restauration des Kapitalismus in China" zu sprechen. Unfähig, ihre tatsächlichen Differenzen politisch auszutragen, gehörte der Vorwurf „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" zu sein, zum ständigen Arsenal der sich bekämpfenden Flügel in der Bürokratie. Die fortgesetzte Kampagne gegen die „Viererbande" richtet sich heute keinesfalls mehr gegen eine noch real existierende Strömung in der Bürokratie, sondern richtet sich voll gegen sich wehrende Arbeiter, Bauern und protestierende Jugendliche. Obwohl durch die Mißerfolge der neuen Wirtschaftspolitik sicherlich erneut Differenzen ent-

standen sind, gelingt es Deng und Hua, ihre Reihen geschlossen zu halten, und diese Einheit sogar bis in die Vergangenheit zu verlegen. Alle, restlos alle heute noch lebenden Bürokraten (mit Ausnahme der „Viererbande") die in den letzten Jahrzehnten irgendwann einmal unter die Räder der fraktionellen Auseinandersetzungen gekommen sind, wurden voll rehabilitiert. Nach der heutigen Parteigeschichtsschreibung hat es in der chinesischen Gesellschaft seit der Revolution bloß eine Handvoll bösartiger Individuen gegeben, die man glücklicherweise entlarven konnte, nie jedoch einen ganzen Flügel, eine Strömung innerhalb der Partei, die getarnt als Kommunisten das Werk des Klassenfeindes betrieben hatten und China wieder kapitalistisch machen wollten.

Die neue Opposition gliedert sich in zwei Gruppen. Zum einen in Verbindungen wie die „Gesellschaft für die Menschenrechte", die sich zum Teil sogar auf Carter beruft. Ihre tatsächliche Ideologie ist schwer einzuschätzen. Eine prominente Vertreterin, die 32jährige Fu Yuehua organisierte im letzten Jänner mit nach Peking gekommenen Bauern Protestdemonstrationen, in denen mehr Nahrung, Kleidung und die Einhaltung der Menschenrechte gefordert wurden. Sie wurde inzwischen verhaftet. Die zweite Strömung versteht sich eindeutig als linksstehend. Bekannte Vertreter sind hier Wei Jingsheng, zu 15 Jahren Haft verurteilt, Herausgeber der halblegalen Untergrundzeitung „Tansuo" („Erklärungen") und Liu Quing, Herausgeber des „Forum des 5. April".



Der „Fall" Wei Jingsheng

Wei Jingsheng wurde von der politischen Unterdrückung wohl am brutalsten getroffen, und wird in Chinas Presse nur als „räudiges Schaf", als „Abschaum der Gesellschaft" bezeichnet. Die Wut und die Hysterie der Bürokratie erklären sich aus ihrer Angst vor den politischen Kräften, die Wei heute verkörpert. In einem von Lu Lin verfaßten Artikel in der Untergrundzeitschrift „Tansuo" heißt es über den Beginn des politischen Kampfes Weis: „*Wie viele andere war er von der Idee des Kampfes gegen den Bürokratismus erfüllt und stürzte sich begeistert in die von Mao Tsetung persönlich initiierte Bewegung der Kulturrevolution hinein. Aber schon 1967 fühlten er und seine Freunde, daß sie nicht gegen den Bürokratismus rebellierten, sondern nur als Instrument im Cliquenkampf um Macht und Vorteil benutzt wurden*". Nach dieser weitreichenden Erkenntnis gründete er das „Vereinigte Aktionskomitee der Roten Garden der Hauptstadt" und begann Material gegen Jiang Quing, Maos Frau und neben Lin Biao und Chen Bo-da Hauptrepräsentant der „linken" Fraktion in der Bürokratie, Mitinitiatorin der Kulturrevolution, zu sammeln. Wie alle Jugendlichen, die Maos anti-bürokratische Sprü-



WEI JINGSHENG

che ernst nahmen, und nicht nur einen Flügel, sondern die Bürokratie insgesamt anzugreifen begannen, traf auch ihn die politische Unterdrükkung. Er wurde verhaftet, bald darauf jedoch wieder freigelassen. Wei engagierte sich in der Folge für die Probleme der Bauern, und versuchte sich theoretisch weiterzubilden. Nach verschiedenen Umsiedelungen ließ er sich schließlich in Peking nieder, wo er als Elektriker arbeitete. Sein Ansuchen, in die Partei aufgenommen zu werden, wurde mit der Begründung, er kritisiere die Parteikader zu häufig, abgelehnt. Von seinen grundsätzlichen theoretischen Positionen wissen wir leider recht wenig. Bekannt wurde, daß Wei die Demokratisierung Chinas als „5. Modernisierung" bezeichnete und davon ausging, daß ohne Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft jeder Fortschritt unmöglich sei. Am 3. April 1979 wurde er verhaftet, am 16.Oktober desselben Jahres zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage – basierend auf Standardformeln aus dem Gesetzbuch – lautete auf „konterrevolutionäre Tätigkeit" und „Verrat militärischer Geheimnisse". Das harte Urteil muß im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Vietnam gesehen werden. Offensichtlich hatte die Bürokratie Mühe, den Krieg unter den Massen populär zu machen. Bezeichnenderweise ist seit Monaten in der Beijing-Rundschau kein Sterbenswörtchen mehr über dieses Thema zu finden. Die Strömung um Wei muß die Kriegspolitik von links kritisiert haben, die Bürokratie hat in ihrer Sprache geantwortet. In seiner Verteidigungsrede vor Gericht entlarvte Wei ihren widerlichen Zynismus und stellte fest: „*Ich bin ein einfacher Mann von der Straße und meine Informationen sind allgemein zugänglich, ich besitze keinerlei offizielle Dokumente der Regierung. Die Nachrichten, über die ich schrieb, hatten keinen Einfluß auf die Situation an der Front. (...) Ich erwähnte zum Beispiel den Namen des Heerführers, der die Truppen an der Front befehligte. Wer hat jemals schon davon gehört, daß eine Seite den Krieg verlor, weil die andere Seite den Namen ihres Oberbefehlshabers wußte?* " (Intercontinental Press' Nr. 44, 1979). Im Zuge seiner Verteidigung grenzte sich Wei auch von den politischen Positionen der „Viererbande" ab.

Am 11. November versuchten Genossen Weis in Peking vor der „Mauer der Demokratie" das offizielle Protokoll der Gerichtsverhandlung zu verkaufen. Alle wurden verhaftet und die meisten befinden sich heute noch im Gefängnis.

Obwohl wir im Grunde wenig von der politischen Strömung um Wei wissen, ist die Hoffnung nicht unangebracht, daß sich aus diesen Reihen eine wirklich kommunistische, antibürokratische Organisation entwickeln könnte. Die Genossen waren eindeutig fähig, die Kulturrevolution als politisches Manöver Maos zu durchschauen, der damit unliebsame Opponenten loswerden wollte. Ohne deshalb Illusionen in den anderen Flügel der Bürokratie zu entwickeln, verstehen sich heute diese Gruppen nicht als sozial unbestimmter, „demokratischer" Widerstand, sondern als proletarische Opposition: „*Viele ausländische Journalisten verglichen uns mit den Dissidenten in der Sowjetunion, doch das ist gänzlich falsch. Die Menschenrechtsbewegung in der SU wird von privilegierten Intellektuellen unterstützt, wir in China hingegen sind einfache Arbeiter, die in der gesellschaftlichen Hirarchie ganz unten angesiedelt sind.*" So Xu Wenli, Mitherausgeber des „Forum 5. April" (Nach ‚Intercontinental Press' Nr. 44, 1979)

Hinrichtungen im Fernsehen

Da die Herren in Peking unfähig sind, den arbeitslosen Jugendlichen eine Perspektive zu weisen, können sie der wachsenden Kriminalität nur mit immer härteren Urteilen begegnen. Sie organisierten Massenversammlungen, in denen Jugendliche hingerichtet wurden. Anfang des Jahres wurde eine Hinrichtung sogar im Fernsehen übertragen. Es wäre falsch, derartige abscheuliche Spektakel einfach mit der Brutalität und dem Zynismus der verantwortlichen Bürokraten erklären zu wollen. Die Hinrichtungen – allein in den letzten Monaten waren es mehrere Dutzend – sind nur ein hilfloser Versuch, die Situation in den Städten in den Griff zu bekommen.

Schließung der „Mauer der Demokratie"

Schritt für Schritt engt die Pekinger Führung auch jene demokratischen Freiheiten ein, die sie nach dem Sturz der „Viererbande" den Massen gewährte. Im Dezember letzten Jahres beschloß die chinesische Nationalversammlung, die „Mauer der Demokratie" in Peking zu schließen. Heute müssen Wandzeitungen vor ihrer Veröffentlichung angemeldet und genehmigt werden. Viel mehr als symbolischen Wert hatte diese Einrichtung sowieso nicht. Aber selbst dieses Ventil wurde der herrschenden Kaste nun zu gefährlich. In der Begründung spricht die Nationalversammlung vom „extrem schlechten Einfluß auf die Gesellschaft" und Deng Hsiao-ping meint in diesem Zusammenhang: „In der Vergangenheit hätten Volk und Land genug gelitten, und erneute Unruhe könne China sich nicht leisten". (‚Beijing-Rundschau Nr. 2, 1980)

Ruhe und Ordnung, dies ist tatsächlich der Wunsch der krisengeschüttelten Bürokratie. Ruhe und Ordnung, das bedeutet für sie außenpolitisch die unverschämte Kollaboration mit dem Imperialismus, innenpolitisch die Unterdrückung und Erstickung jedweder Opposition. Doch zwischen dem Bedürfnis der Bürokratie und seiner Erfüllung liegen die drückenden Probleme der chinesischen Gesellschaft und die der stürmischen Entwicklung der Klassenkämpfe in Asien.

1 Jahr islamische Republik – Konsolidierung mit neuem Wirtschaftsprogramm?

Im Iran ist der erste Präsident der Islamischen Republik gewählt worden. Als eindeutiger Sieger aus diesem Rennen ist der bisherige Finanzminister Bani Sadr hervorgegangen. Dessen enge Verbundenheit mit Khomeini läßt nicht darauf schließen, daß der neue Präsident vom iranischen Weg abweichen will.

Wichtig im Zusammenhang mit der Wahl ist, daß wiederum die Kurden nicht abgestimmt haben. Der Ausschluß des Volksmudjaheddin Rajavi, der die Unterstützung der iranischen Linken, der Kurden und von Teilen der anderen nationalen Minderheiten hatte, bewegte die Führer der Kurden, Sheik Hosseini und Ghassemlou, zum Boykott der Wahlen aufzurufen.

Die Kämpfe in Kurdistan gegen die Besetzung des Gebietes durch Armee und Pasdaran (1) gehen unvermindert weiter. Bani Sadr hat dazu erklärt, daß er eine politische Lösung der Autonomiebestrebungen angehen und „keine Panzer mehr zu den aufbegehrenden Minderheiten schicken" will. Von einem Rückzug der Truppen und Pasdaran ist allerdings auch keine Rede, dafür aber vom „Beiseitelegen der Gewehre", womit sicher die Entwaffnung der kurdischen Peshmergas gemeint ist. Wenn Bani Sadr „die Einheit des Iran" proklamiert, dann scheint klar zu sein, daß er auch keine grundlegenden Zugeständnisse an die Kurden machen wird.

Im Vordergrund der neuen Politik des Präsidenten werden seine Vorstellungen von der Umgestaltung der Wirtschaft des Landes stehen. Daher erscheint es notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Entstehung der heutigen Wirtschaftsstrukturen im Iran vorzunehmen.

IRANS ABHÄNGIGKEIT

Die gesamte Industrie des Iran ist sowohl vom Erdölexport, wie auch von Importen aus hochentwickelten kapitalistischen Ländern abhängig. Die Nationalisierung der Erdölindustrie in den 50er Jahren und das gemeinsame Vorgehen der OPEC-Staaten in den 70er Jahren führten dazu, daß der iranische Staat bedeutende Einnahmen aus dem Erdölexport erzielen konnte. Dies hieß jedoch keinesfalls Unabhängigkeit, da der Absatz des Öls auf den internationalen Märkten weiterhin von den großen Erdölgesellschaften kontrolliert wird und diese den Exportmöglichkeiten des Iran empfindliche Grenzen setzen können.

Mit den Einnahmen aus der Erdölindustrie wurde durch das Schah-Regime der Aufbau einer nationalen Industrie vorangetrieben, die mit der eigenständigen Entwicklung des Landes nichts zu tun hatte. Es wurden Stahlwerke, Maschinenfabriken, Lastwagenfabriken, Elektro technische Werke gebaut, deren Produktion vor allem die Rolle, die der Iran im Rahmen der Militärstrategie des US-Imperialismus im Mittleren Osten spielen sollte, sichern mußten. Wesentlich dabei ist, daß die Anforderungen dieser Industrie in Bezug auf Technologie nur durch die imperialistischen Staaten gedeckt werden konnten, was zur Anwesenheit von tausenden ausländischen Spezialisten und Beratern im Iran führte.

Auch die Industrie, die begünstigt durch staatliche Zuwendungen und Entschädigungszahlungen für Grundbesitz in den 60er Jahren durch einheimische Kapitalisten, zum Teil in Kooperation mit ausländischem Kapital, aufgebaut wurde, orientierte sich nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern an hohen Profiterwartungen. Diese waren durch die Repressionsmaßnahmen des Staates gegen die Arbeiter, durch Steuerbegünstigungen und staatliche Unterstützungen auch gewährleistet. Die so entstandene Industrie war im internationalen Rahmen niemals konkurrenzfähig und die iranische nationale Bourgeoisie war voll und ganz vom Staat und dessen Erdöleinnahmen abhängig, d.h. letztendlich vom Imperialismus.

Ab 1970 kam als weiterer Faktor ein verstärkter Kapitalexport ausländischer Gesellschaften in den Iran dazu.

Auch die Landwirtschaft wurde nach der sogenannten „Weißen Revolution" den Bedürfnissen kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen angeglichen. Das alte Feudalsystem wurde zugunsten der Neukonstituierung von Grundbesitz auf kapitalistischer Grundlage aufgelöst. Agro-business, Plantagenwirtschaft auf der einen Seite, Parzellenbauern, die ihren Lebensunterhalt kaum noch auf dem eigenen Feld erarbeiten konnten und Landflucht auf der anderen Seite, waren die Folge. Die iranische Wirtschaft befand sich zum Zeitpunkt des Umsturzes in einem Zustand, daß sie ohne Import von Rohmaterialien, Ersatzteilen, Nahrungsmitteln und Technologie nicht existenzfähig war. Dieser Zustand ist auch heute, ein Jahr später, nicht behoben.

Sowohl ausländische Spezialisten als auch die völlig mit dem Staat verknüpfte Kompradoren-Bourgeoisie haben zusammen mit dem Schah das Land verlassen. Zurück blieben die Teile der Bourgeoisie, deren Verknüpfung mit dem Schah-Regime nicht so eng gewesen war und die sich nun durch das Wegfallen der Konkurrenz verbesserte Entwicklungsmöglichkeiten versprachen. Diese Teile der Bourgeoisie haben und hatten selbstverständlich kein Interesse daran, sich vom Weltmarkt abzuschließen. Aufgrund der vollständigen Abhängigkeit der iranischen Wirtschaft ist eine profitable Produktion weiterhin nur durch offene Austauschbeziehungen möglich.

Bani Sadrs Konzepte stehen diesen Interessen nicht diametral gegenüber. Seine Vorstellungen sind die eines „islamischen Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus" bei Beibehaltung des Privateigentums, das ja in der Verfassung verankert ist.

Dieser Weg soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Verstaatlichung der Großindustrie
- Aufbau einer Industrie, die die Abhängigkeit von Rohstoff- und Ersatzteilimporten beheben soll
- Förderung der Landwirtschaft
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation
- verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa und Japan

Grundsätzlich muß gesagt werden, daß es einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht geben kann. Die Anerkennung des Privateigentums und freier Kapitalakkumulation bedeuten die Aufrechterhaltung kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen, egal mit welcher sozialen Schminke sie versehen werden sollen.

Nun zu den einzelnen Maßnahmen:
Die Verstaatlichung der Großindustrie ist vollzogen bzw. brauchte gar nicht durchgeführt werden, da die meisten Fabriken schon unter dem Schah-Regime staatlich waren. Die restlichen Nationalisierungen betrafen vor allem Betriebe, deren Besitzer, wie oben beschrieben, eng mit dem alten Regime verknüpft waren und daher geflohen sind. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß die Bazargan-Regierung schon ca. 5 Milliarden DM angeboten hatte, um Teile dieser Kapitalisten wieder ins Land zurückzuholen.

Doch was nützen die Nationalisierungen, wenn sie nicht eingebettet sind in einen gesamtgesellschaftlichen Plan zur Neuorganisierung der Wirtschaft?

Die Kapazitätsauslastung dieser Betriebe liegt heute bei 30%, da Rohstoffe und Ersatzteile fehlen.

Dieser Mangel soll nun durch den Aufbau einer importersetzenden Industrie behoben werden. Woher soll aber die Technologie zur Produktion dieser Güter plötzlich kommen? Die Industrie soll nach privatkapitalistischen Prinzipien aufgebaut werden. Auf einer Messe in Teheran wurden Kapitalisten gesucht, die an der Produktion der notwendigen Ersatzteile interessiert sind. Um nur halbwegs profitabel zu sein, ist diese Industrie auf den Import von Technologie und auf die schärfste Ausbeutung der Arbeiter angewiesen. Die Abhängigkeit verschiebt sich dadurch nur, aber die Bourgeoisie wird mit Abwehrmaßnahmen der Arbeiter konfrontiert sein, denen nur durch massive Repression begegnet werden kann. Soll das die neue/alte Perspektive für die iranische Gesellschaft sein?

Die Förderung der Landwirtschaft, die eine Selbstversorgung des Landes gewährleisten könnte, ist nur durch eine radikale Landreform möglich. Dabei kann es keinesfalls nur um die Aufteilung staatlicher Güter gehen, wie ein neues Landwirtschaftsgesetz es vorsieht, denn die fruchtbarsten Länderein befinden sich im Besitz in- und ausländischer Grundbesitzer und Gesellschaften. Die Nationalisierung des Bodens und die geplante Verteilung und Bewirtschaftung durch Bauern und Landarbeiter wird aber auf massiven Widerstand der Grundbesitzer stoßen, denen in der Verfassung Privateigentum garantiert ist.

Außer der Zurückschickung des städtischen Subproletariats auf das Land und dessen Beschäftigung in der Landwirtschaft (wobei nach dem



Demonstration iranischer Arbeitsloser

oben gesagten nicht klar ist, wie sie dort beschäftigt werden sollen) hat Bani Sadr noch keine konkreten Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Inflation genannt. Doch läßt sein restliches Konzept keinerlei Schlußfolgerungen zu, daß er diese Krisenerscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft ernsthaft angehen könnte.

Als letzte Trumpfkarte erscheint dann die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa und Japan. Das scheint die zentrale Aussage in Bani Sadrs Wirtschaftskonzept zu sein. In der Tat wurden bisher weder japanische noch europäische Firmen im Iran enteignet, obwohl Japan den höchsten Anteil am Kapitalexport der letzten Jahre hat.

Die Perspektive dieser Zusammenarbeit hat bereits auf dem Höhepunkt des ‚Geiselkonflikts' die europäischen Regierungen und auch Japan zur Zurückhaltung gegenüber der Aggressionspolitik der USA bewegt.

Doch die Abwendung von den „Supermächten", wie USA und UdSSR genannt werden, und die Hinwendung zu anderen imperialistischen Staaten wird mit Sicherheit die Abhängigkeit des Iran nicht grundsätzlich verändern. In diesem Zusammenhang sei nochmals an die Versuche der Mossadegh-Regierung 1951 erinnert, den englischen Imperialismus mit Unterstützung des US-Imperialismus aus dem Land zu drängen. Die Folge war alles andere als nationale Unabhängigkeit.

Diese Unabhängigkeit ist ohne weitgehende Abschließung des nationalen Marktes vom Imperialismus nicht möglich. Solange die Freiheit des Handels und des Kapitalverkehrs nicht unter staatlicher Kontrolle steht, imperialistisches Kapital weder völlig enteignet, noch am Eindringen gehindert wird, sind alle Unabhängigkeitsträume Illusionen. Die iranische Gesellschaft ist weiterhin von den Gesetzen des Weltmarktes unmittelbar abhängig und diese Gesetze werden von den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern bestimmt. Der Neuorientierung der iranischen Wirtschaft und dem Problem der Abhängigkeit ist nur mit einer völligen Umgestaltung beizukommen, sie kann nur durch Aufstellung eines gesamtgesellschaftlichen Plans erfolgen. Erst im Rahmen dieses Plans kann die Nationalisierung der Industrie und der Aufbau neuer Industrien frei von Profitinteressen die Entstehung einer neuen Wirtschaftsordnung garantieren. Und auch erst in diesem Rahmen kann die Abhängigkeit von den Ölexporten gemildert und schließlich beseitigt werden, durch die sich die Weltmarktabhängigkeit immer noch am deutlichsten vermittelt.

Aber diese Pläne stehen den Interessen der nationalen Bourgeoisie und des Grundbesitzes diametral gegenüber. Solche Maßnahmen können nur von den Klassen getragen werden, deren Lebenssituation sich dadurch bessern würde, den Arbeitern, Bauern und Teilen des Kleinbürgertums.

Deren Vorstellungen vom anti-imperialistischen Kampf und der Entwicklung des Landes kamen schon in den Kämpfen zum Sturz des Schah-Regimes zum Ausdruck. Überall im Land entstanden Fabrikkomitees, die die Kontrolle über die Produktion und die Verteilung verlangten und teilweise auch organisierten. Resolutionen aus den Fabriken forderten die Kontrolle der Produktion durch die Beschäftigten, die freie Organisierung in Gewerkschaften und Fabrikkomitees, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, die Wiedereinstellung aller Entlassenen. Wie weit diese Vorstellungen von Selbstorganisation schon fortgeschritten sind, beweist das Zusammentreffen von Arbeitern aus 7 Automobilmontagewerken, die darüber beraten haben, wie anstelle der Luxusschlitten, die sie bisher produzierten, ein einfacher Wagen für die Bevölkerung gebaut werden kann.

Auf dem Land, vor allem in Turkmenistan und Süd-Kurdistan, entstanden Bauernräte, die Ländereien besetzten und unter eigener Kontrolle bewirtschafteten.

Die anti-imperialistischen Massenmobilisierungen anläßlich der Botschaftsbesetzung haben diesen Bewegungen wieder Auftrieb gegeben. Gerade in der verstaatlichten Industrie verstärken sich die Tendenzen zur Neubildung von Arbeiterräten. Bani Sadr versucht, diesen Räten die Spitze zu nehmen durch das Angebot eines Mitbestimmungsmodells, bei dem die Arbeiterkomitees Mitspracherecht in der ansonsten von Arbeiterräten unabhängigen Geschäftsführung haben sollen.

Streiks und Gewerkschaften sollen aber weiterhin verboten bleiben.

Sind diese Pläne gar schon das Resultat der verstärkten Beziehungen zu Europa, sprich zur europäischen Sozialdemokratie?

Bani Sadrs Vorstellungen von der Umgestaltung der iranischen Wirtschaft werden die Probleme des Landes sicher nicht lösen. Als Vertreter des Kleinbürgertums mit Unterstützung der nationalen Bourgeoisie wird er deren Interessen im großen und ganzen wahren und gegen die Selbsttätigkeit der Arbeiter und Bauern vorgehen. Seine Bemühungen zur Beendigung der Botschaftsbesetzung dienen der Abwendung eines drohenden Wirtschaftsboykotts und der Verbesserung der Verhandlungsmöglichkeiten mit dem europäischen und japanischen Imperialismus.

Dennoch wird dadurch die militärische Bedrohung des Landes noch nicht behoben sein. Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan ist für die USA die Sicherung der Ölquellen und ihre Präsenz im Mittleren Osten noch dringlicher geworden.

Darüberhinaus besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die stärker werdenden Kämpfe der Arbeiter in den Fabriken um Produktionskontrolle, die Kämpfe der Bauern und der Landarbeiter in Turkmenistan und Kurdistan, die Bourgeoisie und den Grundbesitz wieder offen in die Arme des Imperialismus treiben, der ihre Entwicklungsmöglichkeiten zwar hemmt, aber ihre Existenz als Klasse sichert.

Im Iran gibt es, wie in allen Ländern der sogenannten ‚dritten Welt', keinen langfristigen „demokratischen dritten Weg". Entweder bleibt die Wirtschaft weiterhin unter imperialistischer Dominanz oder die Unabhängigkeit des Landes wird durch sozialistische Maßnahmen angestrebt. Sozialistische Maßnahmen, d.h. die nationale Koordinierung der Arbeiter- und Bauernräte, die Ausarbeitung eines gesamtgesellschaftlichen Planes, die aktive Leitung der Wirtschaft, die Errichtung eines Außenhandelsmonopols gegenüber dem Imperialismus, die Ausübung sämtlicher staatlicher Funktionen durch die Räte und die Aufstellung bewaffneter Einheiten, das wird keine „islamische Regierung" jemals durchsetzen können und wollen.

Nur durch eine Arbeiter- und Bauernregierung können im Iran die ersten Schritte zur Lösung aus der Umklammerung durch den Imperialismus gegangen werden!

18. 2. 1980

Fortsetzung von Seite 1
AFGHANISTAN...

Zeitpunkt gelang es der Zentralregierung in Pakistan und in Afghanistan,den Widerstand der Nationalitäten zu brechen, was eine Voraussetzung zur Bildung eines einheitlichen Staatsgefüges wäre. Besonders bei den Paschtunen und den Belutschen hat der Kampf für die nationale Selbstbestimmung eine ebenso lange Tradition, wie die Bewaffnung der Bevölkerung.

Afghanistan blieb durch diese gesellschaftlichen Strukturen ein extrem rückständiges Land. Rund ein Viertel der Bevölkerung ist erwerbstätig, der Großteil der Menschen lebt im landwirtschaftlichen Bereich, wobei zu beachten ist, daß nur ca. 5% der gesamten Fläche landwirtschaftlich genutzt ist (in den Oasen der Flußtäler). In dem Land, in dem, wenn man die unterschiedlichen Angaben berücksichtigt, sicherlich dreiviertel der Bevölkerung Analphabeten sind, gibt es kein Eisenbahnnetz und kein ausgebautes Straßennetz.

Ausdruck dieser extrem rückständigen gesellschaftlichen Struktur ist die Nichtexistenz einer großen Industrie. In Mittel- und Kleinbetrieben (Textilproduktion) sind einige zehntausend Arbeiter beschäftigt, die über keinerlei gewerkschaftliche Tradition verfügen.

Die gesellschaftlichen Strukturen der Nationalitäten

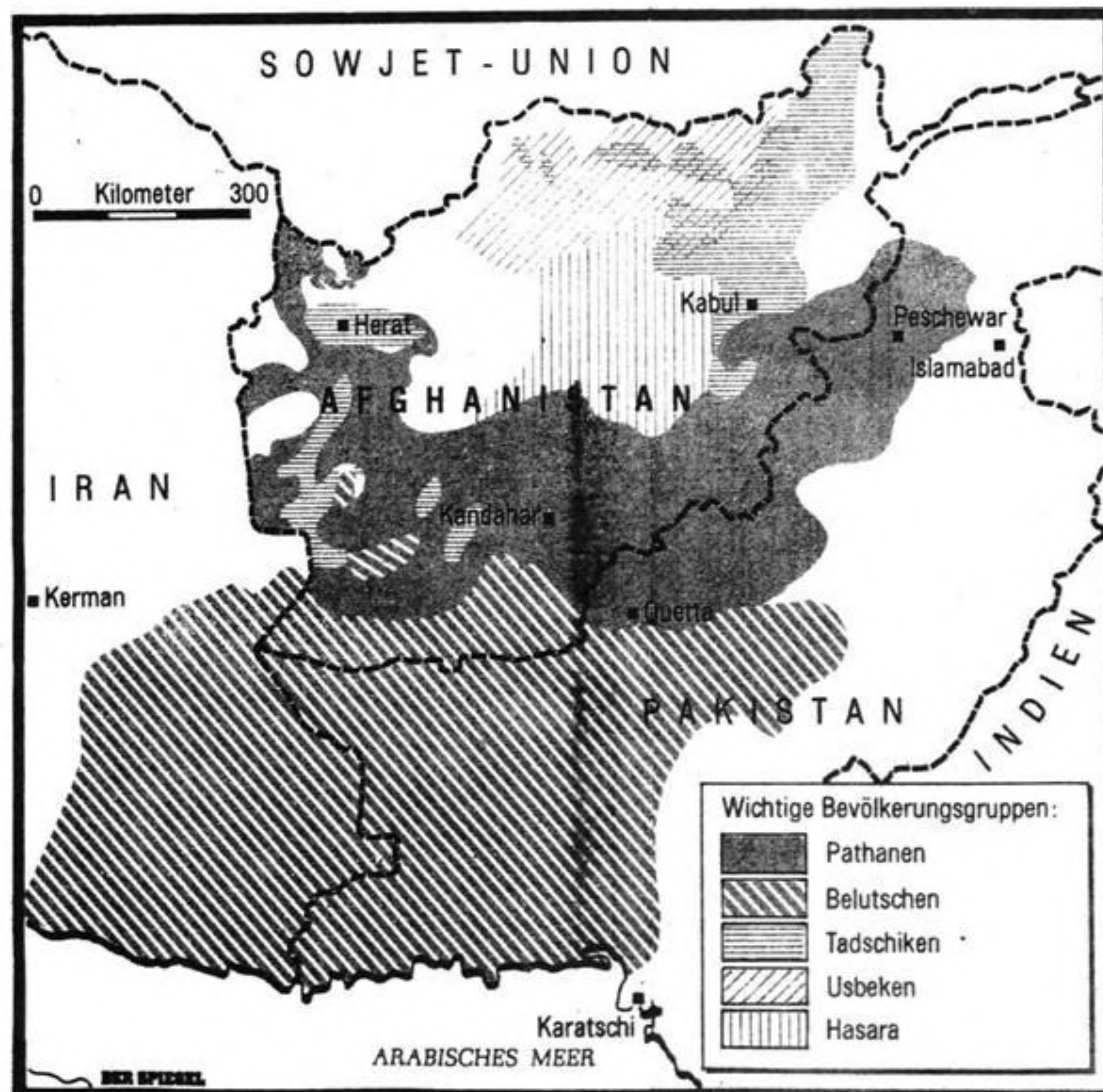
Die Machtverhältnisse innerhalb der verschiedenen Nationalitäten entsprechen nicht den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen, wie sie etwa im Iran überwogen. Anders als im Iran ist der Besitzer von Grund und Boden (wobei angemerkt werden soll, daß Großgrundbesitz in Afghanistan die Ausmaße eines europäischen Mittelbauern nicht überschreitet) nicht der in der Stadt lebende, reiche Ausbeuter, der durch die konkrete Äußerung des Ausbeutungsverhältnisses von den Pächtern und den kleinen Bauern schnell als solcher begriffen wird. Die vollständig erhalten gebliebenen Stammes- und Dorfstrukturen bedeuten, daß die herrschende Schichte – oft Mullah, Basar-Händler und Grundbesitzer in einer Person – eng mit den unterdrückten und ausgebeuteten Schichten verbunden blieb. Die herrschende Schicht (Khan oder Malik genannt) vertritt die Interessen des Dorfes und Stammes gegen die Zentralregierung, verleiht Geld und verpachtet den Grund und Boden. Das bezeichnende an diesem Ausbeutungsverhältnis ist jedoch, daß der Grundbesitzer und Basar-Händler verpflichtet ist, Geld zu verleihen, Schulden zu stunden usw. Die erhalten gebliebenen Traditionen bedeuten, daß ein sehr enges Verhältnis zwischen Pächter, Halbnomaden und den Besitzenden besteht, denn letztere sind nicht nur Ausbeuter sondern sie sichern sich die Loyalität der Ausgebeuteten durch eine ‚Schutzfunktion', indem sie bestimmte gesellschaftliche Pflichten erfüllen (müssen).

Das vor allem im Dorf selbst umverteilte Ernteergebnis, die Abgeschlossenheit gegenüber der Zentralregierung (kein zentrales Steuersystem), verschleiert das Ausbeutungsverhältnis und ließ bzw. läßt die herrschende Schicht als ‚Schutz' der Ausgebeuteten und Unterdrückten erscheinen. Folgerichtig ist auch nichts über Aufstände bekannt, die eine Klassenpolarisierung innerhalb der verschiedenen Nationalitäten anzeigen würden.

Die zentrale Frage der gesellschaftlichen Emanzipation in dieser Region liegt damit auf der Hand. Wie kann die Klassenpolarisierung vorangetrieben werden? Wie können die alten, verfestigten Strukturen (die ja nicht nur bedeutungslose Überlieferungen sind) aufgebrochen werden, um zu erreichen, daß der Nomade, der verschuldete Pächter in Belutschistan und den anderen Nationen in dieser Region seinen wirklichen Feind erkennen und entsprechend handeln kann?

Die nationale Selbstbestimmung – der Schlüssel zur sozialen Frage!

Wenn davon ausgegangen wird, daß die Weiterentwicklung der Gesellschaft nicht von ‚oben' (etwa durch ‚fortschrittliche' Militärdiktaturen) diktiert werden kann, sondern nur Resultat eines ‚inneren', tief verwurzelten Prozesses sein kann, dann muß folgerichtig die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die bestehenden Staatsgrenzen ein Hindernis für die Entwicklung der Nationalitäten in dieser Region sind. Durch die Aufsplitterung der Nationen auf verschiedene Staaten, durch den Kampf gegen die Zentralregierungen wurden die reaktionären Strukturen verfestigt und konnten eine Funktion erfüllen, die ihre starke Widerstandskraft erklärt.



Solange diese, vom Imperialismus geschaffene Situation aufrechterhalten bleibt, scheint nicht nur in Afghanistan eine gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Sozialismus ausgeschlossen zu sein (dieses Problem betrifft schließlich auch ganz massiv die Kurden). Revolutionäre Politik in dieser Region bedeutet also, für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen in dieser Region einzutreten. Das bedeutet dafür zu kämpfen, daß die vom Imperialismus geschaffenen, nicht den gesellschaftlichen Realitäten entsprechenden Staatsgebilde zerstört werden.

Doch die Frage der nationalen Selbstbestimmung wird von den Revolutionären nicht abstrakt und ohne sozialen Inhalt aufgestellt. Der Kampf für ein unabhängiges Belutschistan (als Beispiel) würde eine Dynamik der Klassenpolarisierung auslösen und die Frage in den Mittelpunkt stellen, wer in diesem unabhängigen Belutschistan die Staatsmacht ausüben würde. Revolutionäre Politik kann nicht bedeuten, die Frage des Sozialismus in der Form eines Ultimatums zu stellen. So gesehen, würde der gesellschaftliche Fortschritt auch dann zum Ausdruck kommen und wirksam werden, wenn diese neugebildeten Staaten nicht bewußt als sozialistische Staaten gebildet würden (was auch nicht anzunehmen wäre). Es ist schwer vorstellbar, genauer gesagt unmöglich, daß eine die ganze Region betreffende gesellschaftliche Entwicklung zur nationalen Selbstbestimmung ohne eine Klassenpolarisierung vor sich geht. Die Folge eines solchen Kampfes würde nicht die Existenz von neuen, stabilen bürgerlichen Regimes sein (wir sprechen damit natürlich auch keiner ‚notwendigen Etappe' der bürgerlichen Herrschaft, der kapitalistischen Entwicklung das Wort). Die armen Bauern, die verschuldeten Pächter, die Arbeiter der neuen Staatsgebilde würden schnell die Früchte ihres Kampfes fordern und dabei frontal mit den Interessen der Mullahs, Grundbesitzer und Basar-Händler zusammenstoßen, die nun nicht mehr als ‚Schutz' gegen eine Zentralregierung, sondern als die eigentliche Staatsmacht aufscheinen würden.

Die Frage der nationalen Selbstbestimmung erscheint damit als die einzige Möglichkeit, die reaktionären Strukturen aufzubrechen. Diese Frage wird von uns natürlich nicht als eine von ‚oben' verordnete Maßnahme verstanden, sondern als ein dynamischer Prozeß, der die Möglich[illegible]affen soll, der Notwendigkeit einer unabhängigen Politik der Unterdrückten und Ausgebeuteten die notwendige Grundlage zu geben!

Die „April-Revolution" und die „Demokratische Volkspartei"

1973 wurde die Ära der Monarchien in Afghanistan (auch sie hatten nie viel mehr als die Städte und die wenigen Straßen beherrscht) durch einen Putsch in Kabul beendet und die Republik ausgerufen. Mohammed Daoud, der Präsident dieser Republik, versuchte in den folgenden Jahren einen außenpolitischen Kurs der „Blockfreiheit" zu verfolgen. Die finanzielle Unterstützung der afghanischen Zentralregierungen durch die Sowjetunion (militärische Ausbildung, Stipendien, Wirtschaftshilfe) konnte allerdings bei den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen keine positiven Auswirkungen für die industrielle Entwicklung des Landes haben. Durch die Ausbildung der Polizei, des Armeekaders und durch das Studium von tausenden Studenten in der UdSSR, wurde innerhalb des städtischen Kleinbürgertums und der Intellektuellen der Wille zu einer Veränderung der Gesellschaft gefördert, wobei natürlich auch das politische Verständnis stark von der Sowjetunion geprägt wurde.

Der Versuch Daouds, sein Regime vom weitgehenden Einfluß der Sowjetunion zu lösen, mußte erfolglos verlaufen, denn gerade jene gesellschaftliche Schicht auf die er sich stützen konnte, hatte daran kein Interesse. Eine stärkere Bindung Afghanistans an das Schah-Regime und an Indien, der Versuch, von den arabischen Öl-Staaten massive Wirtschaftshilfe zu bekommen, die Reduzierung der sowjetischen Berater und ihre Ersetzung durch Inder – all diese Maßnahmen stießen auf einen Widerstand auch innerhalb Afghanistans. Der im April 1978 erfolgte Sturz des Regimes kann nicht allein auf die außenpolitischen Interessen der Sowjetbürokratie zurückgeführt werden (was nicht heißen soll, daß die Sowjetunion kein Interesse daran hatte). Gegen die Repression des Daoud-Regimes kam es gerade im April 1978 zu Massendemonstrationen, deren Anlaß die Ermordung eines Gewerkschaftsführers und Gründungsmitgliedes der ‚Demokratischen Volkspartei' war. Mohammed Daoud hatte keinerlei Unterstützung außer durch kleinere Einheiten der Armee, die aber rasch niedergekämpft wurden. Die Militärführung übergab die Macht in Kabul (mit der Ausnahme von drei Ministerien) an die aus dem Gefängnis befreite Führung der ‚Demokratischen Volkspartei'.

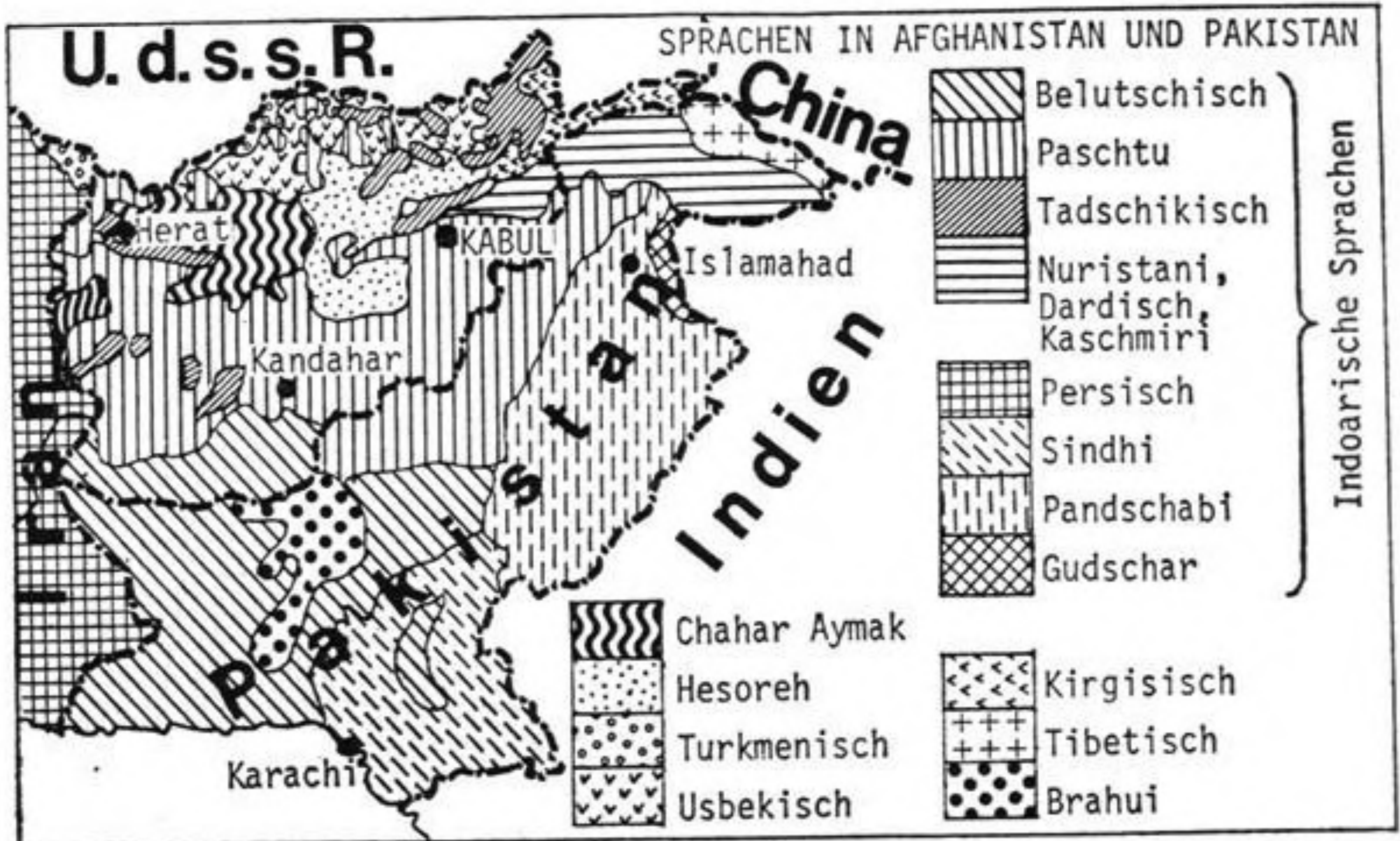
Diese Partei wurde 1965 gegründet und wies niemals mehr als einige zehntausend Mitglieder auf (vor allem in den Städten). Ihre soziale Zusammensetzung war vom Kleinbürgertum dominiert (Lehrer, Offiziere, Beamte, Schüler, Studenten und Intellektuelle). Bald nach der Gründung der Partei bildeten sich zwei Fraktionen – „Khalq" („Volk") und „Parscham"



(„Fahne"). Die politischen Differenzen zwischen diesen beiden Fraktionen sind schwer zu behandeln, da es darüber kaum wirklich brauchbare Berichte und Analysen gibt. Tatsache ist jedoch, daß die unter anderem vom jetzigen Präsidenten Karmal geführte „Parcham"-Fraktion ursprünglich an der Regierung Daoud teilnahm, was von der „Khalq"-Fraktion abgelehnt wurde.

Aus den spärlich vorhandenen und zum Teil widersprüchlichen Berichten über die ‚Demokratische Volkspartei' kann geschlossen werden, daß die „Parcham"-Fraktion offensichtlich vor allem den Einfluß der Sowjetunion repräsentierte, während „Khalq" (geführt von Taraki und Amin) den Faktor des „nationaldemokratischen Weges" stärker betonte. Dieser Schluß wird auch durch die der „April-Revolution" folgende Entwicklung einigermaßen bestätigt.

Das neue Regime unter Taraki (der als „Vater des Volkes" aufgebaut wurde), versuchte eine Reihe von fortschrittlichen Maßnahmen durchzuführen. Neben der Abschaffung des Brautgeldes und der Kinderehen sei der Wille des Regimes erwähnt, die Unterdrückung der Frau aufzuheben, den gleichgeschlechtlichen Schulunterricht einzuführen usw. Kernstück der gesellschaftlichen Reformprojekte war aber die Landreform. Durch sie sollten die verfestigten Strukturen in den Dörfern aufgebrochen werden und der Kampf der unterdrückten und ausgebeuteten Schichten des Dorfes gegen die herrschende Oberschicht einen entscheidenden Impuls erhalten.



„Festgesetzt wurde, daß keine Familie mehr als 6Hektar Land besitzen oder pachten sollte. Jede Familie mit mehr als 6 Hektar Grundbesitz hatte den zusätzlichen Grundbesitz entschädigungslos dem Staat zu überlassen. Auf das zur Verteilung kommende Land hatten mehrere Kategorien von Bauern, Landarbeitern und Nomaden ein abgestuftes Anrecht. Pro Familie sollte entsprechend der Bodenqualität 1–10 Hektar verteilt werden. Gleichzeitig gab es den Plan für ein Starthilfeprogramm, das den Erwerb der nötigen zusätzlichen Produktionsmittel sichern sollte. Dieses Starthilfeprogramm wurde jedoch aus Mangel an Mitteln und aufgrund fehlender Verwaltungskapazitäten nicht realisiert." ('Die Tageszeitung', 23.1.80)

Der Versuch die Landreform durchzusetzen dauerte ein halbes Jahr (Dezember 1978–Juli 1979) und in dieser Zeit wuchs der Widerstand gegen die Zentralregierung ständig an, wobei das Bemerkenswerteste an dieser Entwicklung die Tatsache ist, daß eine geschlossene Front von Besitzenden und Besitzlosen gegen die Landreform stand. Der Grund dafür war die Aussichtslosigkeit der Bemühungen, durch Verordnungen und Gesetze die dörflichen Strukturen aufbrechen zu wollen. Ohne die Mittel für ergänzende und begleitende Maßnahmen zu haben, mußte die Zentralregierung scheitern.

Der Pächter verzichtete auf sein ‚Recht', weil mit diesem auch die ‚Schutzfunktion' der dörflichen Oberschichte weggefallen wäre. Und was sollte er mit dem Boden anfangen, wenn er im Basar keinen Kredit und keine Mittel für die landwirtschaftliche Produktion bekommen würde? Der Versuch der ‚Demokratischen Volkspartei' die afghanische Gesellschaft zu verändern, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Zum ersten hatte die Zentralregierung nicht die Mittel, um die reale Funktion und Bedeutund der dörflichen Oberschicht aufzuheben (der Pächter hatte zwar eigenes Land, aber kein Saatgut und keine Lebensmittel für den Winter bekommen) und zum zweiten war die Führung der 'Demokratischen Volkspartei' der stalinistischen Politik verhaftet. Dies äußerte sich nicht allein im sturen Wiederholen der bekannten Formeln („Anerkennung des Privateigentums", „demokratische nationale Revolution" usw.), sondern auch in einer Politik, die die nationale Selbstbestimmung nicht als Möglichkeit versteht, die gesellschaftlichen Strukturen aufzubrechen. Eine Politik, die fast ausschließlich durch Verordnungen und Gesetze abgesichert werden soll und gegen die sich auch jene stellen, die eigentlich begeistert zustimmen müßten, hat mit unerbitterlicher Konsequenz den staatlichen Terror zur Folge.

Gegen die immer stärker werdenden Angriffe gegen Lehrer und Regierungsbeamte, die die Reformen in die Praxis umsetzen sollten, wurde mehr und mehr der Militärapparat der Zentralregierung eingesetzt.

Eine Dynamik des Terrors setzte ein und in deren Entwicklung wurde die Zentralregierung der ‚Demokratischen Volkspartei' immer isolierter. Der enge Zusammenhang zwischen der Zentralregierung und den sowjetischen Beratern (lange vor der Intervention schon einige Tausend) erleichterte es der herrschenden reaktionären Schichte, den Faktor des „nationalen Widerstandes" gegen eine „Fremdherrschaft" zu festigen.

Das Regime der ‚Demokratischen Volkspartei' mußte scheitern, da es ihm nicht gelingen konnte, die entscheidende Frage kommunistischer Politik in dieser Region anzugehen. Zu keinem Zeitpunkt begriffen die Herrschenden in Kabul, daß die nationale Selbstbestimmung der Schlüssel zur sozialen Frage ist. In den politischen Methoden des Stalinismus stehend, konnte dieses Regime keine Politik durchsetzen, die die Klassenpolarisierung (und damit den Klassenkampf) innerhalb der Nationalitäten vorantreibt. So blieb seine einzige Stütze der schwache ‚Staatsapparat' in Kabul, die Armee und eine kleine Schichte von Arbeitern und Intellektuellen.

Dieses Regime war ein dramatisches Beispiel dafür, daß gesellschaftliche Strukturen weder durch Gesetze und Verordnungen (auch wenn sie an sich fortschrittlich sind), noch durch Panzer und Gewehre zerstört werden können. Aber dieses ‚eiserne Gesetz' der Geschichte haben die Stalinisten noch nie begriffen!

Von Taraki über Amin zu Karmal

Bald nach der ‚April-Revolution' setzten innerhalb der ‚Demokratischen Volkspartei' Auseinandersetzungen ein, wobei weder ganz klar ist, ob dabei die personellen Grenzen der beiden Fraktionen aufrecht blieben, noch welche genauen Inhalte zu den Kontroversen führten. Dennoch dürfte es ziemlich klar sein, daß vor allem zwei zentrale Punkte im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen (die auch mit den 'Argumenten' der Pistolen geführt wurden) standen: Zum ersten das Verhältnis zu den Nationalitäten und damit zusammenhängend zum zweiten, die Beziehungen zur UdSSR, d.h. das Problem, wie die Zentralregierung als „nationales Regime" verankert werden könne.

Es waren vor allem Mitglieder der „Parcham"-Fraktion, die entweder ins Gefängnis geworfen (zum Teil zum Tode verurteilt), oder in Staaten des „realen Sozialismus" als Botschafter abgeschoben wurden (Karmal in die CSSR). Inwieweit durch diesen Putsch innerhalb der ‚Demokratischen Volkspartei', der Versuch der Taraki/Amin-Fraktion deutlich wurde, eine Politik der relativen Unabhängigkeit von der UdSSR einzuschlagen (als Voraussetzung eines glaubwürdigeren „nationalen Weges"), kann kaum eindeutig gesagt werden. Die militärischen Einsätze gegen die Nationalitäten gehörten zu jeder Zeit zu den Kennzeichen des Regimes, egal ob unter Taraki (der offensichtlich nach einiger Zeit nur mehr als ‚Vaterfigur' geduldet

wurde) oder unter Amin (die jetzige Regierung Karmal entscheidet wohl kaum selbständig über den Einsatz des Militärs).

Es scheint ziemlich oberflächlich zu sein, das aktive Eingreifen der UdSSR gegen Amin allein dessen „terroristischen Methoden" zuzuschreiben. Die ständig zunehmende Isolierung der Zentralregierung hatte nichts mit der Person Amins zu tun, sondern mit der Unfähigkeit der Partei, eine der gesellschaftlichen Situation entsprechende revolutionäre Politik zu formulieren. Es war die Politik der ‚Demokratischen Volkspartei', die die Dynamik der militärischen Aktionen auslöste und steigerte.

Die Isolierung des Regimes und die Unmöglichkeit, aus dieser Situation ohne grundlegende Änderungen der Politik herauszukommen, dürften Amin dazu gebracht haben, über Pakistan (nach verschiedenen Berichten war für Ende Dezember ein Treffen mit dem pakistanischen Außenminister vorgesehen) Kontakte zu den reaktionären Führern der Nationalitäten und zu den USA herzustellen. Dieser Veränderung des politischen Kurses – die zu einer ‚Lösung' (einer reaktionären natürlich) der Situation hätte führen können – versuchte die UdSSR zuerst mit der Entmachtung Amins durch Taraki (zu diesem Zweck gab es im September des letzten Jahres ein Treffen zwischen Karmal und Taraki in Moskau) zu begegnen. Das ‚berühmte' Massaker am 14. September, während einer Sitzung des Zentralkomitees der Partei (56 Tote) endete allerdings mit einem ‚Sieg' Amins, der zumindest an diesem Tag die besseren Pistolenschützen um sich hatte. Nichtsdestoweniger begann er damit aber auch die Unterstützung der Armee zu verlieren (ein weiteres Indiz dafür, daß er einen von der Sowjetunion unabhängigeren Kurs anzustreben begann).

Das Regime der ‚Demokratischen Volkspartei' war Ende des letzten Jahres nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die militärische Zerschlagung durch die bewaffneten Einheiten der Nationalitäten stand ebenso auf der Tagesordnung, wie der ‚Kompromiß' mit der Reaktion (d.h. Zurücknahme aller Reform-Gesetze, Herstellung des alten Zustandes, Lösung von der UdSSR). Die dritte Möglichkeit war allerdings die Sicherung dieses isolierten Regimes durch die Truppen der Roten Armee...

Die militärische Intervention der UdSSR

Die Isoliertheit des Regimes in Kabul und die Gefahr des Verlustes eines „zuverlässigen Verbündeten" war ohne Zweifel ein Grund für die militärische Intervention der Roten Armee. Die Fiktion einer „national-demokratischen Revolution" konnte nicht mehr aufrechterhalten werden.

Doch diese Intervention muß auch (und vor allem) im internationalen Zusammenhang gesehen werden. Lange bevor die Einheiten der Roten Armee die Grenzen Afghanistans überschritten hatten, zeichnete sich eine Änderung der Außenpolitik des US-Imperialismus ab. Mit dem Sturz des Schah-Regimes wurde die Instabilität des Nahen und Mittleren Ostens und der Region um Afghanistan und Pakistan deutlich. Die nationalistische Massenbewegung, die unter dem Zeichen des ‚wahren Islam' auch soziale Veränderungen zum Ziele hat (für die unterdrückten Massen liegt gerade auf dieser Ebene der Grund ihres Kampfes und nicht bei einer mystischen Sehnsucht nach dem ‚islamischen Staat'), richtete sich auch gegen die nationalen, vom US-Imperialismus abhängigen Regimes. Nach einer kurzen Phase der Orientierungslosigkeit, begann der US-Imperialismus mit einer massiven Offensive gegen diese Entwicklung, deren Ziel die Stabilisierung der Situation, d.h. die Stärkung der reaktionären Regimes ist. Kernpunkte dieser Offensive sind die verstärkte Aufrüstung der NATO, die verstärkte direkte militärische Präsenz von US-Truppen im Nahen Osten (Stützpunkte in Oman, Ägypten und Kenia), wie auch die massive militärische Aufrüstung von Pakistan und der Türkei.

Es ist unseres Erachtens notwendig zu beachten, daß diese Offensive lange vor der militärischen Intervention der Roten Armee begann und sie richtete sich natürlich auch gegen die Sowjetunion bzw. gegen das „Gleichgewicht der beiden Blöcke". Die Sowjetbürokratie, deren weltpolitisches Denken und Handeln nicht von den Interessen der sozialistischen Weltrevolution ausgeht und geleitet wird, sondern von eben diesem „Gleichgewicht der Blöcke", sah genau durch die imperialistische Offensive das „Gleichgewicht" in Gefahr.

Der Einmarsch in Afghanistan war keineswegs der Versuch, den sozialen Fortschritt zu unterstützen bzw. zu verteidigen. Er erfolgte vor allem unter diesen außenpolitischen Interessen der Sowjetbürokratie, die damit der Stabilisierung der Region, d.h. einer proimperialistischen ‚Lösung' zuvorkommen wollte, denn unter den konkreten Umständen hätte der Fall des Regimes in Kabul zu einem Sieg der islamischen Reaktion geführt.

Mit der militärischen Intervention konnte dieser Sieg zwar verhindert werden, aber der Preis dafür war die Einigung aller bewaffneten Organisationen der Nationalitäten (und ihre Vergrößerung), die absolut nicht die gleichen politischen Ziele hatten (es gibt Gruppen, die vom linken bis zum äußersten rechten Teil des Islams reichen), unter der Losung ‚Sowjets raus' und die Festigung der reaktionären Einheit zwischen Unterdrückten und Unterdrückern. Vom sozialen Fortschritt, von einem Aufbrechen der verfestigten gesellschaftlichen Strukturen kann unter den heutigen Bedingungen nicht die Rede sein!

***

Im zweiten Teil des Artikels (er erscheint in der nächsten Ausgabe der ‚permanenten revolution') werden wir auf die Entwicklung in Afghanistan nach dem Einmarsch der Roten Armee, sowie auf die internationale Entwicklung eingehen.

Veranstaltung: Afghanistan und die Folgen!

Donnerstag, 6. März 1980, 19.30 Uhr

Universität, Neues Institutsgebäude, Kleiner Hörsaal

Die KPÖ und Afghanistan

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan war für West und Fernost, für die USA und China sowie für alle, die à la Thatcher, Genscher und Co im Weltgeschehen dazwischenkrebsen, ein willkommener Aufmacher, die Gefahr des ‚russischen Expansionismus' an die Wand zu malen. Die ‚freie Welt', angefangen beim reaktionären Regime des Generals Zia Ul-Haq in Pakistan, sei in wachsender Gefahr. Der Kalte Krieg macht wieder von sich reden.

In dieser Situation befindet sich die KPÖ in dem Dilemma, den Einmarsch sowjetischer Truppen nicht so wie die KPI verurteilen zu wollen, andererseits aber auch nicht über jene politische und organisatorische Stärke wie die KPF verfügen zu können, die im Laufe ihrer Kampagne 10.000 ‚Prominente' dazu gebracht hatte, einen öffentlichen Aufruf für den Einmarsch der Roten Armee zu unterzeichnen. Kurz gesagt: Die KPÖ ist im Eck. Da sie aber noch nie von da herausgekommen ist, muß man diese Aussage insoferne präzisieren, als daß sie sich mit ihren Argumenten in dem besagten Eck einbetoniert hat.

Sie stellt zwar anerkennenswerter Weise (wir sind im Laufe der Zeit schon bescheiden geworden) die einzelnen fortschrittlichen Forderungen und Reformen, die unter der Führung und Initiative der ‚Demokratischen Volkspartei Afghanistans' durchgeführt worden sind, der reaktionären Opposition gegenüber. Aber die arbeitende Bevölkerung scheint der KP kaum eine Zeile in ihrem Zentralorgan der ‚Volksstimme' wert zu sein. Dabei müßte es doch auch für den Umkreis der ‚Volksstimme'-Leser interessant sein, welche Auswirkungen die verschiedenen Reformen auf das Bewußtsein der Bauern, der (zahlenmäßig äußerst schwachen -nur 1% der Gesamtbevölkerung vertretenden) Arbeiterschaft, der Frauen usw. gehabt haben. Wie sich diese Reformen heute auf ihre Tätigkeit, auf ihren politischen Standort auswirken? Die KPÖ begnügt sich hinsichtlich solcher Fragen eine unscheinbar klingende Berichterstattung zu produzieren (bzw. wiederzugeben), die typisch für die Haltung der stalinistischen SU-Bürokratie zu den afghanischen Werktätigen ist.

Zum einen stellt sie immer wieder fest, daß mit der Land- und Bodenreform, mit der faktischen Verstaatlichung der spärlichen Industrie, mit dem neuen Ausbildungssystem etc. die Befreiung der arbeitenden Bevölkerung vom reaktionären Joch, vom Mittelalter eingeleitet worden ist. Zum anderen legt die KP aber ebenso oft Wert darauf, festzustellen, die Lage in Afghanistan sei ‚ruhig'. Nur einige (von vielen möglichen) Beispielen mögen dies verdeutlichen.

Die Ruhe im Land ist ihnen das Wichtigste

So gibt die ‚Volksstimme' vom 8.1.1980 folgenden Bericht wieder: „Der Alltag in Kabul beginnt wie in jedem mohammedanischen Land mit den Rufen der Muezzin zum Morgengebet, berichten Korrespondenten der ‚Prawda' aus der Hauptstadt Afghanistans. Straßen und Bazare füllen sich rasch mit Menschen. Fast keine Militärpatrouillen sind zu sehen. Nur bei den wichtigsten Objekten gibt es Sicherungsposten. Die beiden Tageszeitungen, die seit 31.Dezember erscheinen, sind rasch ausverkauft." Oder die ‚Volksstimme' vom 6.Jänner 1980: „Lage in Kabul ‚erstaunlich ruhig' melden die westlichen Agenturen..." Am 16. Jänner wird diese Meldung wieder bestätigt: „Die Kämpfe mit den sogenannten Moslemrebellen hätten ‚nahezu überall aufgehört. In der Hauptstadt selbst und ihrer Umgebung sei die Lage völlig ruhig." Wenn Unruhe über das Land bricht, was ja Bürokraten(gemüter) bekanntlich am meisten stört, dann kommt sie von außen. In unserem Falle aus den pakistanischen Städten Peschawar und Quette, wo „imperialistische Hetzsender" stehen, die zur verstärkten bewaffneten Einmischung in Afghanistan auf-

rufen. Natürlich gibt es nichts daran zu zweifeln, daß von Pakistan aus die Konflikte geschürt werden. Natürlich ist es völlig legitim, den Methoden der bürgerlichen Propaganda, die Moslem-Rebellen in ihrer Stärke und Bedeutung maßlos aufzuwerten und ihnen sagenhafte Erfolge zu unterschieben, entgegenzutreten. Denn das soll ja der stete Verweis auf die ‚ruhige' Lage in Kabul und sonstwo – nehmen wir an – bezwecken.

Aber wenn man all diesen Berichten glaubt und nicht zwischen den Zeilen liest, dann kann man gar nichts anderes, als zu denken, in Afghanistan selbst sei ja alles in Ordnung. Das aber können wir nicht glauben, angesichts eines Landes, das zu den ärmsten der Welt zählt, das von der sozialen Struktur, der wirtschaftlichen Entwicklung (sehr schwache Industrie), vom Ausbildungswesen (Analphabetismus von 90% der Bevölkerung) etc. her sicher eines der rückständigsten ist! Da soll nun die gesamte Bevölkerung minus 5% der Großgrundbesitzer einmütig und politisch bewußt hinter der Regierung Karmal stehen? Und noch absurder – souverän den imperialistischen Einflüsterungen, den reaktionären Einflüssen und schließlich ihrer eigenen bis vor kurzem absoluten Eingebundenheit in eine reaktionäre Gesellschaft hinsichtlich des Einmarsches (neuer) sowjetischer Truppen in ihr Land widerstehen? Zweifellos wird sich ein Teil von ihnen der neuen Regierung anschließen, zweifellos sympathisiert ein Teil der Bevölkerung mit der Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Aber eine derartige Verallgemeinerung, dies auf die gesamte Bevölkerung zu beziehen, kann wohl nur einem Wunschtraum entspringen. Die ‚Volksstimme' treibt ja diese Verallgemeinerungen auf die Spitze. Nach ihr setzen sich die Rebellen-Einheiten vorwiegend aus „arbeitslosen Auslands-Afghanen" (8.1.) zusammen. Eine Formulierung, die bereits Bewunderung abringt.

Zum anderen bedeuten die (positiv gebrachten) Berichte über die ‚ruhige' Lage in Afghanistan, daß es offensichtlich auch keine ‚Unruhe' seitens der fortschrittlichen Arbeiter und Bauern gibt, d.h. keine Mobilisierungen, keine von ihnen getragenen vorwärtstreibenden Aktionen. Statt dessen versichert die ‚Volksstimme', die afghanische Armee kontrolliere mit Hilfe der sowjetischen Truppen die Situation. Nur wenn Gefangene aus der Zeit des früheren (und ermordeten) Präsidenten Amin aus dem Gefängnis entlassen wurden, käme es laut ‚Volksstimme' zu „Tumulten". Diese ‚Ruhe' im Land können wir im Gegensatz zur ‚Volksstimme' absolut nicht gut finden. Denn wir glauben, daß die Zukunft der afghanischen Revolution auf der Mobilisierung und Selbsttätigkeit der arbeitenden Massen beruhen muß und von ihren Aktivitäten in demokratischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte extrem abhängig ist.

Sowjetischer Einmarsch nur wegen ‚ausländischer' Reaktion?

In der Berichterstattung der KPÖ sind die Arbeiter und Bauern nur Beiwerk, nur dazu da, um in ihrem Namen die Handlungen der Sowjetunion zu rechtfertigen. Ganz typisch in diese Richtung geht auch das von der ‚Volksstimme' brav wiedergegebene ‚Prawda'-Interview mit L. Breschnew. „1978 vollzog sich dort eine Revolution, das afghanische Volk nahm sein Schicksal in die eigene Hand und beschritt den Weg der Unabhängigkeit und Freiheit." Aber „Tausende und abertausende Rebellen, die im Ausland bewaffnet und ausgebildet wurden, ja ganze bewaffnete Formationen wurden auf das Territorium Afghanistans geschickt".(‚Volksstimme', 13.1.1980). Breschnew erklärte dann, daß es keine leichte Entscheidung war, Truppen nach Afghanistan zu schicken, was wir gerne glauben wollen, aber „die fortwährende bewaffnete Intervention und das weitgediehene Komplott der auswärtigen reaktionären Kräfte schufen die reale Gefahr, daß Afghanistan seine Unabhängigkeit einbüßt und zu einem imperialistischen Aufmarschraum an der Südgrenze unseres Landes gemacht wird."

Wieder einmal sind es die „arbeitslosen Auslands-Afghanen" und nicht näher bezeichnete „äußere" Aggressoren, die nun sogar nahe daran waren, die Regierung der ‚Demokratischen Volkspartei' zu stürzen. Daß das militärische Engagement der ausländischen reaktionären Kräfte in Afghanistan demnach ganz gewaltig gewesen sein mußte, leiten wir aus der Versicherung Breschnews ab, daß der Einmarsch sowjetischer Truppen nur wegen der Tätigkeit dieser Elemente erfolge. Denn „wie stets in der Geschichte zogen die Kräfte der Vergangenheit gegen die Revolution zu Felde. Das Volk Afghanistans wäre natürlich selbst mit ihnen fertig geworden, doch vom ersten Tag an bekam es mit einer äußeren Aggression zu tun." (‚Volksstimme', 13.1.1980)

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß das benachbarte Pakistan heute Zentrum der reaktionären Machenschaften gegenüber Afghanistan ist. Aber von welchen Leuten, welcher Nationalität werden die konterrevolutionären Absichten, wobei auch die Feststellung nichts ändern würde, daß die Pläne im CIA-Hauptquartier ausgebrütet wurden, getragen, durchgeführt und bewaffnet verwirklicht? Die KPÖ möge uns verzeihen, wenn wir über ihre Demagogie lächeln, daß neben eingedrungenen Iranern und Pakistanis aus der afghanischen Bevölkerung selbst nur die Großgrundbesitzer und einige zehntausende von ihnen verführte Bauern gegen die Regierung Kabrals in Opposition stünden.

So hat der Islam in Afghanistan äußerst starke Wurzeln geschlagen, auch was die ‚organisatorische' Struktur betrifft. 250.000 Mullahs vertreten hier den Islam – nicht nur im religiösen, sondern, dies versteht sich beinahe von selbst – auch im politischen Sinn. Sogar im angrenzenden Iran ist die Zahl der Mullahs um einiges geringer und beträgt insgesamt 180.000 Geistliche. Und da sollen wir der KPÖ zustimmen, daß fast alle Mullahs mitsamt ihrem Einfluß auf die Bevölkerung hinter der neuen Regierung stünden? Die Stalinisten leugnen die Spaltung des afghanischen Volkes bzw. wollen beharrlich darüber hinwegsehen und die Schützengräben zwischen dem um seine Unabhängigkeit ringenden Volk und reaktionären „imperialistischen' Ausländern ziehen. Wir allerdings lehnen eine derartige vereinfachende Rechnung ab. Wir sehen zwar auch die Gefahr, die sich in zunehmendem Maße durch den (US)-Imperialismus ergibt. Wir können aber kein ‚einig Volk von Brüdern' erblicken, wo durch die tiefe Rückständigkeit der afghanischen Gesellschaft, die auch bis heute nicht ausgemerzt werden kann, ein satter Nährboden unter den Bauern vorhanden ist für die reaktionäre, islamische Propaganda. Wir halten es für zutiefst gefährlich, diese Gefahr und gleichzeitig auch Realität, die eben aus der unsagbaren Rückständigkeit und Armut der Gesellschaft entspringt, zu ignorieren und statt dessen ein Trugbild nationaler Harmonie, die im wesentlichen nur vom Ausland getrübt wird, aufzustellen.

Eine bemerkenswerte ‚Moslemgeistlichkeit'

Nebenbei gesagt erlaubt sich die ‚Volksstimme', mitunter über Spannungen innerhalb der afghanischen Bevölkerung zu berichten. Nur seien die auf die unbedachte, linksradikale Vorgangsweise des früheren (und jetzt ermordeten) Präsidenten Amin zurückzuführen, der durch seine unbeherrschte Politik die Gräben in der afghanischen Gesellschaft nicht zugeschüttet sondern aufgerissen habe. Aber in diesem Punkt ist die ‚Volksstimme' nicht sehr genau. Einmal wollte Amin zu schnell und unpädagogisch die verschiedenen sozialen Reformen durchziehen. Das andere Mal wieder wurden von Amin Aktionen gegen Afghanistan gefördert, „der nach seiner Machtergreifung grausame Repressalien gegen die breiten Schichten der afghanischen Gesellschaft, gegen die Partei- und Militärkader, die Vertreter der Intelligenz und der *Moslemgeistlichkeit, also gerade gegen jene Schichten ergriff, auf die sich die Revolution stützte.*" (‚Volksstimme', 13.1.1980, Hervorhebungen von uns)

Reaktionärer Terror in Frankfurt

Am 25. 1. 1980 wurde vom ASTA der Universität Frankfurt eine Veranstaltung zum Thema ‚Afghanistan und Iran' durchgeführt. Eingeladen waren zwar alle politischen Organisationen im Raum Frankfurt, gefüllt aber war der Saal vornehmlich mit Mao-Stalinisten verschiedener Gruppierungen. Dementsprechend beherrschten sie mit ihren zentralen Parolen „Russen raus aus Afghanistan" und „Nieder mit dem Sowjetimperialismus" auch die Veranstaltung. Die einzigen, die die Eintracht dieses mao/islamischen Mobs störten waren ca. 10 Mitglieder der ‚Trotzkistischen Liga Deutschlands' und 2 Mitglieder des ‚Spartacusbundes' – sie bekamen dies auch zu spüren: Beim Versuch, einen Redebeitrag zu halten, wurde ein Mitglied der TLD durch Messerstiche schwer, ein weiteres leicht verletzt und alle Trotzkisten unter der Parole ‚Tod dem Trotzkismus' aus dem Saal geprügelt.

Dieser Terror war offensichtlich geplant: Schon während des Redebeitrages des KBW, nachdem die TLD hätte reden sollen, wurde das Rednerpult von den Mao-Schlägern abgeschirmt. Ebenso posierten sie sich hinter den Sitzplätzen der TLD-Mitglieder. Als eine Genossin der TLD an das Rednerpult wollte, kam es zuerst zu einer Rangelei, auf die dann der gezielte Angriff folgte. Der schwerverletzte Genosse wurde ins Krankenhaus gebracht und mußte dort operiert werden.

Während der Großteil der Linken diesen brutalen Terror verurteilte, verteidigten die Mao-Stalinisten dies in einer zynischen und verlogenen Stellungnahme. Die TLD sei selbst daran schuld, da sie mit Knüppeln und Messern das Podium zu stürmen versuchte, um ihren Redebeitrag durchzusetzen. Und weiter: „Die Leute auf dem Podium haben ihnen die Waffen weggenommen (!) und sie aus dem Saal begleitet (!). Dieser Angriff hat beim Publikum große Empörung erregt... und viele haben geholfen, die TLDler des Saales zu verweisen." Überdies sei niemand bewußtlos geschlagen und erst recht nicht gestochen worden.

Abgesehen von den Lügen, gleicht diese Stellungnahme fatal dem Zynismus des bürgerlichen Staates: Wenn einem ein Recht verweigert wird, dann hat man sich gefälligst zu fügen. Wehrt man sich, dann ist man an den Folgen selbst schuld. Die Legitimation für den Terror der Bourgeoisie gegen jede Widerstandsbewegung wird hier offen übernommen.

Gegen derartige reaktionäre Angriffe müssen diejenigen Organisationen der Linken, die nicht bereit sind, bei einem solchen Kurs mitzumachen, einen gemeinsamen Schutz organisieren. Ohne den bürgerlichen Staat anzurufen, werden wir uns solcher konterrevolutionärer Angriffe zu wehren wissen!

Breschnew, der diese Äußerung von sich gab, hat, wahrscheinlich ohne es zu wissen, in der Charakterisierung der Moslemgeistlichkeit der ‚Volksstimme' so ziemlich grundlegend widersprochen. Um es vorwegzunehmen: Diesmal sind wir bedingungslos auf der Seite der ‚Volksstimme'. Denn in der gleichen Ausgabe (13.1.) macht Otto Janecek folgende lesenswerte Feststellungen zu der islamischen Geistlichkeit: „Die Änderungen in Afghanistan waren nicht nach dem Geschmack der innerer und äußeren Reaktion. Ein großer Teil des mohammedanischen Klerus und natürlich die feudalen Grundbesitzer setzten sich wütend zur Wehr."
Und an anderer Stelle: „Die mohammedanischen Mullahs wetterten gegen die Schulen, in die auch Mädchen gingen, als „Bordelle" und Einrichtungen, die sich gegen die Prinzipien des Koran richteten."

Sollte Breschnew vielleicht die sowjetischen Mullahs gemeint haben? Aber die sind ja zu Hause geblieben. Nein, es ist schon so. Die afghanische Revolution stützt sich auch auf die Moslemgeistlichkeit, meint Breschnew. Wer ist nun wie, wo, wann und warum reaktionär (fortschrittlich)?
Die Redaktion der ‚Volksstimme' hat als erste und einzige österreichische Zeitung einen Redakteur nach Kabul und Umgebung gesandt. Folgende Impression konnte P.S. in der ‚Volksstimme' vom 6.2.1980 den Lesern mitteilen. „Nun, die Geräusche einer zentralasiatischen Stadt sind nicht gerade die leisesten. Es sind nicht die Panzer, die uns am Schlafen hindern, sondern Radio Kabul, das über Lautsprecher an einer der wichtigsten Kreuzungen der Stadt pausenlos sein Programm sendet. Nachdem die Lautsprecher verstummt sind, sind es nicht wiederum die Panzer, die unser Ruhebedürfnis stören, sondern es hat den Anschein, als ob alle Hunde Kabuls sich vereinigt hätten, um den neu Angekommenen ein Begrüßungskonzert zu geben."
Es ist also, wie wir vernehmen, noch immer Ruhe in Kabul. Nur die Hunde halten sich nicht danach und bellen. Es herrscht Ruhe im Land. Von links wie von rechts. Und die Sowjetbürokratie wacht darüber. Die KPÖ ist vollauf zufrieden damit und die ‚Volksstimme' wie immer auf der Höhe ihrer Aufgaben. „Man müsse erneut erklären, daß das Gerede von einer ‚sowjetischen Invasion' eine Entstellung der Wahrheit bedeute." (4.1.1980) Vielmehr entspräche sie der UN-Charta und dem internationalen Völkerrecht – die Hilfeleistung – nicht Invasion.

Spaltung der „IV. Internationale": Ein Sieg des Rechtstrotzkismus...

Moreno, der Sündenbock der „IV. Internationale"

Weder die offizielle Erklärung des ‚Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale' noch die von der amerikanischen SWP veröffentlichten Artikel setzen sich offen und analytisch mit der unmittelbar vor dem XI. Weltkongreß stattgefundenen Spaltung auseinander, die immerhin 25-30% aller Mitglieder aus der ‚Internationale' herausbrach.

Es wird zwar wiederholt darauf hingewiesen, daß der Block, der sich zwischen ‚Bolschewistischer Fraktion', ‚Leninistisch-Trotzkistischer Tendenz' und ‚Organisation Communiste Internationaliste' (OCI) gebildet hat, aufgrund tiefer politischer Differenzen zwischen den einzelnen Gruppierungen prinzipienlos sei und keine Voraussetzungen mitbringe, einen einigermaßen funktionierenden demokratischen Zentralismus zu praktizieren, doch wie es dazu kommen konnte, daß eine Fraktion, wie die ‚Bolschewistische Fraktion', seit Jahren einen ebenso „prinzipienlosen" Block mit dem ‚Vereinigten Sekretariat' bilden und sich über sämtliche Regeln und Beschlüsse des ‚Vereinigten Sekretariats' hinwegsetzen konnte, ohne daß es zu Ausschlüssen der ‚Bolschewistischen Fraktion'-Führungskader kam, darüber erfahren wir in der Resolution und in den SWP-Artikeln nichts.

Wie war es möglich, daß die ‚Bolschewistische Fraktion' sich „als eine Formation neben der Internationale aufbauen konnte, indem sie ihren eigenen internationalen Apparat und ein eigenes Finanzsystem in Konkurrenz mit dem der Internationale schuf und ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Sektionen und außerhalb der Kontrolle oder auch nur der Absprache mit den ordentlichen Gremien der Internationale von Land zu Land schickte?" (aus: ‚Intercontinental Press', Vol.17, No.47)

Entrüstet stellt Barry Sheppard in seinem im ‚Militant' veröffentlichten Artikel zur Spaltung fest, „daß sowohl die ‚Bolschewistische Fraktion' wie auch die OCI auf eine lange Geschichte organisatorischer Praktiken zurückblicken können, die den Normen des demokratischen Zentralismus diametral entgegengesetzt sind – national und international", und daß sie in der „Praxis dagegen sind, zugleich proletarische Parteien aufzubauen, die im lebendigen Klassenkampf des eigenen Landes verwurzelt sind, und eine revolutionäre Masseninternationale, die auf einem marxistischen Programm und den leninistischen Organisationsnormen basiert".

Das ‚Sündenregister' der ‚Bolschewistischen Fraktion' oder besser gesagt ihres Führers Moreno wird mit einer Darstellung fortgesetzt, wie Moreno schon 1975 versuchte, die Mexikanische Sozialistische Liga (LS), eine sympathisierende Organisation der ‚IV. Internationale', für seine sektiererischen Ziele, nämlich eine Fraktion aufzubauen, zu gewinnen. Durch eine „Kampagne persönlicher Verleumdung" versuchte er, eine ganze Gruppe von Kadern zu isolieren, demoralisieren und zu zerstören, um die Mitgliedschaft der LS zu säubern. Diese Kampagne wurde, nach Aussagen von Barry Sheppard, von Führern der argentinischen PST im Auftrag von Moreno durchgeführt. Eine Spaltung brachte einen Teil der Sektion auf Morenos Seite.

Konsequenz dieser Operation war lediglich Morenos Ausschluß aus der LTF (Minderheitsfraktion des ‚Vereinigten Sekretariats'), keinesfalls aber eine notwendige Aufklärungskampagne, die zum Ausschluß von Moreno und Anhängern hätte führen müssen.

Wenige Monate später kam es zu einem ähnlichen Manöver in Portugal. Moreno entsandte, so der amerikanische ‚Militant', argentinische Genossen nach Portugal, um die PRT, die als portugiesische Sektion der internationalen Minderheit getrennt von der LCI, der Sektion der damaligen internationalen Mehrheit, arbeitete, zu unterstützen. Jene Genossen, die mit Morenos Politik nicht einverstanden waren, wurden „nach einer Kampagne persönlicher Anschuldigungen" ausgeschlossen.

Moreno soll von Übersee oder bei Kurzbesuchen die Politik der Sektion bis ins kleinste Detail bestimmt haben, obwohl es doch nach Meinung Sheppards völlig falsch sei, „daß die politischen Führer einer Sektion die Politik einer anderen Sektion, besonders was taktische Fragen angeht, bestimmen"!

Diese Spaltungspolitik Morenos wurde auch in Kolumbien, Peru und Panama angewandt, ohne daß die internationale Führung des ‚Vereinigten Sekretariats' ernsthafte Schritte unternahm, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Man wird den Eindruck nicht los, daß die Führung der ‚Internationale' hilflos dem „sektiererischen, verbrecherischen und undemokratischen" Schalten und Walten der Moreno-Gruppe ausgeliefert war.

Die Genossen scheinen nicht zu bemerken, daß all ihre Berichte über die Übertretungen der Bestimmungen des ‚Vereinigten Sekretariats' durch die Moreno-Gruppe im Grund nur den erbärmlichen Zustand ihrer eigenen internationalen Organisation erläutert haben.

Erst am XI. Weltkongreß wollte man die ‚Bolschewistische Fraktion' auflösen und unter die Disziplin der Internationale stellen – nachdem man 5 Jahre seit 1975 tatenlos zugesehen hatte, wie Moreno eine Sektion nach der anderen für seine Ziele einsetzen konnte.

Was sowohl die besagte Resolution sowie Sheppards Artikel vortrefflich aufdecken, ist die zutiefst föderative Struktur des ‚Vereinigten Sekretariats', die nicht imstande ist, eine einheitliche internationale Politik durchzusetzen, weil seit eh und je die organisatorische Einheit um den Preis der Verschleierung tiefer politischer Differenzen erkauft wurde. Weder die Spaltung 1953 noch die Wiedervereinigung 1963 sind politisch aufgearbeitet und verallgemeinert worden, sodaß die einzelnen Sektionen, zum Teil uninformiert oder nur von einer Fraktion angeleitet, die jahrzehntelangen politischen Erfahrungen der Internationale national oder fraktionell isoliert mitbekommen haben.

Es ist erstaunlich wie sich die Genossen des neuen organisatorischen Blocks zwischen SWP und ehemaliger Mehrheit (Mandel) über gerade jene Methoden mokieren, die in ihren eigenen Reihen durchaus effektiv praktiziert wurden, wir erinnern nur an den Ausschluß der Genossen aus der SWP, die der internationalen Mehrheitstendenz angehörten.
Vergeblich wird man jedoch heute nach einer aufklärenden Analyse der damaligen Differenzen zwischen LTF und IMT suchen, deren angebliche Überwindung zur Auflösung der beiden Tendenzen geführt hat.

Die Spaltung – ein organisatorisches Signal für die Rechtsentwicklung des ‚Vereinigten Sekretariats'

Diese organisatorische Auflösung der Tendenzen hinderte jedoch die ehemaligen Tendenzen nicht daran, entsprechend ihrer unterschiedlichen politischen Methoden, völlig verschiedene Standpunkte in zentralen Fragen des internationalen Klassenkampfes einzunehmen. So schreibt die französische Sektion des ‚Vereinigten Sekretariats' zu Afghanistan:
„Die militärische Intervention liegt genausowenig wie die bedingungslose Unterstützung der verschiedenen ‚fortschrittlichen' Regierungen Afghanistans durch die Sowjetunion im Interesse der Massen dieses Landes; weder die eine noch die andere Politik hatten zum Ziel oder als Ergebnis, den Weg der afghanischen Arbeiter und Bauern zur Selbstorganisierung, zur Selbstbestimmung, zum Sozialismus zu erleichtern. Aus diesen Gründen verurteilen wir vorbehaltslos die sowjetische Intervention."

Der ‚Militant' (Zentralorgan der amerikanischen SWP) hingegen veröffentlicht am 18. Jänner in seinem Leitartikel, folgende Position:
„Die demokratischen und republikanischen Politiker und die kapitalistischen Medien versuchen die amerikanischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß unsere Interessen bedroht sind, weil die sowjetischen Truppen den afghanischen Arbeitern und Bauern helfen, ihr Land zu verteidigen gegen terroristische Banden der extremen Rechten. Aufgrund dieser Entfaltung internationaler Kräf-

te gegen die Revolution hat sich die afghanische Regierung an die Sowjetunion um Hilfe gewandt. Als es so aussah, als ob es den vom Imperialismus unterstützten Kräften gelingen würde, an der Südgrenze der Sowjetunion eine blutige Gegenrevolution à la Chile zu entfesseln, haben die sowjetischen Truppen eingegriffen."

Eine beachtliche und grundsätzliche Differenz bezüglich der Fortschrittlichkeit stalinistischer Regimes und deren Interventionen, die sich schon im Vietnam/Kambodscha-Konflikt klar abzeichnete.

Die offensichtliche Rechtsentwicklung des ‚Vereinigten Sekretariats' in Richtung formal „orthodoxen Trotzkismus", was zu Stärkung der SWP führte, kann nur im Zusammenhang mit der totalen Austrocknung und Vernichtung der 68er-Bewegung in Europa erklärt werden, die es der europäischen Mehrheit ermöglicht hatte, junge aktive Kader zu organisieren und sich als Attraktionspol für radikalisierte Elemente aus dem Kleinbürgertum darzustellen.

Das Scheitern der damals entwickelten Theorie der „neuen Massenavantgarde" bedeutete das Erstarken des „orthodoxen Trotzkismus" der SWP, der sich schon in der Guerillafrage (X. Weltkongreß) durchgesetzt hatte und nun vollends den Sieg gegenüber der Mehrheit davontrug, deren Nachtrabpolitik gegenüber den kleinbürgerlichen Bewegungen zu einer Schwächung der europäischen Sektionen geführt hatte. Diese allgemeine Rechtsentwicklung hatte auch vor einiger Zeit die OCI veranlaßt, Gespräche mit dem ‚Vereinigten Sekretariat' zwecks Wiedervereinigung aufzunehmen. (Die OCI hatte sich 1963 geweigert, sich mit der SWP und dem ‚Internationalen Sekretariat' zum ‚Vereinigten Sekretariat' wiederzuvereinen). Und obwohl die OCI während dieser Diskussionen das ‚Vereinigte Sekretariat' als eine revolutionäre internationale Organisation anerkannte und bereit war, die Dokumente zum 11. Weltkongreß zu diskutieren, um eine Fusionsperspektive zu überprüfen, war sie angesichts der Abspaltungstendenzen von ‚Bolschewistischer Fraktion' und ‚Leninistisch-Trotzkistischer Tendenz' von heute auf morgen bereit zu erklären, daß das ‚Vereinigte Sekretariat' nicht nur keine revolutionäre Organisation sei, sondern (besonders was die SWP angeht) revisionistisch, eine Organisation, die den Marxismus verraten habe ...

Selbstverständlich ist es das legitime Recht jeder Organisation, jederzeit ihre Fusionsgespräche mit einer anderen Organisation abzubrechen und selbstverständlich wird jede Fraktion den für sie günstigsten Moment für eine Spaltung wählen, hier kann auch nicht die Kritik an dem Block OCI, ‚Bolschewistische Fraktion' und ‚Leninistisch - Trotzkistische Tendenz' ansetzen. Die entlarvende politische Methode dieser Gruppierungen liegt vielmehr darin, daß sie das Vorgehen des ‚Vereinigten Sekretariats' in Nicaragua (das unsolidarisch und sektiererisch, die von den Moreno-Leuten organisierte Brigade Simon Bolivar der politischen Repression und der reaktionären Ausländerhetze der FSLN-Führung auslieferte) qualitativ anders bewerten als dessen Politik in Portugal oder gegenüber Kuba.

Die Kritik dieser Gruppierungen am ‚Vereinigten Sekretariat', soll sie ernsthaft mit der politischen Methode des ‚Vereinigten Sekretariats' brechen, müßte weit hinter die Nicaragua-Problematik zurückgehen.

„Die offene Konferenz", die es nie gab!

Alle sich auf den Trotzkismus berufenden Organisationen erwarteten von der neuen Tendenz die Abhaltung einer „offenen Konferenz" im Jänner 1980, die laut angekündigt wurde und auf der alle trotzkistischen Organisationen das Recht haben sollten, ihre Standpunkte darzustellen. Doch diese Konferenz fand, wie zu erwarten war, nicht statt – und die OCI beschränkte sich auf einen engeren Rahmen. ‚Bolschewistische Fraktion', ‚Leninistisch-Trotzkistische Tendenz' und OCI hielten die Konferenz unter sich ab.

Man hatte es nach einem anfänglichen Manöver, das offenbar noch schwankende Elemente im ‚Vereinigten Sekretariat' auf die Seite der ‚Bolschewistischen Fraktion', ‚Leninistisch - Trotzkistischen Tendenz' bringen sollte, nach den Ausschlüssen am 11. Weltkongreß nicht mehr der Mühe wert gefunden, eine derartige Konferenz einzuberufen. Die offene Auseinandersetzung war demzufolge nicht das Anliegen der OCI, sondern lediglich die Sicherstellung des Bündnisses mit ‚Bolschewistischer Fraktion' und ‚Leninistisch-Trotzkistischer Tendenz'.

Seit dem Aufbruch der Tendenzblöcke innerhalb des ‚Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale' war es die politische Methode aller Tendenzen gewesen, mit organisatorischen Kompromissen über tiefgehende, politische Differenzen hinwegzukommen. Organisatorische Auseinander- oder Zueinanderentwicklung geschah nicht aufgrund ernsthafter, längerer politischer Diskussion, die die gesamte Organisation betraf, sondern war vielmehr wie auch diesmal Ausdruck fraktioneller Interessen.

So schrieb die OCI im Jahre 1973 in der 'IAK' Nr. 5 über die LCR bezüglich der damals stattfindenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich: „Mit der Beteiligung der ‚Ligue Communiste', die sich in Frankreich als die Sektion des ‚Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale' präsentiert, an der Neuformierung der ‚Linken Union' von der KPF-SP-PSU, dem neuen Aufguß der Volksfront von 1936, hat der Pablismus eine qualitativ neue Stufe seiner Entwicklung erreicht.
Mit der Übernahme der Politik der Klassenzusammenarbeit dieser Volksfront von Apparaten und bürgerlicher Partei (PSU) spielt die Ligue die Rolle der Liqidierung jedes Versuchs zu einer Neubildung einer Avantgarde auf der Grundlage der Unabhängigkeit des Proletariats als Klasse."

Einige Jahre später, nach qualitativ unveränderter Politik des ‚Vereinigten Sekretariats' gibt es Fusionsverhandlungen zwischen OCI und ‚Vereinigtem Sekretariat', die wiederum abrupt abgebrochen werden, als ‚Bolschewistische Fraktion' und ‚Leninistisch - Trotzkistische Tendenz' Anstalten machen, sich mit der OCI zu verbünden. Wir glauben nicht, daß dieser Spaltungsprozeß abgeschlossen ist und daß Verhandlungen zwischen ‚Vereinigtem Sekretariat' und OCI für alle Zeiten ausgeschlossen werden können. Ein Fortschreiten der Rechtsbewegung in den VS-Sektionen kann durchaus wieder Fusionsgespräche mit dem OCI-Block auf die Tagesordnung setzen.

So wird die deutsche Sektion des ‚Vereinigten Sekretariats' bei den kommenden Bundestagswahlen offensichtlich die SPD „kritisch" unterstützen. Diese Anpassung an die Sozialdemokratie wird von den deutschen OCI-Anhängern schon seit Jahren mit einer unglaublichen Penetranz betrieben, für die SPD – ungeachtet der konkreten Politik und der gesellschaftlichen Entwicklung – „die Partei der deutschen Arbeiterklasse" ist, die es immer zu unterstützen gelte



Fortsetzung von Seite 28

POLEN...

das Diskussionsprotokoll zwischen Gierek und den Arbeiterdelegierten, das den zynischen Untertitel trägt: „Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst? ".) Seither begehen die Arbeiter der Hafenstadt Gdansk, dem Ort des stalinistischen Terrors, diesen Jahrestag mit Protestversammlungen. 1978 nahmen, nach ‚Le Monde' , 4 000 Arbeiter an dieser Kundgebung teil. Auch 1979 waren die Arbeiter wie die oppositionellen Kräfte entschlossen, diesen Jahrestag feierlich zu begehen.

Die Bürokratie aber versuchte diesmal die Protestkundgebung zu verhindern. Mehr als 200 Personen wurden verhaftet und 48 Stunden festgehalten. 15 Oppositionelle wurden nach dem Artikel 276 des Strafgesetzes wegen „Teilnahme an einer, eine Straftat beabsichtigende Handlung" angeklagt. Die Festgenommenen gehören durchwegs oppositionellen Gruppierungen an. 8 Vertreter des KOR, 5 Mitglieder des ROPCIO (‚Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte'), 1 Vertreter, der neben ROPCIO auch ‚Amnesty International' angehört, sowie ein Mitglied der ‚Bewegung junges Polen'. Wie ernst es der Staatsapparat mit den Verhaftungen und den Anklagen meinte, zeigte sich, als er die 15 in das Warschauer Gefängnis ‚Mokotov' in den berüchtigten Block 12 einwies.

Dort dürfen nicht einmal Gefängniswärter hineingehen. Den Wachdienst verrichtet höchstpersönlich der Sicherheitsdienst, d.h. die Politische Polizei.

Diese verschärfte Gangart hatte jedoch nicht den von den Stalinisten erwarteten Effekt. Jacek Kuron, Mitglied des KSS/KOR, erklärte daraufhin:„Die Verhaftungen haben uns gestärkt und nicht geschwächt. Die Repression kann die Oppositionsbewegung nicht aufhalten. Bis heute haben wir an einer Infrastruktur (Verlage, Zeitungen, Organisationen) der Opposition gearbeitet; nun sind wir gezwungen, weiter zu gehen. Wir werden eine Kampagne führen, wie sie Polen noch nicht gesehen hat."

Am Montag dem 17.12 ließ die Kirche in Warschau, Krakau, Poznan und Wroclaw mehrere Messen zum Gedenken der 1970 ermordeten Arbeiter lesen. Einen Tag später, also am Jahrestag selbst, traten die Werftarbeiter von Gdansk in Aktion. Obwohl die KP-Bürokraten die Werft schlossen, hatten sie wiederum kein Glück. Die freien Gewerkschaften der Küste bereiteten mit Hilfe der gesamten Opposition eine Demonstration in Gdansk vor. In anderen Städten waren ebenfalls Aktionen vorgesehen. Zehntausende Plakate wurden dafür an die Mauern der Städte geklebt. Ob, bzw. welche Aktionen in den anderen Städten durchgeführt worden sind, ist uns leider nicht bekannt.

In Gdansk allerdings kam eine Protestkundgebung mit ca. 5 000 Arbeitern vor der Schiffswerft zustande. Die Teilnehmer forderten die Freilassung der 15 verhafteten Oppositionellen. Parolen wie „Es leben die freien Gewerkschaften", „Nieder mit der Partei! Freiheit!" oder „Laßt Bogdan frei!" (Bogdan Borusewicz, Redakteur von ‚Robotnik', Mitglied des KSS/KOR, war einer der 15 Verhafteten) wurden verbreitet. Die Genossin Maryla Plonska, Aktivistin der freien Gewerkschaften an der Baltenküste, gedachte in einer Rede der ermordeten Arbeiter: „Was hat uns damals der Dezember gegeben? Er hat uns das Bewußtsein unserer Stärke, unserer Rechte, dessen, wozu die Macht fähig ist, gegeben. Für dieses Bewußtsein haben einige mit dem höchsten Preis gezahlt, mit ihrem eigenen Leben. Ehre ihrem Andenken!" (Siehe Kasten).

Die Bürokratie gab nach. Am darauffolgenden Tag wurden die 15 festgenommenen Oppositionellen freigelassen. Zweifellos ein großer Erfolg. Niemand kann die Verbindung zwischen der Freilassung der 15 und den vorhergehenden Solidaritätsaktionen der Opposition und der Arbeiter leugnen. Aber nach wie vor bleiben die 15 angeklagt. Ihnen drohen Gefängnisstrafen bis zu 10 Jahren. Es ist klar, daß die Bürokratie nur einen günstigeren Zeitpunkt abwartet, um den Oppositionellen den Prozeß zu machen. Daher ändert dieser erste Erfolg nichts an der Notwendigkeit, weiter für die 15 Angeklagten einzutreten!
Die stalinistische Bürokratie bleibt auch innerhalb ihrer eigenen Reihen von der weit verbreiteten Kritik nicht verschont. Erst vor einigen Monaten wurde der Konflikt um die Parteizelle im Elektrowerk ‚Zeto' in Wroclaw bekannt. Am 21.1. 1978 stimmten die Mitglieder dieser Fabriks-Basisorganisation für einen Antrag, der gegen die Fehler und Lügen der Parteiinstanzen protestierte und die Partei aufforderte, eine offizielle Untersuchung in die Wege zu leiten. Diese führte daraufhin zwar eine Untersuchung durch – sie richtete sich aber gegen die Arbeiter der Basisorganisation, d.h. gegen die Antragsteller selbst. Sie wurden beschuldigt, Aktivitäten gegen Staat und Partei geführt und begünstigt zu haben. Am 22.3. 1978 wurde schließlich die Parteiorganisation in der Fabrik ‚Zeto' offiziell aufgelöst.

Anders verhielt sich die KP zum ‚Fall' des jungen Parteimitglieds Jerzy Folcik im April 1979. Am 30.April überreichte Edward Gierek, der Vorsitzende der KP, diesem eifrigen, allzu eifrigen Jungstalinisten, das wirklich verdiente Parteimitgliedsbuch. Folcik, Student an der Hochschule für Physik und Präsident des Rates der Union der Studenten an der dortigen Universität, war (und ist?) nämlich der Chef eines Kommandos, das die Aufgabe zu erfüllen hatte, die Abhaltung der Kurse der ‚Fliegenden Universitäten' (von der Opposition ab 1978 in Privatwohnungen organisierte Lehrveranstaltungen, die als Alternativen zur institutionellen staatlichen Ausbildung gedacht sind) zu verhindern. Eines Tages, am 21. März 1979, schlug dieses Kommando wieder zu. Aber diesmal im wahrsten Sinn des Wortes. Es drang in die Privatwohnung des KSS/KOR-Mitgliedes Jacek Kuron ein, die Teilnehmer des Kurses, darunter eine Frau, wurden niedergeschlagen. Zwei der Angegriffenen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Sie hatten eine Gehirnerschütterung davongetragen. Die unabhängige Presse hatte einen Tag vor der Aufnahme Folcik's in die KP seine Rolle als Führer dieser Schläger-Kommandos an den Tag gebracht. Nachdem die KP nicht reagierte, legte die Opposition eine Klage gegen Folcik bei der Staatsanwaltschaft ein.

Der Haken an dieser Sache ist nur, daß das Folcik-Kommando quasi partei-offiziell agierte. Hinter ihm steckt die „Union der sozialistischen Jugend", die mehrere solcher Kommandos aufgestellt hatte – und noch hat. Folcik selbst ist noch dazu ein von der Partei anerkannter Aktivist. Er hatte anläßlich der Aufnahmezeremonie, die übrigens gefilmt worden ist, im Namen aller Neuaufgenommenen eine Rede gehalten.
Auch die Arbeiterinnen der Druckerei ‚Oktoberrevolution'(!) können ein Lied vom „realen Sozialismus" singen. Sie wurden verdächtigt, Bücher ohne Bezahlung mitgenommen zu haben. Die Folge waren permanente Kontrollen, die jedoch nicht auf die Funktionäre und höheren Angestellten angesetzt waren. Sie konnten sogar mit ihren Autos ohne weitere Umstände passieren. Die Kontrollen der Arbeiterinnen wurden dagegen konsequent durchgeführt und bis in deren Wohnungen ausgeweitet.

Materieller Druck, politische Unterdrückung und soziale Demütigung sind nicht unerhebliche Komponenten des Alltagslebens der Arbeiterklasse. Und je engagierter der eine oder andere für seine Rechte eintritt, umso mehr muß er sich auf Schikanen am Arbeitsplatz, auf Belästigungen seiner Familie, auf die materielle und soziale Verschlechterung seiner Lebenssituation einstellen. Der ‚Fall' Wladyslaw Sulecky ist nur ein, wenn auch herausragendes Beispiel für den stalinistischen Terror. Sulecky, einer der Gründer des ‚Robotnik' und Bergwerksarbeiter in Gliwice, und seine Familie wurden systematisch verfolgt. Er zog dann im Februar 1979 eine, im ‚Robotnik' Nr. 30, als offener Brief an alle Bergwerksarbeiter Schlesiens abgedruckte, persönliche Bilanz:„*Nach 18 Jahren Arbeit als Bergwerksarbeiter bin ich nun gezwungen worden, mein Heimatland zu verlassen. (...) Seit 20 Jahren habe ich mit meiner Frau und meinen Kindern unter Bedingungen gewohnt, die unter den elementarsten Normen lagen. Die Weigerung, mir eine Wohnung zuzuteilen, war die Rache für meine Meinungen. Vor 18 Jahren hatte mir der Parteisekretär meiner Mine offen gesagt, daß solche Leute wie ich ihr ganzes Leben lang in Baracken leben sollten. Ich bin immer bei der Aufteilung der Prämien und der Zuschüsse benachteiligt worden, was sich auf den Lebensstandard meiner Familie niederschlug. In der letzten Zeit mußte meine Familie wahrhaft böse Schikanen ertragen.*" Die Fenster des Hauses wurden mit Farbe besprüht, vor der Haustür wurden Kot und Dreck abgelegt usw.

In dieser Extremität sicherlich nicht alltäglich, ist das Schicksal Suleckis bezeichnend für den stalinistischen Terror, und gleichermaßen eingebettet in eine lange Reihe von Repressalien gegen Oppositionelle und deren sozialen Umkreis.

Gedenkrede einer Aktivistin der Freien Gewerkschaften auf einer Versammlung vor der Schiffswerft in Gdansk

Ich heiße Maryla Plonska. Ich spreche im Namen jener Aktivisten der Freien Gewerkschaft der baltischen Küste, die vor dieser Versammlung festgenommen worden sind. Wir haben uns hier zusammengefunden, um dem Gedenken der im Dezember 1970 ermordeten Menschen zu würdigen. Trotz der Versprechen gibt es weder eine Gedenktafel noch ein Denkmal für die Opfer des Dezember. Und auch keinen Ort, an dem wir uns zu diesem Jahrestag treffen könnten. Auf der Straße, unter den Eingangstüren, vor dem Vorbau, da, wo die Menschen gefallen sind, werden wir unsere Blumen ablegen und unsere Kerzen anzünden.

Wie letztes Jahr und wie vor zwei Jahren findet unsere Versammlung in einem Belagerungszustand, unter der Bedrohung der Milizen und der Sicherheitskräfte, statt. In unserem eigenen Lande, das sich „demokratisches", „unabhängiges" und „volksverbundenes"(1) Polen nennt und von einer Partei gelenkt wird, die sich mit dem Begriff „Arbeiter" bezeichnet, verbietet man uns, eines Arbeiterkampfes zu gedenken.

Die Geschichte der Volksrepublik Polen besteht nicht nur aus den Fünfjahresplänen und den aneinander gereihten Parteikongressen, sondern sie ist auch der stalinistische Terror, der Arbeiter-Juni von Poznan (2), der März der Studenten (3), der Dezember an der Küste (4), der Juni von Radom und Ursus (5). Sie ist auch die Geschichte unseres Volkes. Wir müssen sie kennen, wir müssen uns an sie erinnern und wir müssen daraus die Lehre ziehen. Wenn wir es uns erlaubten, unsere Erinnerung an den Dezember 1970 auszulöschen, dann würde das heißen, daß das Opfer jener, die gelitten haben und gestorben sind, vergebens war. Dieses Gedanken schulden wir ihnen, und wir schulden es uns selbst. Wir müssen von dem die Lehren ziehen, was sich vor neun Jahren an der Küste ereignet hat.

Wir müssen lernen uns zu organisieren, die Arbeiterführer zu verteidigen, Forderungen aufzustellen und durchzusetzen, die nicht nur eine kurzfristige Verbesserung ermöglichen, sondern unsere Rechte für die Zukunft garantieren können. Wir haben das Recht, uns offen und legal für die Verteidigung unserer Interessen in den Freien Gewerkschaften zu organisieren. Wir werden es nicht erlauben (oder zulassen), daß man uns dieses Recht wieder wegnimmt.

Heute, reich an vergangenen Erfahrungen, lernen wir für unsere Rechte kämpfen. Ruhig, unversöhnlich und solidarisch. Damals mußten wir auf die Straße gehen, um uns zu überzeugen, daß wir viele sind, die an die gleiche Sache denken. Aber die Unbeugsamkeit und die Solidarität haben mit den Straßenschlachten ihr Ende gefunden. Die Leute haben geglaubt, daß sich die Macht nach den blutigen Straßenkämpfen geändert hätte, daß sie selbst die entsprechenden Konsequenzen ziehen würde. Man hat nicht für die Sicherheit der Mitglieder der Streikkomitees gesorgt. Der Streik selbst war chaotisch, denn man war nicht fähig, eine für eine langfristige Aktion tragfähige organisatorische Struktur zu schaffen. Das hat es in der Folge erlaubt, die Geburt von unabhängigen Arbeitervertretungen, die ihre eigenen Mitglieder und die Interessen der Arbeiter verteidigen könnten, zu verhindern.

Es hat keine Preiserhöhungen gegeben, aber alle Preise sind gestiegen. Es hat Beratungen gegeben, aber nur mit jenen Aktivisten, die dafür waren. Es gibt nicht einmal eine Gedenktafel.

Was haben uns die Versprechungen gebracht?

Die Organisatoren des Streiks haben viele Fehler gemacht, aber die Macht hat ein Verbrechen begangen. Denn es war ein Verbrechen gegen unbewaffnete Menschen, denen man das Recht auf eigene Meinung, das Recht auf eigene Organisationen ohne Einschränkungen entzogen hat, den Schießbefehl zu geben. Davon sind wir überzeugt.
Was hat uns damals der Dezember gegeben?
Er hat uns das Bewußtsein unserer Stärke, unserer Rechte, dessen, wozu die Macht fähig ist, gegeben.
Für dieses Bewußtsein haben einige mit dem höchsten Preis gezahlt, mit ihrem eigenen Leben. Ehre ihrem Andenken!"

(aus ‚rouge' nr. 898)

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Polen — das schwächste Glied in der Kette?

Zwischen dem 11.2.1980 und dem 15.2. fand in Warschau der 8. Kongreß der 'Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei' statt. Insgesamt 1840 Delegierte kamen in einer Situation angespannter innenpolitischer Schwierigkeiten zusammen. Nicht zufällig wurden 2 Tage vor Beginn des Kongresses 13 Mitglieder des KSS/KOR festgenommen. Es war eine Demonstration der Macht der KP. Alle Inhaftierten wurden danach innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Anhaltezeit von 48 Stunden sukzessive freigelassen.

Der Kongreß selbst traf keine größeren Kurskorrekturen. Er konnte sich aber auch nicht von der Situation des Landes abkapseln. Ein Vertreter der Bauern beklagte sich, daß seine Kooperative nur über ca. 40% der erforderlichen Energie verfüge. Ein anderer Delegierter kritisierte die Menschenschlangen vor den Geschäften und erinnerte an „die Kinder, die mangels Schultransporte mehrere Kilometer zu Fuß gehen“ müssen.

Doch diese Klagen zogen keine größeren Konsequenzen nach sich. Gierek wurde wieder zum 1. Sekretär der Partei gewählt. Die personellen Veränderungen, die erfolgten, sind als interne Umgruppierungen zwischen den einzelnen Tendenzen zu sehen. „Nicht die Linie der Partei steht in Frage, sondern deren Umsetzung“. Dies bedeutete vor allem die Absetzung bzw. ‚freiwillige‘ Demissionierung des bisherigen Premierministers Piotr Jaroszewicz, der als Vertreter einer harten Parteilinie galt und in der Bevölkerung für den Einsatz der Truppen gegen die streikenden Arbeiter in Radom und Ursus im Jahre 1976 verantwortlich gemacht wurde. Auf der anderen Seite wurden auch einige Vertreter einer reformerischen Linie entmachtet. Insgesamt wurden 4 Mitglieder des Politischen Büros ausgewechselt. Parteichef Gierek — zwischen den konservativen und reformerischen Kräften stehend — dominierte den Parteitag nach der Methode: Ein Schlag gegen ‚rechts‘ — ein Schlag gegen ‚links‘.

In Polen steckt die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie in einer Krise. Sicherlich, Heer, Polizei und Justiz funktionieren noch, aber die Wirtschaft liegt darnieder. Die Auslandsschulden betragen 18 Milliarden Dollar. Die Produktionsmöglichkeiten können nicht voll ausgenutzt werden. Es fehlt an Rohstoffen und Energie. Der Transport- und Güterverkehr sowie die Eisenbahnen können aus dem gleichen Grund ihre Termine und Fahrpläne nicht einhalten. Die Nahrungsmittelknappheit lastet besonders schwer auf der arbeitenden Bevölkerung und da wieder vor allem auf den Frauen, die stundenlanges Anstellen in Kauf nehmen müssen — an manchen Tagen schon vom frühesten Morgen an, um dann vielleicht mit leeren Einkaufstaschen heimzugehen. Diese katastrophale Situation in der Lebensmittelversorgung wird von einem anwachsenden Schwarzmarkt begleitet. Im Zuge einer großangelegten Razzia im Dezember 1979 wurden 3 000 des Schwarzhandels Verdächtige von der Polizei verhört. 1 000 Personen wurden daraufhin dem Gericht übergeben.

Die Bilanz des Jahres 1979 ist für die polnische Arbeiter- und Bauernschaft von dieser Sicht aus düster. Ihre Lebenssituation hat sich weiter verschlechtert. Die Kaufkraft ihrer Löhne hat sich verringert. Ebenso ist die Produktion in Industrie und Landwirtschaft gesunken — und damit auch das Warenangebot. Aber sie haben sich trotz aller Verschlechterungen nicht geschlagen gegeben. Sie haben im Gegenteil ihren Widerstand gegen die Wirtschaftskrise und vor allem gegen die politische Unterdrückung der regierenden ‚Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei‘ (KP-Polens) verstärkt und einige großartige Erfolge erringen können. Aus diesem Blickwinkel gesehen, ist das Jahr 1979 ein Abschnitt steigender Hoffnungen und anwachsender Kampfkraft der Opposition und der fortgeschrittenen Arbeiter gewesen.

Wir können heute noch nicht sagen, ob die Opposition in den nächsten Monaten in der Lage ist, an die Erfolge des Jahres 1979 anzuknüpfen und die in diesem Jahr verstärkt eingetretene politische Differenzierung innerhalb ihrer eigenen Reihen in Richtung eines revolutionären, proletarischen Klassenbewußtseins weiterzutreiben. Jedenfalls gibt es nun ein solides Fundament und auch reiche Erfahrung, die dies ermöglichen würden. Andererseits entgeht uns nicht die ständige Kraftprobe zwischen der Bürokratie und den oppositionellen Kräften. Allzuleicht könnte letzteren dabei für ein gewisse Zeit der ‚Atem ausgehen‘, zumal sich kaum eine internationale Solidarität tatkräftig bemerkbar macht.

Wir wollen uns in nächster Zeit, genauer als es hier geschieht, mit der polnischen Opposition befassen. Hier seien nur einige kurze Gedanken angemerkt, die gerade bei der polnischen Opposition zu beachten sein werden. Auch sie ist letztlich eine Reaktion auf die lange Phase stalinistischer Herrschaft, mit allen den sich daraus ergebenden Auswirkungen. Der Stalinismus hat den Sozialismus in einem unvorstellbaren Ausmaß diskreditiert, was in der Opposition, die auch in Polen im wesentlichen noch isoliert ist, bürgerliche Tendenzen fördern muß. Dem gilt es gerade in Polen verstärktes Augenmerk zu schenken, denn bis heute haben sich dort reaktionäre Ideologien des polnischen Nationalismus und der katholischen Kirche sehr kräftig am Leben erhalten können. Die Papstreise nach Polen war eines der bezeichnendsten Indizien dafür. Dafür trägt der Stalinismus die volle Verantwortung. Sein konterrevolutionärer Charakter zeigt sich auch dadurch, daß seine Herrschaft das Denken der Massen und auch die Opposition nach rechts drängt und den reaktionärsten Gedanken Auftrieb verleiht.

Die Differenzierungsprozesse in der polnischen Opposition müssen genau verfolgt werden, und, ohne daß wir außer Acht lassen wollen, daß hier politische Positionen erst im Entstehen begriffen sind, muß es ein elementarer Bestandteil unserer Solidarität mit der Opposition sein, konsequente Kritik an sozialdemokratischen oder offen reaktionären Lösungsvorschlägen für die deformierten Arbeiterstaaten zu üben.

DER KAMPF DER OPPOSITION GEGEN DIE REPRESSION

Die Stalinisten müssen die Bildung und Gründung anderer Gruppierungen, anderer Zeitungen und anderer Gewerkschaften außerhalb ihres Einflußbereiches hinnehmen. Nicht, weil die Opposition als solche quantitativ so stark ist — Jan Lytinski, Redakteur der KSS/KOR-Zeitung ‚Robotnik‘ (‚Der Arbeiter‘), schätzte Mitte 1979 die Zahl der offen auftretenden Oppositionellen auf 1 000 Aktivisten — sondern weil durch die Krise aller gesellschaftlichen Bereiche ein sehr großer Teil der arbeitenden Bevölkerung solidarisch hinter ihnen steht und sich zunehmend aktiviert.
So erscheint die Zeitung des KSS/KOR (‚Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung‘) zweimal im Monat mit einer Auflage, die je nach Nummer, Qualität und technischen Bedingungen zwischen 10 000 und 20 000 verkauften Exemplaren schwankt. Der ‚Robotnik‘ wird hauptsächlich in den Arbeiterversammlungen vertrieben. Auf einen Käufer kommen durchschnittlich 2 weitere Arbeiter, die die Zeitung lesen. In diesem Sinne erreicht der ‚Robotnik‘ mehr Arbeiter, als seine tatsächliche Auflage beträgt. Es ist nicht übertrieben, von einem Leserkreis zwischen 40 000 und 50 000 Personen zu sprechen. Der Umfang des ‚Robotnik‘ beträgt in der Regel ein bzw. zwei Blätter. Er ist diejenige Oppositionszeitung, die in der Bevölkerung am meisten verbreitet ist. Der ‚Robotnik‘ versinnbildlicht den Aufschwung, den insbesondere die Arbeiterklasse 1979 genommen hat.

Doch das KSS/KOR ist nicht die einzige Gruppierung und der ‚Robotnik‘ nicht die einzige Zeitung der Opposition. Sie hat sich in eine Vielzahl von Strömungen aufgefächert und, auch wenn die programmatische Diskussion erst vor kurzer Zeit das Verhältnis der Gruppen zueinander miteinschließt, bereits einige grundsätzliche Differenzen in ihren Auffassungen ausgearbeitet. Trotz unterschiedlicher Standpunkte finden sich die verschiedenen Kräfte zu Aktionseinheiten, um ihre Schlagkraft gegenüber der Bürokratie zu erhöhen.

So war es am 11. November, als viele Gruppierungen gemeinsam den Festtag zum 61-jährigen Bestand Polens vorbereitet und durchgeführt hatten. Nachzutragen bleibt, daß nach Angaben der Opposition sich ca. 10 000 Menschen in Gdansk und Warschau an den Demonstrationen beteiligten. Einige Wochen später nahte der Gedenktag des 18. Dezember 1970. An diesem Tag wurden im Laufe der Streiks und Demonstrationen an der baltischen Küste fast 200 Arbeiter von der Miliz ermordet.(Siehe dazu auch

Fortsetzung auf Seite 27